clc 96000409
(cont.)

X Collection

INDEX

Page: 1

Barcode Number	Box Number	Total of Volumes	Call Number
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 814 1	229	144	DD801.S13 (1922-1960) *#'s 30, 37-41, 128-136 & 142 Moved to oversize Box
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 815 3	230	50	DD857.B7-DD881
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 816 5	231	65	DD901.D2 - DD 901.M693G4
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 817 7	232	16	DE3.5-DF849
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 818 9	233	32	DG64-DG417
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 819 0	234	76	DG429.Z9 no. 1-76 (1930-1963)

LC Control Number



clc96 000410

Oversize
229 # 135 → It is box # 3
229 # 142 → in progress
LOCATE - ADD TO IREC



34

#1

Frankreichs Saarpolitik

Die Saar-Interpellation
im bayerischen Landtag
am 14. und 15. Februar 1922

Herausgegeben nach dem amtlichen stenographischen Protokoll

Süddeutscher Verlag München
1922

34

Die Saarpolitik Frankreichs

Vorläufer und Vorbild seiner Politik
am Rhein und an der Ruhr

Von

Bernhard Rausch

1923

Zentralverlag, G. m. b. H., Berlin

Das deutsche Saargebiet

unter der Fremdherrschaft

von

OTTO ANDRES

Sonderdruck
aus Hochland 22. Jahrgang März 1925

Geschäftsstelle
„Saar Verein", Berlin SW 11
Königgrätzerstraße 94

Frankreich und das Saargebiet

Die Denkschrift
der französischen Liga für Menschenrechte
und ihr Echo.

1929

Druck und Verlag Gebr. Hofer A.-G., Saarbrücken 1



Saar-Kundgebung am Niederwald-Denkmal

27. August 1933

7

STATUS QUO

15 JAHRE ANTWORTEN!

Das Saarstatut

und seine Entstehungs-Geschichte

mit Anmerkungen und
einer Industrie-Karte

Herausgegeben von
Moritz Heineburger

4. veränderte und erweiterte Auflage
30.—35. Tausend

Oktober 1934

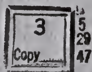
Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G., Saarbrücken

Die Saarfrage

von

Dr. Paul Ostwald

Dritte, veränderte Auflage



1934

Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt a. M.

Bestell-Nr. 8219

Dein Abstimmungsbuch

Das Rüstzeug und die Waffe

für den Abstimmungsberechtigten zur Volksabstimmung im Saargebiet

und

Erinnerungsbuch

an die große Zeit der Saardeutschen.

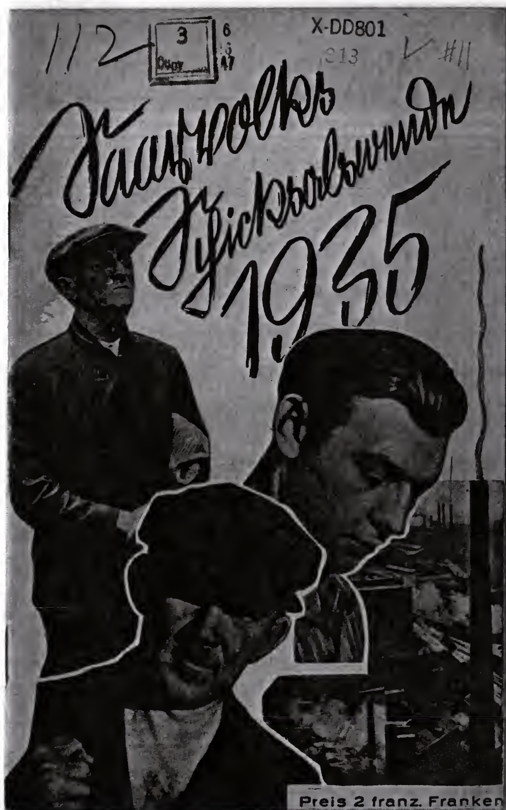


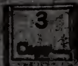
L. Müller

1934
Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G.



Dein Abstimmungsbuch!


112
X-DD801
313
Saarvolks Schicksalswende 1935
Preis 2 franz. Franken



Schriften der Akademie für Deutsches Recht #12
Gruppe Völkerrecht

Saarabstimmung und Völkerbund

Le Plébiscite de la Sarre et la Société des Nations

The Saar Plebiscite and the League of Nations



Carl Heymanns Verlag Berlin 1934

Lothringen und die Saar

von

Leo Just

1935

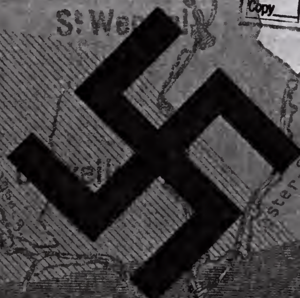
Selbstverlag des Elsaß-Lothringen-Instituts
Frankfurt a. M.

Bemerkungen zu der Volksabstimmung des Saargebiets im Jahre 1935

von

ERICH JUNGBLUTH

An der Saar:



6 Monate – nachher!

Sonderschrift der Österreichischen Volksschriften 1935 / Nr. 1

Die Grundlagen der Rückgliederung des Saargebietes

Der Völkerbundsbericht vom 5. Dezember 1934

Bearbeitet und herausgegeben von

Dr. jur. Curt Groten

Gerichtsassessor

1935

Druck u. Verlag Gebr. Hofer AG., Saarbrücken

100 Tage



Saar Hilfe

UNGER

Gemeinde- und Ortsverzeichnis des Saarlandes

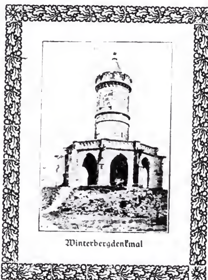
4. erweiterte Auflage
nach dem Stande vom 1. April 1938

Herausgegeben
vom
Statistischen Amt des Saarlandes.

Saarbrücken 1939

Druck Friedr. Courths, Saarbrücken

Was jeder Deutsche vom Saargebiet und Bund „Saar-Verein“ wissen muß



Winterbergdenkmal

 Ein Merkblatt 

mit Bildern und der Karte des Saargebietes

Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW. 11,
Königgrätzer Straße 94 II

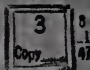


Saarvolk

Sprechchorspiel

v. F. Tribbensee

D.A.A. Wirtschaftsunternehmen G.m.b.H.
Berlin W.30 Postfach 25
Preis 50 ₰



97

Um die Zukunft des Saararbeiters!

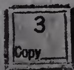
#21



Arbeit · Brot · Soziale Fürsorge · Sozialer Schutz · Selbsthilfe · Behausung

Frankreichs Ziel:

34 #122



über die

SAAR

zum

RHEIN



Edwin Runge • Verlag / Berlin

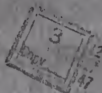
Neutempelhof, Paradeplatz 9

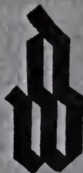
#I

#23

Deutsche Flugschriften

Saargebiet



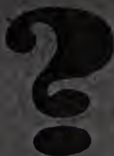


HEIN SCHERMER



Was mußt Du

von der Volksabstimmung im Saargebiet wissen



Preis ffr. 1,20

In Frage und Antwort gemeinverständlich dargestellt von

Wilhelm Stoltenkamp, Essen



DIE RÜCKGLIEDERUNG UND DIE LANDWIRTSCHAFT DES SAARGEBIETES

Vom Bauerntum der Saar



Herausgegeben vom Rheinischen Verein für ländliche Wohlfahrt und Heimatpflege e.V., Bonn, Endenicher Allee 60

Unser Saarland
wieder deutsch und frei!

Drei Feiern für Schule und Verein

zusammengestellt von

A. Rolf.

Inhalt

Neuer Berliner Buchvertrieb, Berlin N 113
Schivelbeiner Straße 3

3,9

Stimmen der Saar

zum

Befreiungskampf der Saardeutschen

Herausgegeben von
Dr. S. A. Delges

Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G., Saarbrücken 3

Demnächst erscheint:

DZ EMOKRATISCHE ZEITUNG an der Saar
für Wahrheit, Freiheit und Recht

Saarbrücken, den 6. Mai 1951 Werbedruck!

/as wir wollen

ır nach der Antragstellung hat die Regierung des Saar-
ımehr endlich der Demokratischen Partei Saar (DPS)
migung zur Herausgabe einer Zeitung erteilt. Sie wird
unter dem Namen „D. Z. an der Saar", zunächst als
blatt, erscheinen.

des vorliegenden
soll es sein, dem
st einmal einen Ein-
em äußeren Ge-
DZ an der Saar" zu
ıd, vom zeitungstech-
gesehen, die Ziele
die sich Verlag und
setzt haben: eine in
d Aufmachung
endige, den Proble-
· Zeit und unserer
ˌeschlossene Zeitung

steht im Brenn-
politischen und wirt-

Mit Rücksicht auf die überragende Bedeutung, die

der Wirtschaft

in unserem hochindustrialisierten Gebiet beigemessen werden muß, soll der Wirtschaftsteil eine besonders pflegliche Behandlung erfahren. Dabei stehen im Vordergrund selbstverständlich unsere saarländischen wirtschaftlichen Belange, aber auch ihre Verflechtung mit der westeuropäischen, insbesondere der französischen und deutschen Wirtschaft und der

tes Rechnung zu tragen. Sie will im wahren und guten Sinne eine

Saar-Heimat-Zeitung

sein und wird deshalb auch den wichtigen unpolitischen Geschehnissen an der Saar, ihrem kulturellen Leben, Theater, Film, Konzert, ihre besondere Aufmerksamkeit schenken. Dabei soll auch der Heimatkunde und -Geschichte, der Landschaft und ihren natürlichen und künstlerischen Denkmalen ein möglichst breiter Raum gewidmet werden.

Für unsere Frauen

soll jede Ausgabe der „DZ" eine besondere Beilage bringen, die lebendig und aufgeschlossen die Dinge behandelt, die den Müttern

Die deutsche Stimme unserer Heimat

im Chor der europäischen Völker wieder vernehmbar zu machen, ist eine der vornehmsten Aufgaben der DZ. Ihre Schriftleiter und ein Stab hierzu berufener Mitarbeiter werden über die Saar im Brennpunkt der politischen und wirtschaftlichen Neuordnung West-Europas aufgeschlossen berichten und damit der

DZ an der Saar

die eigene Note und hervorragende politische Bedeutung geben. Die DZ ist

die Zeitung mit Charakter

Pastor Rungarten fragt an

R. S. P.–Zeitungs-Korrespondenz

Herausgegeben vom

Rhein-Saar-Pressedienst, Köln

Prof. Dr. Fritz Kloevekorn
+
Saarbrücken

Das Schicksal des Saargebietes und seine Geschichte

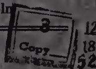
Als Manuskript für die Weltpresse gedruckt

Verlag: Geschäftsstelle des Rhein-Saar-Pressedienstes, Köln, Mesmerstraße 4



THE ROAD AHEAD IN THE SAARLAND

D. G. P.-Zeitungs-Korrespondenz
Herausgegeben vom
Deutschen Grenzland-Pressedienst, Köln



Dr. jur. Curt Groten, St. Wendel (Saargebiet)

Grundfragen der Volksabstimmung im Saargebiet



(Als Manuskript für die Weltpresse gedruckt)

Verlag: Deutscher Grenzland-Pressedienst, Köln, Domstraße 95

#34

WIRTSCHAFTLICHKEIT UND BETRIEBSDEFIZIT
DER
EISENBAHNEN DES SAARLANDES





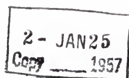
— APRIL 1952 —

H. SOMMER



Die Einheit Deutschlands schließt das Saargebiet mit ein

Erich Ollenhauer auf dem
SPD-Parteitag in Berlin



#36

Texte de l'accord conclu le 23 octobre 1954 entre le gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne et le gouvernement de la République française sur le Statut de la Sarre.

Text des am 23. Oktober zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik unterzeichneten Abkommens über das Saarstatut.

Text of the Agreement on the Statute of the Saar concluded between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the French Republic on 23rd October, 1954.

STRASBOURG

26 Octobre 1954

Neueste Nachrichten

DIE DEUTSCHE HEIMAT-ZEITUNG DER SAAR

Die „Neueste Nachrichten" erscheint täglich ausser sonn- und feiertags – Bezugspreis monatlich 310.- Frs einschl Trägerlohn; Postbezugspreis 310.- Frs zuzüglich Zustellgebühr; Einzelpreis 15.- Frs. – Bankkonto: Saarländische Kreditbank Saarbrücken, Konto Nr 5510. Postsch.-Kto. Saarbr 3957; Unverlangt eingesandte Manuskripte ohne Rückporto werden nicht zurückgesandt

Fernsprecher: Saarbrücken 2 2771/72 und Saarlouis 2750 und 2766; Fernschreiber 074 („ne redakt als") Verlag und Expedition „Neuer Zeitungs-Verlag G. m. b. H." Saarbrücken 3, Dudweilerstr. 1/II – Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt Betriebsunterbrechung oder sonstiger Behinderung besteht kein Anspruch auf Entschädigung. Zur Zeit Anzeigenpreisliste Nr 1 gültig

SONDERDRUCK — MONTAG, 26. September 1955 — SONDERDRUCK

„Jedes Volk ist eine Idee Gottes"

Eine Predigt von Pastor Lic. Dr. Jung, Scheidt, Studentenseelsorger an der Universität Saarbrücken

Liebe Christen!

Es ist ein schönes Wort, es ist ein mutiges Wort, das wir gerade vernommen haben. „Seid eifrig bestrebt, die Einheit des Geistes zu bewahren". Es ist zunächst ein historisches Wort; gerichtet an eine kleinasiatische Gemeinde, die Paulus gegründet hatte. Es schien ihm notwendig, zu sagen, daß ihre Einheit nicht nur eine Einheit des Herzens, der menschlichen Sympathie oder des gleichen Glaubens sei, sondern dieser Gemeinde mußte er sagen, daß die Einheit im Letzten gegründet sei im „Pneuma", in diesem Heiligen, in diesem Göttlichen Geiste; daß er allein das Band ist, das unverletzlich die Menschen verbinden kann.

Aber uns wurde das Wort, wäre es nur ein historisches, ja nicht weiter kümmern und wir würden uns diesem Wort gegenüber auch in keiner Weise verpflichtet fühlen. Aber weil dieses historische Wort darüber

Einheit der Kirche

Und das Dritte, meine lieben Hörerinnen und Hörer: **Einheit aus dem Geiste im Bezug auf unsere Kirche, der Kirche Christi. Heute vor 400 Jahren, 1555, am 25. September, wurde in Augsburg der Religionsfrieden geschaffen.** Wir spüren schmerzlich diese Trennung; **wir wissen, es gibt nur eine Wahrheit, es gibt nur eine Gemeinschaft, die Christus gegründet hat. Es gibt nur einen Leib Christi, und doch stehen wir in der großen Spaltung.** Und Toren wären wir, wenn wir sagen würden, das ist alles nicht so schlimm. Wir glauben an den gleichen Gott, wir glauben an den gleichen Christus.

Je mehr sich einer damit befaßt, mit dieser Trennung, um diese Verschiedenheit im Wesentlichen zu Gut des Glaubens zu verkünden und zu interpretieren hat.

Wir müssen nämlich kämpfen und ringen, man kann es nicht am grünen Tisch, und man kann es nicht bei einer akademischen theologischen Tagung fertig bringen; kämpfen und ringen um die una sancta, um den einen Leib, um die eine eclisia, bis der Herr einmal die Gnade geben wird. Wir können keine Termine festsetzen, wann dieser Zeitpunkt sein wird. Das war das, liebe Christen, was ich sagen wollte mit dem Wort Einheit im Geiste. Die Einheit der Person, die Einheit des Volkes, beides im natürlichen Raum, die Einheit der Kirche im übernatürlichen Raum, darum müssen wir bitten. Man sagt unserer Generation nach, sie sei resigniert.

Neueste Nachrichten

DIE DEUTSCHE HEIMAT-ZEITUNG DER SAAR

Die „Neueste Nachrichten" erscheint täglich ausser sonn- und feiertags – Bezugspreis monatlich 310.- Frs. einschl Trägerlohn; Postbezugspreis 310.- Frs. zuzüglich Zustellgebühr; Einzelpreis 15.- Frs. – Bankkonto: Saarländische Kreditbank Saarbrücken, Konto Nr 5510. Postsch.-Kto. Saarbr. 3957: Unverlangt eingesandte Manuskripte ohne Rückporto werden nicht zurückgesandt

Fernsprecher: Saarbrücken 2 27 71/72 und Saarlouis 2750 und 2766; Fernschreiber 074 („nn redakt sls") Verlag und Expedition „Neuer Zeitungs-Verlag G. m. b. H." Saarbrücken 3, Dudweilerstr. 1/II – Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt Betriebsunterbrechung oder sonstiger Behinderung besteht kein Anspruch auf Entschädigung. Zur Zeit Anzeigenpreisliste Nr. 1 gültig.

SONDERDRUCK   MONTAG, 26. September 1955   SONDERDRUCK

„Jedes Volk ist eine Idee Gottes"

Eine Predigt von Pastor Lic. Dr. Jung, Scheidt, Studentenseelsorger an der Universität Saarbrücken

Liebe Christen!

Es ist ein schönes Wort, es ist ein mutiges Wort, das wir gerade vernommen haben. „Seid eifrig bestrebt, die Einheit des Geistes zu bewahren". Es ist zunächst ein historisches Wort; gerichtet an eine kleinasiatische Gemeinde, die Paulus gegründet hatte. Es schien ihm notwendig, zu sagen, daß ihre Einheit nicht nur eine Einheit des Herzens, der menschlichen Sympathie oder des gleichen Glaubens sei, sondern dieser Gemeinde mußte er sagen, daß die Einheit im Letzten gegründet sei im „Pneuma", in diesem Heiligen, in diesem Göttlichen Geiste; daß er allein das Band ist, das unverletzlich die Menschen verbinden kann.

Aber uns würde das Wort, wäre es nur ein historisches, ja nicht weiter kümmern und wir würden uns diesem Wort gegenüber auch in keiner Weise verpflichtet fühlen. Aber weil dieses historische Wort darüber hinaus ein Wort der Offenbarung ist, deshalb verpflichtet es uns. Die

Einheit der Kirche

Und das Dritte, meine lieben Hörerinnen und Hörer: Einheit aus dem Geiste im Bezug auf unsere Kirche, der Kirche Christi. Heute vor 400 Jahren, 1555, am 25. September, wurde in Augsburg der Religionsfrieden geschaffen. Wir spüren schmerzlich diese Trennung; wir wissen, es gibt nur eine Wahrheit, es gibt nur eine Gemeinschaft, die Christus gegründet hat. Es gibt nur einen Leib Christi, und doch stehen wir in der großen Spaltung. Und Toren wären wir, wenn wir sagen würden, das ist alles nicht so schlimm. Wir glauben an den gleichen Gott, wir glauben an den gleichen Christus.

Je mehr sich einer damit befaßt, mit dieser Trennung, um diese Verschiedenheit im Wesentlichen zu lehren, desto mehr wird er sie mit Gut des Glaubens zu verkünden und zu interpretieren hat.

Wir müssen nämlich kämpfen und ringen, man kann es nicht am grünen Tisch, und man kann es nicht bei einer akademischen theologischen Tagung fertig bringen; kämpfen und ringen um die una sancta, um den einen Leib, um die eine eclisia, bis der Herr einmal die Gnade geben wird. Wir können keine Termine festsetzen, wann dieser Zeitpunkt sein wird. Das war das, liebe Christen, was ich sagen wollte mit dem Wort Einheit im Geiste. Die Einheit der Person, die Einheit des Volkes, beides im natürlichen Raum, die Einheit der Kirche im übernatürlichen Raum, darum müssen wir bitten. Man sagt unserer Generation nach, sie sei resigniert. Man sagt unserer Generation nach

Neueste Nachrichten

DIE DEUTSCHE HEIMAT-ZEITUNG DER SAAR

Die „Neueste Nachrichten" erscheint täglich ausser sonn- und feiertags – Bezugspreis monatlich 310.- Frs. einschl. Trägerlohn; Postbezugspreis 310.- Frs. zuzüglich Zustellgebühr; Einzelpreis 15.- Frs. – Bankkonto: Saarländische Kreditbank Saarbrücken, Konto Nr. 5510, Postsch.-Kto. Saarbr. 3957; Unverlangt eingesandte Manuskripte ohne Rückporto werden nicht zurückgesandt

Fernsprecher: Saarbrücken 2 2771/72 und Saarlouis 2750 und 2766; Fernschreiber 074 („nn redakt sls") Verlag und Expedition „Neuer Zeitungs-Verlag G. m. b. H." Saarbrücken 3, Dudweilerstr. 1/II – Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt Betriebsunterbrechung oder sonstiger Behinderung besteht kein Anspruch auf Entschädigung. Zur Zeit Anzeigenpreisliste Nr. 1 gültig.

SONDERDRUCK MONTAG, 26. September 1955 SONDERDRUCK

„Jedes Volk ist eine Idee Gottes"

Eine Predigt von Pastor Lic. Dr. Jung, Scheidt, Studentenseelsorger an der Universität Saarbrücken

Liebe Christen!

Es ist ein schönes Wort, es ist ein mutiges Wort, das wir gerade vernommen haben. „Seid eifrig bestrebt, die Einheit des Geistes zu bewahren". Es ist zunächst ein historisches Wort; gerichtet an eine kleinasiatische Gemeinde, die Paulus gegründet hatte. Es schien ihm notwendig, zu sagen, daß ihre Einheit nicht nur eine Einheit des Herzens, der menschlichen Sympathie oder des gleichen Glaubens sei, sondern dieser Gemeinde mußte er sagen, daß die Einheit im Letzten gegründet sei im „Pneuma", in diesem Heiligen, in diesem Göttlichen Geiste; daß er allein das Band ist, das unverletzlich die Menschen verbinden kann.

Aber uns würde das Wort, wäre es nur ein historisches, ja nicht weiter kümmern und wir würden uns diesem Wort gegenüber auch in keiner Weise verpflichtet fühlen. Aber weil dieses historische Wort darüber



Einheit der Kirche

Und das Dritte, meine lieben Hörerinnen und Hörer: Einheit aus dem Geiste im Bezug auf unsere Kirche, der Kirche Christi. Heute vor 400 Jahren, 1555, am 25. September, wurde in Augsburg der Religionsfrieden geschaffen. Wir spüren schmerzlich diese Trennung; wir wissen, es gibt nur eine Wahrheit, es gibt nur eine Gemeinschaft, die Christus gegründet hat. Es gibt nur einen Leib Christi, und doch stehen wir in der großen Spaltung. Und Toren wären wir, wenn wir sagen würden, das ist alles nicht so schlimm. Wir glauben an den gleichen Gott, wir glauben an den gleichen Christus.

Je mehr sich einer damit befaßt, mit dieser Trennung, um diese Ver-

Gut des Glaubens zu verkünden und zu interpretieren hat.

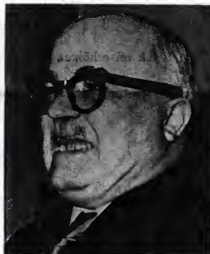
Wir müssen nämlich kämpfen und ringen, man kann es nicht am grünen Tisch, und man kann es nicht bei einer akademischen theologischen Tagung fertig bringen; kämpfen und ringen um die una sancta, um den einen Leib, um die eine eclisia, bis der Herr einmal die Gnade geben wird. Wir können keine Termine festsetzen, wann dieser Zeitpunkt sein wird. Das war das, liebe Christen, was ich sagen wollte mit dem Wort Einheit im Geiste. Die Einheit der Person, die Einheit des Volkes, beides im natürlichen Raum, die Einheit der Kirche im übernatürlichen Raum, darum müssen wir bitten. Man sagt unserer

...tionelle Enthüllungen!!!

...HRHEIT ÜBER DIE SAAR

Botschafter Grandval bescheinigt Johannes Hoffmann

Aufgeblähter Verwaltungsapparat - Übertriebener Sozialaufwand - Politische Nutzniesser - Vernachlässigung der Saarwirtschaft - Katastrophale Haushaltslage - Längst vorausgesagte Pleite - Empfindliche Steuerrückgänge - Leere Staatskassen - Unmöglicher Personalaufwand -



...ungen und Drohungen des französischen Botschafters

Am 3. Dezember 1954 schrieb der französische Botschafter an der Saar, MONSIEUR GILBERT GRANDVAL, das nachstehend wörtlich übersetzte Schreiben an den saarländischen MINISTERPRÄSIDENTEN JOHANNES HOFFMANN. Der Wortlaut des Originalschreibens spricht für sich.

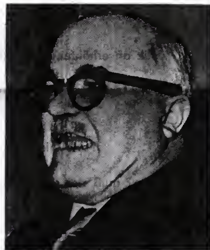
MISSION DIPLOMATIQUE — Saarbrücken, den 3. Dezember 1954

nelle Enthüllungen!!!

RHEIT ÜBER DIE SAAR

chafter Grandval bescheinigt Johannes Hoffmann

geblähter Verwaltungsapparat - Übertrie-er Sozialaufwand - Politische Nutzniesser - nachlässigung der Saarwirtschaft - Katastro-le Haushaltslage - Längst vorausgesagte te - Empfindliche Steuerrückgänge - Leere itskassen - Unmöglicher Personalaufwand -



und Drohungen des französischen Botschafters

Am 3. Dezember 1954 schrieb der französische Botschafter an der Saar, MONSIEUR GILBERT GRANDVAL, das nachstehend wörtlich übersetzte Schreiben an den saarländischen MINISTERPRÄSIDENTEN JOHANNES HOFFMANN. Der Wortlaut des Originalschreibens spricht für sich.

MISSION DIPLOMATIQUE

Saarbrücken, den 3. Dezember 1954

Im KREUZ FEUER

Ja
Nein

Nr. 1 WAHLZEITUNG DER CDU SAAR 4. Oktober 1955

Die Fronten sind klar!

Der 23. Oktober 1955 wird ein Schicksalstag für die Saar. Wir fällen eine Entscheidung von geschichtlicher Bedeutung. Die Entscheidung in aller Freiheit wird allein von der Saarbevölkerung getroffen. Niemand entbindet sie von der Verantwortung, sich an diesem 23. Oktober klar zu entscheiden. Der Aufbruch und das Aufbegehren der Bevölkerung nach dem 23. Juli 1955 hat eindeutig gezeigt, wie sehr doch an der Saar die Separatistenclique die öffentliche Meinung gleichschaltete. Diese Zeiten sind vorbei!

Als sich nach dem 23. 7. 1955 die drei deutschen Parteien nacheinander konstituierten, wuchs ihre Anhängerschaft und die Zahl ihrer Mitglieder so stark, daß selbst die kühnsten Erwartungen übertroffen wurden. Tausende und Abertausende von Mitgliedern bilden heute das Rückgrat und den Kern der deutschen Bewegung.

Fest und treu, eine unüberwindliche Phalanx, stehen diese deutschen Männer und Frauen. Sie sind jetzt und immer unüberwindlich.

Was hilft es da der Gegenseite, wenn ein hergelaufener Schreiber Ueberschriften findet: „Die Ja-Front im Vormarsch!" Was nutzen da den Separatisten die verlogenen Erfolgsberichte ihrer „Groß-Kundgebungen".

Die Würfel sind gefallen!

Am 23. Oktober geht es nicht mehr für oder gegen Hoffmann, denn Hoffmann ist überwunden. Seine Tage sind gezählt. Es hilft ihm nichts mehr, wenn er sagt: „Der Dicke geht nicht, der Dicke bleibt!" Tatsache ist, der Dicke ist bereits geschlagen. Seine Reden in seinen Abschiedsvorstellungen gleichen einem Schwanengesang. Die Entscheidung am 23. Oktober geht also nicht mehr um Joho, sondern in erster Linie um ein klares und eindeutiges Bekenntnis zu unseren deutschen Brüdern und Schwestern, zu unserem deutschen Vaterland und die eindeutige Verurteilung der Separatisten.

In der Erkenntnis dieser klaren Aufgabe haben die deutschen Parteien sich zum Deutschen Heimatbund zusammengeschlossen. Damit wurden die Fronten eindeutig abgesteckt.

Als die Separatisten erkannten, daß sie die Bevölkerung auf die Abschußliste gesetzt hatte, versuchten sie auf andere Weise Verwirrung in die Bevölkerung zu tragen. Sonderbare Gebilde in Form neuer Parteien wurden mit wohlwollender Billigung des Franzosen Monsieur Hector und seines zwielichtigen Schwagers Dr. Masloh gegründet. Diese so ferngesteuerten Experimentier-Grüppchen legten sich deutsche Namen als Etiketten zu (FDP, CSU). Damit sollte der Einbruch in die Front der pro-deutschen Parteien gelingen. Das Rezept dieser Parteien „Ja zum Statut", ist ihr Kainsmal. Der Deutsche Heimatbund, in dem sich die deutschen Parteien gegen die profranzösische Separatistenclique zusammengeschlossen haben, hat klare Fronten geschaffen.





Deutsche sagen „Nein" zu diesem Statut, weil ein Ja der französischen Annektionspolitik und ihren separatistischen Helfern zum Erfolg verhelfen würde.

LESEN SIE:

Sie hängen zu hoch die Trauben des 23. Oktobers

Die Annahme des Statuts würde für ein paar Separatisten - nach eigener Darstellung - die Erfüllung ihres Lebenswerkes darstellen, nämlich Sicherung ihrer Gehälter und Diäten, Erhaltung ihres Zwergstaates und zudem die Beibehaltung des französischen Einflusses in den Gruben, Hütten, Banken und Versicherungen, Ausbeutung der Arbeitskraft der saarländischen Bevölkerung.

Dazu sind den charakterlosen separatistischen Verwandlungskünstlern auch die schmutzigsten Mittel recht. Nachdem der Zweck der Europäisierung im Hoffmann'schen Sinne aufgedeckt ist, entdecken sie scheinbar unvermittelt wieder ihr verstaubtes Deutschtum (wie war es denn damit bis vor acht Wochen? Durfte man etwa das Deutschlandlied singen, schwarz-rot-goldene Fahnen oder Wimpel zeigen, sein Deutschtum bekennen?

Pfui der Schande über diese europäisch-französischen Mischlinge, die plötzlich wieder mit falschem Zungenschlag deutsch, deutsch, deutsch stammeln.

Welcher ehrliche Deutsche ekelt sich nicht vor solcher Gesinnungslosigkeit!

Im KREUZ FEUER

Ja ◯

Nein ⊗

Nr. 1 WAHLZEITUNG DER CDU SAAR 4. Oktober 1955

Die Fronten sind klar!

Der 23. Oktober 1955 wird ein Schicksalstag für die Saar. Wir fällen eine Entscheidung von geschichtlicher Bedeutung. Die Entscheidung in aller Freiheit wird allein von der Saarbevölkerung getroffen. Niemand entbindet sie von der Verantwortung, sich an diesem 23. Oktober klar zu entscheiden. Der Aufbruch und das Aufbegehren der Bevölkerung nach dem 23. Juli 1955 hat eindeutig gezeigt, wie sehr doch an der Saar die Separatistenclique die öffentliche Meinung gleichschaltete.

Diese Zeiten sind vorbei!

Als sich nach dem 23. 7. 1955 die drei deutschen Parteien nacheinander konstituierten, wuchs ihre Anhängerschaft und die Zahl ihrer Mitglieder so stark, daß selbst die kühnsten Erwartungen übertroffen wurden. Tausende und Abertausende von Mitgliedern bilden heute das Rückgrat und den Kern der deutschen Bewegung.

Fest und treu, eine unüberwindliche Phalanx, stehen diese deutschen Männer und Frauen. Sie sind jetzt und immer unüberwindlich.

Was hilft es da der Gegenseite, wenn ein hergelaufener Schreiber Ueberschrifen findet: „Die Ja-Front im Vormarsch!" Was nutzen da den Separatisten die verlogenen Erfolgsberichte ihrer „Groß-Kundgebungen".

Die Würfel sind gefallen!

Am 23. Oktober geht es nicht mehr für oder gegen Hoffmann, denn Hoffmann ist überwunden. Seine Tage sind gezählt. Es hilft ihm nichts mehr, wenn er sagt: „Der Dicke geht nicht, der Dicke bleibt!" Tatsache ist, der Dicke ist bereits geschlagen. Seine Reden in seinen Abschiedsvorstellungen gleichen einem Schwanengesang. Die Entscheidung am 23. Oktober geht also nicht mehr um Joho, sondern in erster Linie um ein klares und eindeutiges Bekenntnis zu unseren deutschen Brüdern und Schwestern, zu unserem deutschen Vaterland und die eindeutige Verurteilung der Separatisten.

In der Erkenntnis dieser klaren Aufgabe haben die deutschen Parteien sich im Deutschen Heimatbund zusammengeschlossen. Damit wurden die Fronten eindeutig abgesteckt.

Als die Separatisten erkannten, daß sie die Bevölkerung auf die Abschußliste gesetzt hatte, versuchten sie auf andere Weise Verwirrung in die Bevölkerung zu tragen. Sonderbare Gebilde in Form neuer Parteien wurden mit wohlwollender Billigung des Franzosen Monsieur Hector und seines zwielichtigen Schwagers Dr. Masloh gegründet. Diese so ferngesteuerten Experimentier-Grüppchen legten sich deutsche Namen als Etiketten zu (FDP, CSU). Damit sollte der Einbruch in die Front der pro-deutschen Parteien gelingen. **Das Rezept dieser Parteien „Ja zum Statut", ist ihr Kainsmal.** Der Deutsche Heimatbund, in dem sich die deutschen Parteien gegen die profranzösische Separatistenclique zusammengeschlossen haben, hat klare Fronten geschaffen.



Deutsche sagen „Nein" zu diesem Statut, weil ein Ja der französischen Annektionspolitik und ihren separatistischen Helfern zum Erfolg verhelfen würde.

LESEN SIE:

Sie hängen zu hoch die Trauben des 23. Oktobers

Die Annahme des Statuts würde für ein paar Separatisten - nach eigener Darstellung - die Erfüllung ihres Lebenswerkes darstellen, nämlich Sicherung ihrer Gehälter und Diäten, Erhaltung ihres Zwergstaates und zudem die Beibehaltung des französischen Einflusses in den Gruben, Hütten, Banken und Versicherungen, Ausbeutung der Arbeitskraft der saarländischen Bevölkerung.

Dazu sind den charakterlosen separatistischen Verwandlungskünstlern auch die schmutzigsten Mittel recht. Nachdem der Zweck der Europäisierung im Hoffmann'schen Sinne aufgedeckt ist, entdecken sie scheinbar unvermittelt wieder ihr verstaubtes Deutschtum (wie war es denn damit bis vor acht Wochen? Durfte man etwa das Deutschlandlied singen, schwarz-rot-goldene Fahnen oder Wimpel zeigen, sein Deutschtum bekennen?

Pfui der Schande über diese europäisch-französischen Mischlinge, die plötzlich wieder mit falschem Zungenschlag deutsch, deutsch, deutsch stammeln.

Welcher ehrliche Deutsche ekelt sich nicht vor solcher Gesinnungslosigkeit!



Im KREUZ FEUER



Nr. 2 WAHLZEITUNG DER CDU SAAR 17. Oktober 1955

Wirtschaft am Scheideweg

Unsere Bevölkerung setzt sich überwiegend aus Arbeitern zusammen. Diese Arbeiter brauchen die Gewißheit, daß ihre Arbeitsplätze gesichert sind, daß sie nicht zu befürchten brauchen, eines Tages Kurzschichten zu verfahren oder krümpern zu müssen. Sie brauchen die Gewißheit, daß ihr Lohn gesichert ist. Unsere Hausfrauen und Mütter dürfen nicht in Sorge kommen, eines Tages der Familie weniger bieten zu können.

Diese Fragen werden beantwortet durch die Art und Weise, in der die Politiker die Wirtschaft führen. Vor allen Dingen ist in diesen Fragen entscheidend, welchen Weg die Wirtschaftspolitik geht.

Unsere Wirtschaft an der Saar kann nicht alle Erzeugnisse an der Saar selbst verkaufen. Die ausländischen Märkte allein sichern den vollen Absatz der Produkte. Auf den ausländischen Märkten aber werden die Erzeugnisse der Saarindustrie nur dann gekauft, wenn sie nicht teurer sind, als die gleichen Erzeugnisse anderer Länder.

Diese Erkenntnis muß jeden verantwortlichen Wirtschaftspolitiker in der Wahl seines Zieles und seiner Mittel bestimmen. Welche Wirtschaftspolitik aber wurde von der Separatistenclique betrieben: In den Hütten unterließ man den Ersatz alter Maschinen durch neue modernster Bauart, wie z. B. an der Ruhr geschehen ist. In den Gruben wurde zu wenig investiert. Es wurde versäumt, an die Abteufung neuer Schächte zu denken, so daß wir vor der bitteren Tatsache stehen, daß über kurz oder lang saarländische Bergleute arbeitslos werden oder daß sie gezwungen sind, in fremdem Sold zu arbeiten.

Wo bleibt der Ausbau der weiterverarbeitenden Industrie, die sich an die Grundstoffindustrie unmittelbar anschließt? Warum hat man es versäumt Elektrizitätswerke zu bauen? Die Kohleveredlung auszubauen? Wir sitzen an der Saar auf Kohle und müssen Strom einführen! Und auf den Halden sammeln sich die minderwertigen Kohlensorten, aus denen man aber immerhin noch Elektrizität erzeugen kann. Es wurde von den Separatisten keine Anstrengung gemacht, Teer und Benzol herzustellen, überhaupt die Verwertung der Kohle weiter zu fördern. Dieses Versäumnis ist die wirtschaftspolitische Sünde Nr. 1 der Separatisten. Hunderte von Millionen wurden in der weiterverarbeitenden Industrie Hoffmann-Kirn'scher Prägung investiert um Arbeitsplätze zu schaffen, um deren Sicherung heute politisch gekämpft und wirtschaftlich gebangt wird. (Die Schaffung eines Arbeitsplatzes kostet ca. 1 Million Frs.)

Das waren volkswirtschaftliche Fehlinvestitionen.

Auf steuer-pol. Gebiet wurde stümperhaft gearbeitet. Man denke nur an die negative Auswertung der Franken-Eröffnungsbilanz (im Vergleich dazu vergegenwärtige man sich DM-Eröffnungsbilanz). Dann die unselige Koppelung zwischen dem deutschen und dem französischen Steuersystem, das sich äußerst nachteilig auf die Saarwirtschaft ausgewirkt hat.

Was wurde auf dem Kapitalsektor getan?

Nirgendwo ist Kapital im Ueberfluß vorhanden, aber gerade hier an der Saar steuert man auf dem Kapitalsektor geradewegs einer Katastrophe zu. Die öffentliche Hand ist bis über die Ohren verschuldet (s. Defizit im Staatshaushalt 46 Milliarden Frs.). Es gibt keinen funktionierenden Kapitalmarkt an der Saar. Der Geldmarkt wird von französischen Banken beherrscht. Von den geschenkten Marhallgeldern der USA hat Frankreich seine eigene Wirtschaft aufgebaut. Von den uns zustehenden über 40 Milliarden Frs. haben wir 2,6 Milliarden Frs. bekommen. Ausländisches Kapital ist keines an die Saar geflossen, da die politische Situation den ausländischen Kapitalisten zu unsicher erschien und sie kein Geld an der Saar festlegen wollten.



Ich verdiene kaum mehr als ein Oberrsteiger . . . .

sagt ER

Im KREUZ FEUER

Ja
Nein

Nr. 2 WAHLZEITUNG DER CDU SAAR [illegible]. Oktober [illegible]

Wirtschaft am Scheideweg

Unsere Bevölkerung setzt sich überwiegend aus Arbeitern zusammen. Diese Arbeiter brauchen die Gewißheit, daß ihre Arbeitsplätze gesichert sind, daß sie nicht zu befürchten brauchen, eines Tages Kurzschichten zu verfahren oder krümpern zu müssen. Sie brauchen die Gewißheit, daß ihr Lohn gesichert ist. Unsere Hausfrauen und Mütter dürfen nicht in Sorge komm[illegible] eines Tages der Familie weniger b[illegible] zu können.

Diese Fragen werden beantwortet durch die Art und Weise, in der die Politiker die Wirtschaft führen. Vor allen Dingen ist in diesen Fragen entscheidend, welchen Weg die Wirtschaftspolitik geht.

Unsere Wirtschaft an der Saar kann nicht alle Erzeugnisse an der Saar selbst verkaufen. Die ausländischen Märkte allein sichern den vollen Absatz der Produkte. Auf den ausländischen Märkten aber werden die Erzeugnisse der Saarindustrie nur dann gekauft, wenn sie nicht teurer sind, als die gleichen Erzeugnisse anderer Länder.

Diese Erkenntnis muß jeden verantwortlichen Wirtschaftspolitiker in der Wahl seines Zieles und seiner Mittel bestimmen. Welche Wirtschaftspolitik aber wurde von der Separatistenclique betrieben: In den Hütten unterließ man den Ersatz alter Maschinen durch neue modernster Bauart, wie z. B. an der Ruhr geschehen ist. In den Gruben wurde zu wenig investiert. Es wurde versäumt, an die Abteufung neuer Schächte zu denken, so daß wir vor der bitteren Tatsache stehen, daß über kurz oder lang saarländische Bergleute arbeitslos werden oder daß sie gezwungen sind, in fremdem Sold zu arbeiten.

Wo bleibt der Ausbau der weiterverarbeitenden Industrie, die sich an die Grundstoffindustrie unmittelbar anschließt? Warum hat man es versäumt Elektrizitätswerke zu bauen? Die Kohleveredlung auszubauen? Wir sitzen an der Saar auf Kohle und müssen Strom einführen! Und auf den Halden sammeln sich die minderwertigen Kohlensorten, aus denen man aber immerhin noch Elektrizität erzeugen kann. Es wurde von den Separatisten keine Anstrengung gemacht, Teer und Benzol herzustellen, überhaupt die Verwertung der Kohle weiter zu fördern. Dieses Versäumnis ist die wirtschaftspolitische Sünde Nr. 1 der Separatisten. Hunderte von Millionen wurden in der weiterverarbeitenden Industrie Hoffmann-Kirn'scher Prägung investiert um Arbeitsplätze zu schaffen, um deren Sicherung heute politisch gekämpft und wirtschaftlich gebangt wird. (Die Schaffung eines Arbeitsplatzes kostet ca. 1 Million Frs.)

Das waren volkswirtschaftliche Fehlinvestitionen.

Auf steuer-pol. Gebiet wurde stümperhaft gearbeitet. Man denke nur an die negative Auswertung der Franken-Eröffnungsbilanz (im Vergleich dazu vergegenwärtige man sich DM-Eröffnungsbilanz). Dann die unselige Kopplung zwischen dem deutschen und dem französischen Steuersystem, das sich äußerst nachteilig auf die Saarwirtschaft ausgewirkt hat.



Ich verdiene kaum mehr als ein Oberrsteiger . . . .

sagt ER

Was wurde auf dem Kapitalsektor getan?

Nirgendwo ist Kapital im Ueberfluß vorhanden, aber gerade hier an der Saar steuert man auf dem Kapitalsektor geradewegs einer Katastrophe zu. Die öffentliche Hand ist bis über die Ohren verschuldet (s. Defizit im Staatshaushalt 46 Milliarden Frs.). Es gibt keinen funktionierenden Kapitalmarkt an der Saar. Der Geldmarkt wird von französischen Banken beherrscht. Von den geschenkten Marhallgeldern der USA hat Frankreich seine eigene Wirtschaft aufgebaut. Von den uns zustehenden über 40 Milliarden Frs. haben wir 2,6 Milliarden Frs. bekommen. Ausländisches Kapital ist keines an die Saar geflossen, da die politische Situation den ausländischen Kapitalisten zu unsicher erschien und sie kein Geld an der Saar festlegen wollten.

LESEN SIE:

Im KREUZ FEUER



Nr 3 WAHLZEITUNG DER CDU SAAR 21. Oktober 1955

Europäer missbilligen das Saarstatut!

Durch Stimmenthaltung in der Nationalversammlung

BIDAULT Georges



langjähriger französischer Außenminister und wiederholt Vorsitzender des Ministerausschusses des Europarates.

PLEVEN René



der Mann der die Idee der EVG geboren hat und Konkretes für Europa geleistet hat.

REYNAUD Paul



mit Churchill ein bedeutender Vorkämpfer der europäischen Einigung.

SCHUMAN Robert



bedarf keiner besonderen Würdigung, denn er ist der Vater der Montan-Union. Sein Wort zählt unter echten Europäern.

de MENTHON



langjähriger Vorsitzender der Christlichen Partei Frankreichs (MRP) und Präsident der gemeinsamen Versammlungen des Europarates.

TEITGEN Pierre



vor dem Scheitern der EVG maßgeblich daran beteiligt, eine wirkliche europäische Lösung für die Saar zu finden.

Absolut nichts Europäisches

„Das Abkommen über die Saar ist noch ein europäisches Abkommen — aber spielen wir nicht mit Worten — es ist ein europäisches Abkommen nach der klassischen Formel, d. h. beschlossen in Europa, zwischen europäischen Ländern. Aber es hat absolut nichts Europäisches im Sinne dessen, was wir bisher darunter verstanden haben."

Das hat nicht etwa ein führendes Mitglied der deutschen Parteien gesagt, sondern der Präsident der Europäischen Kommission der WEU an der Saar, Senator Dehousse, als er am 8. Dezember 1954 im Conseil de l'Europe (im Europarat) zur Saarfrage sprach.

Bedarf es noch eines Beweises, daß das Statut nicht im geringsten etwas mit der wahren Idee einer europäischen Integration zu tun hat? Nein! – Wenn die Separatisten dies dennoch behaupten, wollen sie damit die Bevölkerung in die Irre führen und wahres europäisches Wollen mißbrauchen für ihre schändliche Separationspolitik.

SAARABESKE

Neue Grenzen zu errichten
braucht man an der Saar mitnichten.
Will man uns doch nur betören,
unserm Deutschland abzuschwören!

Daß wir zu Europa zählen,
braucht man uns nicht abzuquälen.
Fälschlich nennt man die Experten,
die den Tatbestand verzerrten.

Im KREUZ FEUER



Nr 3 — WAHLZEITUNG DER CDU SAAR — 21. Oktober 1955

Europäer missbilligen das Saarstatut!

Durch Stimmenthaltung in der Nationalversammlung

BIDAULT Georges

▼

langjähriger französischer Außenminister und wiederholt Vorsitzender des Ministerausschusses des Europarates.

PLEVEN René

▼

der Mann der die Idee der EVG geboren hat und Konkretes für Europa geleistet hat.

REYNAUD Paul

▼

mit Churchill ein bedeutender Vorkämpfer der europäischen Einigung.

SCHUMAN Robert

▼

bedarf keiner besonderen Würdigung, denn er ist der Vater der Montan-Union. Sein Wort zählt unter echten Europäern.

de MENTHON

▼

langjähriger Vorsitzender der Christlichen Partei Frankreichs (MRP) und Präsident der gemeinsamen Versammlungen des Europarates.

TEITGEN Pierre

▼

vor dem Scheitern der EVG maßgeblich daran beteiligt, eine wirkliche europäische Lösung für die Saar zu finden.

Absolut nichts Europäisches

„Das Abkommen über die Saar ist noch ein europäisches Abkommen — aber spielen wir nicht mit Worten — es ist ein europäisches Abkommen nach der klassischen Formel, d. h. beschlossen in Europa, zwischen europäischen Ländern. Aber es hat absolut nichts Europäisches im Sinne dessen, was wir bisher darunter verstanden haben."

Das hat nicht etwa ein führendes Mitglied der deutschen Parteien gesagt, sondern der Präsident der Europäischen Kommission der WEU an der Saar, Senator Dehousse, als er am 8. Dezember 1954 im Conseil de l'Europe (im Europarat) zur Saarfrage sprach.

Bedarf es noch eines Beweises, daß das Statut nicht im geringsten etwas mit der wahren Idee einer europäischen Integration zu tun hat? Nein! – Wenn die Separatisten dies dennoch behaupten, wollen sie damit die Bevölkerung in die Irre führen und wahres europäisches Wollen mißbrauchen für ihre schändliche Separationspolitik.

SAARABESKE

Neue Grenzen zu errichten
braucht man an der Saar mitnichten.
Will man uns doch nur betören,
unserm Deutschland abzuschwören!

Daß wir zu Europa zählen,
braucht man uns nicht abzuquälen.
Fälschlich nennt man die Experten,
die den Tatbestand verzerrten.

Stimme der Union

Wahlzeitung der CDU Saar

NUMMER 1 12. DEZEMBER 1955

Die vorbereitenden Ausschüsse haben das Wort:

Das ist die CDU

Ein Programm der wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit

Die CDU Saar ist eine christliche, demokratische, deutsche Partei; sie ist eine Vereinigung katholischer und evangelischer Christen zur Lösung politischer Aufgaben. Ihr Wollen wächst aus der Verantwortung vor Gott, dem Urgrund des Rechts und dem Schöpfer aller menschlichen Gemeinschaften, und der Pflicht, die Freiheit und Würde des Menschen zu wahren. Die natürlichen und christlichen Sittengesetze, die Gebote Gottes und das Gesetz in uns, das an Gott gebundene Gewissen, sind die Leitsterne unserer Politik und Geschichtsauffassung. Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit sind die Fundamente der Staaten und menschlicher Gemeinschaften. Wir erstreben, daß das ewige göttliche Recht unter den Menschen Gesetz und Ordnung werde, wir bekämpfen die Macht der Anmaßung und Willkür totalitärer Staatsauffassungen. Das Unglück unseres Jahrhunderts sind die Ueberschätzung und der Mißbrauch der Macht, sind die Irrlehren des gottlosen Materialismus. Nicht was nützt ist gut, nur das Gute nützt und dauert im Wandel der Geschichte.

Der 23. Oktober 1955 hat mit der Ablehnung des Saarstatuts eine klare Entscheidung gebracht. Sie besagt:

1. Die Deutschen an der Saar lehnen jede Form der Trennung von ihrem Vaterland ab. Sie wünschen politisch mit der Bundesrepublik in einem Staatsverband zu leben.

Die CDU Saar sieht ihre wichtigste Aufgabe darin, durch ihre Politik diesem eindeutig geäußerten Willen der saarländischen Bevölkerung Rechnung zu tragen. Deshalb fordert die CDU Saar:

Wiedervereinigung mit Deutschland

Die aus den kommenden Landtagswahlen hervorgehende deutsche Regierung an der Saar sucht unverzüglich um Aufnahme des Saargebietes in den bundesdeutschen Staatsverband nach. Die Aufnahme der Saar als zehntes Bundesland wäre die politische Konsequenz aus dem am 23. Oktober 1955 eindeutig geäußerten Volkswillen. Als Treuhänderin Gesamtdeutschlands hat die Bundesregierung die Verpflichtung, die dazu notwendigen Verhandlungen mit den Unterzeichnern des Deutschlandvertrages unverzüglich einzuleiten und diese mit dem Ziele der baldmöglichsten Wiedervereinigung zu führen.

2. Das Nein zum Saarstatut ist auch ein Nein zur gegenwärtigen saarländisch-französischen Wirtschaftsunion. Auch wirtschaftlich wünscht die saarländische Bevölkerung eine Wiedereingliederung in den deutschen Wirtschaftsraum.

Die CDU Saar fordert die Ablösung der zwischen der vergangenen Regierung und Frankreich abgeschlossenen Staatsverträge, da diese einer wirtschaftlichen Wiedervereinigung im Wege stehen. Um die Kontinuität der wirtschaftlichen Entwicklung bis zum Zeitpunkt der endgültigen Wiedervereinigung zu garantieren, hält die CDU Saar einen Übergangszeitraum für erforderlich. In dieser Zeit soll sichergestellt werden, daß das Saargebiet sich wirtschaftlich zur Bundesrepublik hin entwickelt und sich nicht weiter von ihr entfernt, um damit die endgültige Wiedervereinigung vorzubereiten. Dieser Übergangszeitraum wird angefüllt sein:

a) durch das Bestreben, die saarländische Industrie durch die Erhöhung ihrer Wettbewerbsfähigkeit dem deutschen Leistungsniveau anzupassen.

Die bisher vernachlässigte saarländische Industrie benötigt zur Heranführung an das bundesdeutsche Leistungsniveau die Summe von 250 Mrd. Franken. Die CDU Saar erwartet, daß die Bundesrepublik als Treuhänderin Gesamtdeutschlands ihre Hilfe im gleichen Umfange gewähren wird, wie sie von ihr bisher jedem anderen Bundesland gewährt worden ist.

Stimme der Union

Wahlzeitung der CDU Saar

NUMMER 1 — 12. DEZEMBER 1955

Die vorbereitenden Ausschüsse haben das Wort:

Das ist die CDU

Ein Programm der wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit

Die CDU Saar ist eine christliche, demokratische, deutsche Partei; sie ist eine Vereinigung katholischer und evangelischer Christen zur Lösung politischer Aufgaben. Ihr Wollen wächst aus der Verantwortung vor Gott, dem Urgrund des Rechts und dem Schöpfer aller menschlichen Gemeinschaften, und der Pflicht, die Freiheit und Würde des Menschen zu wahren. Die natürlichen und christlichen Sittengesetze, die Gebote Gottes und das Gesetz in uns, das an Gott gebundene Gewissen, sind die Leitsterne unserer Politik und Geschichtsauffassung. Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit sind die Fundamente der Staaten und menschlicher Gemeinschaften. Wir erstreben, daß das ewige göttliche Recht unter den Menschen Gesetz und Ordnung werde, wir bekämpfen die Macht der Anmaßung und Willkür totalitärer Staatsauffassungen. Das Unglück unseres Jahrhunderts sind die Ueberschätzung und der Mißbrauch der Macht, sind die Irrlehren des gottlosen Materialismus. Nicht was nützt ist gut, nur das Gute nützt und dauert im Wandel der Geschichte.

Der 23. Oktober 1955 hat mit der Ablehnung des Saarstatuts eine klare Entscheidung gebracht. Sie besagt:

1. Die Deutschen an der Saar lehnen jede Form der Trennung von ihrem Vaterland ab. Sie wünschen politisch mit der Bundesrepublik in einem Staatsverband zu leben.

Die CDU Saar sieht ihre wichtigste Aufgabe darin, durch ihre Politik diesem eindeutig geäußerten Willen der saarländischen Bevölkerung Rechnung zu tragen. Deshalb fordert die CDU Saar:

Wiedervereinigung mit Deutschland

Die aus den kommenden Landtagswahlen hervorgehende deutsche Regierung an der Saar sucht unverzüglich um Aufnahme des Saargebietes in den bundesdeutschen Staatsverband nach. Die Aufnahme der Saar als zehntes Bundesland wäre die politische Konsequenz aus dem am 23. Oktober 1955 eindeutig geäußerten Volkswillen. Als Treuhänderin Gesamtdeutschlands hat die Bundesregierung die Verpflichtung, die dazu notwendigen Verhandlungen mit den Unterzeichnern des Deutschlandvertrages unverzüglich einzuleiten und diese mit dem Ziele der baldmöglichsten Wiedervereinigung zu führen.

2. Das Nein zum Saarstatut ist auch ein Nein zur gegenwärtigen saarländisch-französischen Wirtschaftsunion. Auch wirtschaftlich wünscht die saarländische Bevölkerung eine Wiedereingliederung in den deutschen Wirtschaftsraum.

Die CDU Saar fordert die Ablösung der zwischen der vergangenen Regierung und Frankreich abgeschlossenen Staatsverträge, da diese einer wirtschaftlichen Wiedervereinigung im Wege stehen. Um die Kontinuität der wirtschaftlichen Entwicklung bis zum Zeitpunkt der endgültigen Wiedervereinigung zu garantieren, hält die CDU Saar einen Übergangszeitraum für erforderlich. In dieser Zeit soll sichergestellt werden, daß das Saargebiet sich wirtschaftlich zur Bundesrepublik hin entwickelt und sich nicht weiter von ihr entfernt, um damit die endgültige Wiedervereinigung vorzubereiten. Dieser Übergangszeitraum wird angefüllt sein:

a) durch das Bestreben, die saarländische Industrie durch die Erhöhung ihrer Wettbewerbsfähigkeit dem deutschen Leistungsniveau anzupassen.

Die bisher vernachlässigte saarländische Industrie benötigt zur Heranführung an das bundesdeutsche Leistungsniveau die Summe von 250 Mrd. Franken. Die CDU Saar erwartet, daß die Bundesrepublik als Treuhänderin Gesamtdeutschlands ihre Hilfe im gleichen Umfange gewähren wird, wie sie von ihr bisher jedem anderen Bundesland gewährt worden ist.

Stimme der Union
Wahlzeitung der CDU Saar für die Frau
NUMMER 2 — Freitag, 16. Dezember 1955

Frieden an der Saar

Der rechte Weg zur Freundschaft mit Frankreich - Von Pater M. Hörhammer

Pater Manfred Hörhammer, der in weiten Kreisen bekannte führende Priester der Pax-Christi-Bewegung Deutschlands, schreibt:

„... Ich kenne das Land an der Saar seit 25 Jahren. 1930 bis 1940 stand ich aktiv in der seelsorgerischen Arbeit beider Diözesen. Nach dem Krieg heimgekehrt, habe ich begreiflicherweise nicht die Fäden abgerissen, sondern ich blieb sehr nahe verbunden mit dem Geschehen in dem kleinen Raum an der Saar. Ich habe viele Freunde dort — schmerzlicherweise in beiden Lagern — und ich habe die eine Freundschaft nicht mit der Preisgabe der anderen bezahlt. An beiden Gesprächs-...hen saß ich, hörte die Argumente; ...e Gruppen wußten von Anfang an, wie mein eigenes Meinen stand, unverändert seit 1935, da es Entscheidungen gibt, die ungebeugt bleiben von Wind- und Wetterspiel politischer Ereignisse.

Dazu kommt noch für mich eine neue Perspektive: die Verflochtenheit mit Pax Christi, amtlich und mit Verantwortung, und das bedeutet die Verflochtenheit mit dem französischen Partner. Vielleicht gibt mir gerade meine blutsmäßige Verwandtschaft nach Frankreich hinüber eine Chance familiärer Offenheit, die sonst im Geflecht internationaler Höflichkeit nicht möglich ist. Das ergibt gleichzeitig ein Vertrauenskonto, das nicht aufzuwägen ist.

Die französischen Freunde wollen mit ihrem deutschen Partner sich verbunden wissen durch den Ernst restloser Redlichkeit. Gerade das hat das Gespräch in Paris erleichtert. Die ersten Minuten in jedem Gespräch waren nicht einfach. Als ich offen und schlicht bekannte, daß ich am 23. Oktober nichts anderes erwartete, setzte fürs erste fast ihr Herzschlag aus. Aber dann sah ich, daß hier einfach völlig falsch informiert worden war. Dann habe ich ihnen die Geschichte der Saar erzählt. Ihre Augen wurden immer größer, es waren zum Teil ihnen völlig unbekannte Dinge. Die französischen Freunde sind sensibel, wenn es um die Freiheit geht. Ich habe dann versucht, objektiv zu berichten, wie es mit der Freiheit an der Saar stand. Wir waren ... bald klar!

Die Saar ist ein deutscher Raum — die Heimkehr ist eine Frage der Zeit — aber völkerrechtlicher Natur — sie ist weder politisch noch religiös käuflich. In dem mir nahestehenden Sektor der CDU ist von triumphalem Nationalismus nicht die Spur. Statt dessen wird ernstlich ein Weg zur echten deutsch-französischen Freundschaft erwogen.

Von den gefürchteten Versetzungs- oder Ausweisungswellen ist keine im Lauf — im Gegenteil. Doch ... mußte schließlich nach dem 23. Oktober sich ändern. Einige Spitzen sind beurlaubt. Im übrigen ist in den CDU-Kreisen klar, daß der französische Partner ihr wirtschaftlicher Partner bleibt, daß er aber ihr kultureller Pol ganz neu werden muß, und zwar auf dem Boden einer politischen deutschen Eigenständigkeit.

Und so geht denn die CDU mit dem leidenschaftlichen Anliegen in die Zukunft, Freundschaft mit Frankreich jetzt erst recht — aber in Freiheit. Dieses Anliegen wird um so besser und rascher verwirklicht, wenn alle Christen am 18. Dezember der CDU durch ihre Stimme die ausführende Kraft verleihen und Gehör verschaffen!

Evangelische Frauen!

Der politische Kampf, der Kampf um den neuen Landtag, geht auch euch an. Die wichtigste Aufgabe hat die Frau nach wie vor im Haus und in der Familie zu erfüllen, aber immer stärker hat der wirtschaftliche Kampf die Frauen in das öffentliche Leben hinausgeführt. In immer zahlreicheren Berufen arbeiten Männer und Frauen mit denselben Pflichten und in derselben Verantwortung. Wer aber „öffentliches Leben" sagt, der meint das Leben, in dem die Politik und die politische Partei ein entscheidendes Wort zu sagen hat. Darum geht heute die Politik die Frau nicht weniger an als den Mann.

(Fortsetzung auf Seite 3)

Christliche Frau und Mutter!

Die Landtagswahlen stehen vor der Türe. Zu wählen ist nicht nur Dein Recht, es ist Deine Pflicht!

Du gestaltest mit Deiner Stimme entscheidend das künftige Geschehen!

Gib Deine Stimme einer christlichen Partei!

Die CVP gehört der Vergangenheit an!

Wähle CDU - Liste 1

Das Parteiprogramm der Christlich-Demokratischen Union Saar garantiert:

Freiheit der Persönlichkeit

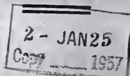
Schutz von Kirche und Schule

Wirtschaftliche Sicherheit

ChristlichD emokratische Union Saar

Frauenbeirat

Das wollen wir:



Wirtschaftsprogramm

der Demokratischen Partei Saar

**zur Sicherung
der Arbeitsplätze
aller Schaffenden
an der Saar**



Warum sagen die Saardeutschen „NEIN“ zum Saarstatut?

SPS
zeigt den Weg

Rede des Landesparteivorsitzenden

der SPS, Richard Kirn,

auf dem 10. Parteitag am 25. April 1955



1955

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei des Saarlandes, Saarbrücken 3, Brauerstr. 6-8
Druck: Volksstimme, Druck- und Verlagsanstalt G.m.b.H., Saarbrücken 3, Schützenstr. 3-5

#54

CVP CVP CVP CVP CVP CVP CVP





voilà:

EDGAR HECTOR

CVP CVP CVP

Du

frag Dein Gewissen

nein

mit der CDU Saar

für Einigkeit
und Recht
und Freiheit





Wir sagen nein zum Saar-Statut!



Die CSU-Saar LISTE 3

ist eine nach dem Sieg des „NEIN" neu gebildete Partei mit neuen Leuten und kämpft

für die Beseitigung des furchtbaren Gegensatzes zwischen sogen. Separatistendeutschen und sogen. Nationaldeutschen, **weil alle christlichen Saarländer gute Deutsche sind,**

für die **Vereinigung** aller christlichen Parteien nach den Landtagswahlen,

für die Anwendung christlicher Prinzipien im öffentlichen und privaten Leben,

für die Freiheit in der eigenen politischen und wirtschaftlichen Schicksalsgestaltung der Saarländer,

für Gerechtigkeit im sozialen, wirtschaftlichen und staatlichen Bereich für jedermann,

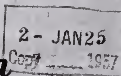
für Friede zwischen Ost und West auf der Grundlage einer bleibenden Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich,

Die CSU-Saar ist:

gegen die „Partei des deutschen Widerstandes" und ihre Satelliten, die Partisanen gegen die Politik Adenauers, die die politische Front gegen Adenauer von der Saar her aufrollen und stärken wollen, die gewollten oder ungewollten Partisanen Moskaus,

gegen den aus übelriechenden Kommißstiefeln aufsteigenden Geist, der beim Klang von Preußens Gloria einen neuen Marsch marschieren will,

Der Kanzler



an die „Neuesten Nachrichten"

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat den „Neuesten Nachrichten" eine Erklärung zur Landtagswahl übergeben, die folgenden Wortlaut hat:

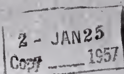
„Bei den vorstehenden Landtagswahlen an der Saar wünsche ich, dass die CDU das Sammelbecken aller christlichen Kräfte des Saarlandes werde, auch derjenigen, die bis jetzt noch nicht zu ihr gehören.

Es ist dies notwendig, damit das Saarproblem aus deutscher, europäischer und christlicher Sicht einer guten Lösung entgegengeführt wird.

gez. Dr. Adenauer

Bonn, den 16. Dezember 1955.

Auch Du CDU Wählt Liste 1



#59

Programm und Ziele der DPS



I.

(1) Aufgabe der DPS ist, dem Wohle des Ganzen zu dienen.

(2) Der Mißbrauch politischer Betätigung zu persönlicher Bereicherung und Fortkommen gilt als schwerster Verstoß gegen dieses Ziel der Partei.

II.

(1) Die DPS lehnt die Diktatur in jeder Form ab und sieht in der demokratischen Regierungsform die alleinige Grundlage des Gemeinschaftslebens.

(2) Die DPS bekennt sich zur absoluten Legalität. Grund- und Menschenrechte sind für sie oberstes Gesetz; in diesem Sinne beachtet sie alle Gesetze, insbesondere die Verfassung.

(3) Es widerspricht der Grundauffassung der DPS von Demokratie und Menschenrecht, daß irgendeine Person wegen ihrer politischen, rassischen oder sonstigen Auffassung und Überzeugung beunruhigt, benachteiligt oder im Falle eines Regierungswechsels zur Rechenschaft gezogen wird. Säuberungsverfahren, gleich welcher Art, Vergeltungsmaßnahmen oder unterschiedliche Behandlung auf Grund politischer, religiöser oder rassischer oder sonstiger Unterschiede sind unzulässig.

III.

(1) Die DPS bekennt sich zum Deutschtum des Saargebietes und seiner Bevölkerung. Auf seine Erhaltung sind alle Maßnahmen des Gemeinschaftlebens auszurichten.

(2) Die DPS tritt dafür ein, daß das Saargebiet auch im Friedensvertrag bei seinem angestammten deutschen Vaterland verbleibt.

IV.

(1) Die DPS bekennt sich zur friedlichen Verständigung aller Völker und lehnt den Krieg als Mittel von Auseinandersetzungen ab. Die Beteiligung der Saarbevölkerung an der Remilitarisierung und an einem Verteidigungsbeitrag kann nur durch Volksentscheid bestimmt werden.

Pfarrer rufen zum NEIN auf

„Herr, Gott, Du bist unsere Zuflucht für und für." In dieser Gewißheit gehen wir dem 23. Oktober 1955 entgegen. Es ist ein Tag schwerer uud ernster Entscheidung für unsere Bevölkerung an der Saar, für unser deutsches Volk, für Frankreich, für Europa und auch für unsere Kirche. Gott hält sie alle iu Seiner Hand um Seines Wortes willeu. Darum bitten wir miteiuander und füreinander:

Laß unseren Gang gewiß seiu in Deinem Wort!
Sein Wort hat ewigeu Grund.

Wir erkenneu die zehu Jahre währende Trennung vou unserem Volke als Gottes Schickung an. Wir tragen au der Schuld unseres Volkes mit. Diese Schuld wird nicht dadurch vou uns weggeuommen, daß auch andere Völker an uns schuldig geworden sind. Uusere Schuld kann nur getilgt werden, wenn wir sie unter das Kreuz Jesu Christi bringen und vou dort das befreieude Wort der Vergebung empfangen.

Gottes heiliger, gnädiger Wille hat uns in unser deutsches Volk hineingeboren werden lassen. Das ist Seine Wahl, nicht unsere Wahl. Daher haben wir keiue Freiheit, Gottes Wahl vou uns aus willkürlich aufzuheben oder zu gefährden und am 23. Oktober 1955 die Gemeinschaft mit unserem Volke zu verleugneu, die Wiedervereinigung unseres Volkes uud damit deu Frieden zu gefährden oder die Wiederherstellung der vollen Lebens- und Schicksalsgemeinschaft der Menscheu an der Saar mit unserem Volke auf eine ungewisse Zukunft zu vertagen. Wir warneu vornehmlich alle Christen davor, die Frage der Wiedervereinigung unseres Volkes zu einer Frage persönlicher Vorteile und etwaiger Nachteile zu machen. Sie ist eine Frage unserer Verantwortung vor Gott.

Wir wollen uns Seiner Gnade am 23. Oktober 1955 mit unserer politischen Entscheidung anvertrauen, damit Er uns auch aus Uuwahrhaftigkeit und Gewalt der Menschen befreie und uns Frieden, Freiheit und ueue Gemeinsamkeit mit unserem Volke schenke.

Wir unterzeichneten evangelischeu Pfarrer wisseu uns iu unserer Ablehnung des Statuts frei von allem Haß und jeder Mißachtung gegeu Andersdenkende oder gegen das französische Volk. Wir bezeugeu vielmehr vor Gott und deu Menschen, daß wir mit unseren Gemeinden dafür beten und mit der Tat dafür eintreteu wollen, daß wirklich Friede werde unter den Völkern und ein Europa entstehe, das uns auch mit dem französischen Volke eint.

Gott wende unsere Entscheidung zum Segeu durch die eudgültige Heimkehr der Menscheu an der Saar zum angestammteu deutscheu Volke! Das walte Gott in Gnaden!

Abegg, Klarenthal
Altmeyer, Völklingen
Beck, Homburg
Brouich, Malstatt
Bruch, Homburg
Buddenberg, St. Arnual
Dasbach, Karlsbronn
Dauddert, St. Johann
Dittscheidt, Malstatt
Eder, Neudorf
Eiseubeiß, St. Johann
Gebhard, Walschied-Holz
Götz, Mimbach
Heinz, Völkiingen
Höh, Einöd
Jockers, Niederbexbach
Jakob, Vöiklingen
Kuntz, St. Iugbert
Lugenbiehl, St. Ingbert
Mohns, Ludweiler
Obermann, Völklingen
Oeffler, Bexbach
Pfirrmauu, St. Iugbert
Pordzik, Breitfurt
Rheinberger, Kirkel
Rohrbach, Bischmisheim
Rug, Köllerbach
Rüling, Merzig
Seegmüller, Höchen
Schmidt, Wadern
Schneider, Heusweiler
Venitz, Scheidt
Wende, Ensheim
Zickwolf, Dillingen

Saarbrücken, im Oktober 1955

Liebe Frau,

vor einigen Tagen ist Ihnen die Stimmkarte für den 23. Oktober ins Haus gebracht worden. Wir wissen, daß es manchem von uns diesmal schwerer fällt als bei den früheren Wahlen, sein (X) in den richtigen Kreis zu machen.

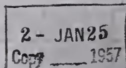
Wir wissen aber auch, daß gerade unsere Frauen schon immer und bei jeder Wahl gut überlegten, damit für die eigene Familie und die Heimat das Beste erreicht werden soll.

Und wenn Sie in den ersten Wochen dieses Wahlkampfes fast irregemacht wurden und sich vielleicht sagen mußten: »Ja, wem soll man denn jetzt noch glauben?«, dann sehen Sie sicher heute klarer und wissen mit allen wahrheitsliebenden Frauen und Männern, was Sie am 23. um Ihrer Familie willen tun müssen: mit JA stimmen!

Wenn Sie von anderen Frauen gefragt werden, warum Sie mit Ja stimmen wollen, dann können Sie antworten:

»Wir Frauen sind es leid, ständig Unruhe und Streitigkeiten wegen der Politik um uns herum zu haben. Wir wissen auch, daß es bei dem Saarstatut gar nicht um die Frage »Zu Frankreich oder zu Deutschland« geht, sondern allein darum, daß wir kein ständiger Zankapfel zwischen den beiden sind. Erst im Friedensvertrag werden wir uns endgültig zu entscheiden haben.

Sie überlegen sich vielleicht folgendes: Der jetzigen Jugend wünscht man nicht mehr das, was manche Frauen zu ertragen hatten: die Heimat



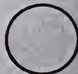
Stimmzettel
für die
Volksbefragung über das Europäische Statut für das Saarland
am 23. Oktober 1955

Billigen Sie das mit Zustimmung der Regierung des Saarlandes zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik am 23. Oktober 1954 vereinbarte Europäische Statut für das Saarland?

Ja



Nein



SVA 37255

SIE SIND WIEDER DA –

die Nationalisten!

Mit ihren organisierten Störtrupps fahren sie durchs Land und machen Rummel.

Was kümmert sie die Ruhe der Familien, die Ordnung des Staates? Was kümmert sie, ob sie Haß und Zwietracht säen, ob die Arbeiter ihre Arbeitsplätze behalten oder verlieren, ob die Frauen und Mütter in Angst und Sorge leben oder nicht? Hauptsache, sie sind wieder da und toben sich aus.

Und wie sie sich austoben: Mit Gewissensdruck und Drohungen, mit Beleidigungen und vor allem mit Lügen. Aber so kann man den Saarländern nicht kommen. Weder so dumm noch so frech.

Deshalb wird der Sieg nicht bei ihnen liegen. Ihre Lügen werden entlarvt werden, eine nach der andern, vor allem ihre größte Lüge: Daß sie die Vertreter des Deutschtums an der Saar sind. Im Gegenteil: sie sind die Totengräber des deutschen Ansehens in der Welt. Die freie Welt ist entsetzt über ihre Methoden. Was Dr. Adenauer in zehn Jahren mühsam aufgebaut hat, droht durch Dr. Schneider und seine Mitkämpfer in drei Monaten zerschlagen zu werden.

Sie leisten Deutschland keinen Dienst, diese Herren. In ihrer blinden Wut sind sie dabei, das Vertrauen in Deutschland zu zerschlagen. Diese geschichtliche Schuld wird ihnen niemand abnehmen.

Unerhörter Erpressungsversuch!

Saarländische Arbeitnehmer und Rentner herhören!!!

Eine Gruppe von saarländischen Unternehmern – Nutznießer und Förderer der französischen Wirtschaftspolitik an der Saar – wollen Euch zum bedingungslosen **„JA"** auffordern.

Wer gibt ihnen das Recht dazu?

Sie wollen unter dem Deckmantel, saarländische Interessen zu vertreten, den Eindruck erwecken, als ob die gesamte Saarwirtschaft hinter ihnen stünde.

Das ist nicht wahr!

Ihre Aktion ist ein unerhörter Übergriff und ein verwerflicher Mißbrauch ihrer Stellung als Arbeitgeber!

Wir lehnen die Einmischung dieser Einzelgänger ab.

Sie haben nichts mit uns gemein! Sie sind die gekauften Helfershelfer gewisser ausländischer Kapitalgruppen und die fragwürdigen Stützen und zweifelhaften Paladine eines zusammenbrechenden Regims, das in unserem Lande keine politische Existenzberechtigung mehr hat. Wir lehnen diese Gruppe von Unternehmern genau so entschieden ab wie das Regime, dem sie dienen.

Wir als Arbeitnehmer wollen eine sozial-orientierte u. von fremden Einflüssen unabhängige Wirtschaft.

In enger Zusammenarbeit mit der leistungsstarken bundesdeutschen Wirtschaft und unter Pflege guter und gleichberechtigter Wirtschaftsbeziehungen mit Frankreich, wollen wir:

Unsere wirtschaftliche Existenz und unser soziales Wohlergehen auch für die Zukunft sichern!
Unsere Arbeitsplätze, unser Lohneinkommen und die Altersversorgung unserer Rentner und Pensionäre garantiert wissen!

Das Saarstatut und der Wirtschaftsvertrag erfüllen diese Forderungen nicht!!!

Laßt Euch nicht durch gekaufte und unsoziale Unternehmer irremachen!
Saarländische Arbeitnehmer! Urteilt selbst! Die Ratschläge dieser Arbeitgeber können verantwortungsbewußte Gewerkschafter und Arbeitnehmer nicht befolgen.
Nur die Ablehnung des Statuts und des Wirtschaftsvertrages öffnet den Weg in eine gesicherte, soziale Zukunft!

Unsere Antwort am 23. Oktober 1955 kann nur lauten:

NEIN

Die im Deutschen Heimatbund zusammengeschlossenen Christlichen Gewerkschafter und Einheitsgewerkschafter.

Herausgeber: Deutscher Heimatbund • Druck A. Herrmann, St. Ingbert

● Unerhörter Erpressungsversuch ●

Saarländische Arbeitnehmer und Rentner herhören !!!

Eine Gruppe von saarländischen Unternehmern – Nutznießer und Förderer der französischen Wirtschaftspolitik an der Saar – wollen Euch zum bedingungslosen **„JA"** auffordern.

Wer gibt ihnen das Recht dazu?

Sie wollen unter dem Deckmantel, saarländische Interessen zu vertreten, den Eindruck erwecken, als ob die gesamte Saarwirtschaft hinter ihnen stünde.

Das ist nicht wahr!

Ihre Aktion ist ein unerhörter Übergriff und ein verwerflicher Mißbrauch ihrer Stellung als Arbeitgeber!

Wir lehnen die Einmischung dieser Einzelgänger ab.

Sie haben nichts mit uns gemein! Sie sind die gekauften Helfershelfer gewisser ausländischer Kapitalgruppen und die fragwürdigen Stützen und zweifelhaften Paladine eines zusammenbrechenden Regims, das in unserem Lande keine politische Existenzberechtigung mehr hat. Wir lehnen diese Gruppe von Unternehmern genau so entschieden ab wie das Regime, dem sie dienen.

Wir als Arbeitnehmer wollen eine sozial-orientierte u. von fremden Einflüssen unabhängige Wirtschaft.

In enger Zusammenarbeit mit der leistungsstarken bundesdeutschen Wirtschaft und unter Pflege guter und gleichberechtigter Wirtschaftsbeziehungen mit Frankreich, wollen wir:

Unsere wirtschaftliche Existenz und unser soziales Wohlergehen auch für die Zukunft sichern!
Unsere Arbeitsplätze, unser Lohneinkommen und die Altersversorgung unserer Rentner und Pensionäre garantiert wissen!

Das Saarstatut und der Wirtschaftsvertrag erfüllen diese Forderungen nicht !!!

Laßt Euch nicht durch gekaufte und unsoziale Unternehmer irremachen!
Saarländische Arbeitnehmer! Urteilt selbst! Die Ratschläge dieser Arbeitgeber können verantwortungsbewußte Gewerkschafter und Arbeitnehmer nicht befolgen.
Nur die Ablehnung des Statuts und des Wirtschaftsvertrages öffnet den Weg in eine gesicherte, soziale Zukunft!

Unsere Antwort am 23. Oktober 1955 kann nur lauten:

NEIN

Die im Deutschen Heimatbund zusammengeschlossenen Christlichen Gewerkschafter und Einheitsgewerkschafter.

Herausgeber: Deutscher Heimatbund - Druck A. Herrmann, St. Ingbert

Die Frankfurter Allgemeine
schreibt in ihrer Ausgabe vom 7. 9. 1955

Kann das Nein abgewürgt werden?

Von Erich Dombrowski

Schon einmal hat eine Saarabstimmung die Welt überrascht. Das war vor zwanzig Jahren, als dieses Gebiet, lange im Zwielicht des Versailler Vertrages, endlich sein Selbstbestimmungsrecht ausüben durfte. Die Bevölkerung bekannte sich mit übergroßer Mehrheit zu ihrer deutschen Heimat. Nicht wegen, sondern trotz den Nationalsozialisten. Das Herz wußte, wohin es gehörte. Heute, da es um die Abstimmung über das Saarstatut geht, sieht sich die Welt vor der gleichen Situation. Wieder ist man draußen betroffen. Wieder befremdet. Abermals muß zur Erklärung dieser reißenden Bewegung zu Deutschland hin der Nationalsozialismus, dieser Kinderschreck, herhalten. Man selbst appelliert, nicht bloß in Hochstunden, an das Nationalbewußtsein. Den Deutschen an der Saar aber nimmt man das, als herausfordernd nationalistisch, übel. Die Abstimmung sollte, in den Augen der Franzosen, nur eine formale Bedeutung haben, nur ein Kopfnikken von Puppen am Draht, sollte nur, im kühlen Schatten der westlichen Demokratie und Selbstbestimmung, das rechtsverbindliche Siegel unter ein diplomatisch ausgehandeltes Kompromiß sein. Wider Erwarten sehen die Saarländer indessen das Referendum unbefangen als das an, was es nach seinem Sinn und Inhalt ist: als eine freie Entscheidung, die allein in ihre Hand gelegt ist. Da helfen keine Einmischungen, da nützen keine Drohungen. Man hat sich mit der Entwicklung abzufinden, die einen so ganz anderen Verlauf genommen hat. Man muß den Realitäten ins Auge sehen und beizeiten die notwendigen Schlußfolgerungen daraus ziehen, ehe das deutsch-französische Verhältnis darunter Schiffbruch erleidet.

Das heißt: Die Saar über Bord

Warum das rasend anschwellende Nein der Bevölkerung? Es ist das Aufbegehren gegen acht Jahre der Unterdrückung, gegen die Fronvögte Hoffmann, Hector und Genossen. Das ist das eine. Das mehr Gefühlsmäßige. Die Abrechnung mit der Vergangenheit. Doch das ist nicht einmal das Wesentliche. Das, worauf es jetzt ankommt, ist die Zukunft. Das Land soll von Deutschland losgerissen werden. Es soll, mit wirschafts-, zoll- und währungspolitischem Anschluß an Frankreich, scheinbar autonom zwischen die beiden Länder, unter Aufsicht der Westeuropäischen Union, geklemmt werden. Gegen diese Abtrennung vom deutschen Heimatboden wehrt man sich. Allerdings soll alles nur vorläufig sein, bis der Friedensvertrag (wann einmal?) endgültige Verhältnisse schaffen wird. Jeder Friedensvertrag setzt aber die Zustimmung aller Alliierten, also auch Frankreichs, voraus. Wohin es in diesem Falle zielt, hat sein Ministerpräsident Ende Dezember des vergangenen Jahres vor der Nationalversammlung unmißverständlich in diesen Worten ausgedrückt: „Ich halte es für nötig zu wiederholen, um jedes Mißverständnis in unserem Lande und im Ausland auszuschließen, daß die Bestimmungen des Statuts der Saar, wenn die Zeit gekommen ist, ohne jede Abänderung in den Friedensvertrag übernommen werden müssen. Die französische Regierung wird sich nicht zu einem Friedensvertrag bereit finden, der mit dieser Forderung nicht übereinstimmt." Auch das im Statut vorgesehene zweite Referendum wird nicht den geringsten Einfluß haben. Denn auch darüber bat, am 30. März dieses Jahres, Außenminister Pinay nicht den geringsten Zweifel gelassen: „Das zweite Referendum kann nicht vor Abschluß des Friedensvertrages stattfinden, und hier — ich präzisiere es — wird das französische Einspruchsrecht genügen, um den Abschluß des Friedensvertrages zu verhindern." Das heißt: Wird das Saarstatut von der Bevölkerung angenommen, bedeutet das ein Abschiednehmen von Deutschland. Die Saar über Bord.

Beim Ja knallt die Tür zu

Daran wird sich auch nichts ändern, wenn die prodeutschen Parteien in dem zukünftigen Landtag, unter dem Statut, eine Mehrheit auf sich vereinigen sollten. Nach seiner Annahme wird das Statut nämlich automatisch ein Bestandteil der Verfassung des Landes. Jeder Versuch der deutschen Parteien, im künftigen Parlament für eine Rückkehr nach Deutschland zu wirken, selbst schon ein Bekenntnis zum Deutschtum würde dann vom aufsichtführenden Landeskommissar als ein Verstoß gegen das Statut und gegen die Verfassung angesehen und geahndet werden. Denn die Westeuropäische Union hat in einem Beschluß zur Ueberwachung des Statuts ausdrücklich bestimmt: „Doch ist jede politische Aktion ausgeschlossen, die geeignet ist, das Prinzip des Statuts, das heißt sein reibungsloses Funktionieren und den inneren Frieden an der Saar, direkt oder indirekt (!) zu beeinträchtigen." Wird es also angenommen, fällt die Tür nach Deutschland ein für allemal knallend zu.

Sofortige Landtagswahlen

Die Verlegenheit in der diplomatischen Küche ist, angesichts dieses spontanen Willensausdrucks zur Wiedervereinigung, nicht gering. Es wird hin und her beraten. Gibt es nicht irgendein Aushilfsmittel, um den aus den Schienen geratenen deutsch-französischen Verständigungszug wieder ins richtige Gleis zu bringen? Wie wäre es, wenn die Hoffmann, Hector und Konsorten zurückträten und so ein Ventil für die aufgestaute Unzufriedenheit öffneten? Das würde zweifelsohne einen Knalleffekt erzeugen. Mehr nicht. Es geht in diesem Kampf schließlich nicht um diese oder jene Politiker die wie faule Früchte über kurz oder lang sowieso vom Baume fallen werden; es geht um das Grundsätzliche, um die Selbsterhaltung eines deutschen Gebietsteils. Größere Möglichkeiten versprächen ein Abstoppen der Abstimmung über das Statut und dafür ein Anberaumen sofortiger Wahlen zum Landtag. Eine daraus hervorgehende Regierung, von einem frei gewählten Parlament legitimiert, könnte auf dieser neuen Grundlage versuchen, mit den Franzosen direkt oder über die Bundesregierung zu einem Ausgleich zu kommen.

Ein Nein stärkt den Kanzler

Auf alle Fälle: Es muß gehandelt werden, und zwar sofort. Der Staatsmann hat die kommenden Dinge zu sehen und ihnen vorauszueilen. Frankreich begründet seinen verschleierten Anspruch auf die Saar mit seinen Kriegs- und Besatzungsschäden. Der Anspruch als solcher wird nicht bestritten. Aber nicht auf Menschenfleisch. Auf eine Bevölkerung, die man aus ihrer angestammten Heimat ausspannen und für sich einspannen will. Die Wiedergutmachungsforderungen sollen erfüllt werden. Gut. Indessen lediglich in Sach- und Geldwerten, welche die nationalen Daseinsmöglichkeiten nicht beeinträchtigen. Darin zeichnet sich der Weg ab, den man so rasch wie möglich zu beschreiten hätte, ehe das ganze Problem sich zu einem Prestigeduell zuspitzt. Das ist um so notwendiger, als wenige Tage nach der Abstimmung an der Saar die Außenministerkonferenz zusammentritt, um den Faden der Verhandlungen mit den Russen weiterzuspinnen. Wir haben wahrlich kein Interesse daran, daß Frankreich, verletzt über eine etwaige Ablehnung des Saarstatuts, in der Frage der deutschen Wiedervereinigung kalte Füße bekommt. Den Alliierten und den Russen aber würde durch eine Ablehnung des Saarstatuts deutlich vor Augen geführt, wie unausrottbar das deutsche Zusammengehörigkeitsgefühl im Westen und im Osten ist, wie sehr man sich an das Selbstbestimmungsrecht klammert, um seine Freiheit wiederzugewinnen. Das könnte den Rücken des Kanzlers nur stärken. Wenn aber die Franzosen, nach der Zurückweisung des Saarstatuts, einfach so tun wollten, als ob nichts geschehen sei, und den bisherigen Zustand der Zwangsverwaltung des Landes einfach weiter aufrechterhielen, dann kann man vor einem solchen Experiment nur eindringlich warnen. Sie sollten aus den Vorgängen der jüngsten Vergangenheit, in Indochina, Algerien und Marokko, gelernt haben, daß man selbst ein Kolonialvolk nicht dauernd mit Bajonetten regieren kann. Wieviel weniger ein Kulturvolk mitten im Herzen Europas. Das Nein einer Bevölkerung kann man nicht abwürgen.

Darum sagt jeder Saarländer NEIN

CDU-SAAR Druck: SZS

Die Frankfurter Allgemeine
schreibt in ihrer Ausgabe vom 7. 9. 1955

Kann das Nein abgewürgt werden?

Von Erich Dombrowski

Schon einmal hat eine Saarabstimmung die Welt überrascht. Das war vor zwanzig Jahren, als dieses Gebiet, lange im Zwielicht des Versailler Vertrages, endlich sein Selbstbestimmungsrecht ausüben durfte. Die Bevölkerung bekannte sich mit übergroßer Mehrheit zu ihrer deutschen Heimat. Nicht wegen, sondern trotz den Nationalsozialisten. Das Herz wußte, wohin es gehörte. Heute, da es um die Abstimmung über das Saarstatut geht, sieht sich die Welt vor der gleichen Situation. Wieder ist man draußen betroffen. Wieder befremdet. Abermals muß zur Erklärung dieser reißenden Bewegung zu Deutschland hin der Nationalsozialismus, dieser Kinderschreck, herhalten. Man selbst appelliert, nicht bloß in Hochstunden, an das Nationalbewußtsein. Den Deutschen an der Saar aber nimmt man das, als herausfordernd nationalistisch, übel. Die Abstimmung sollte, in den Augen der Franzosen, nur eine formale Bedeutung haben, nur ein Kopfnikken von Puppen am Draht, sollte nur, im kühlen Schatten der westlichen Demokratie und Selbstbestimmung, das rechtsverbindliche Siegel unter ein diplomatisch ausgehandeltes Kompromiß sein. Wider Erwarten sehen die Saarländer indessen das Referendum unbefangen als das an, was es nach seinem Sinn und Inhalt ist: als eine freie Entscheidung, die allein in ihre Hand gelegt ist. Da helfen keine Einmischungen, da nützen keine Drohungen. Man hat sich mit der Entwicklung abzufinden, die einen so ganz anderen Verlauf genommen hat. Man muß den Realitäten ins Auge sehen und beizeiten die notwendigen Schlußfolgerungen daraus ziehen, ehe das deutsch-französische Verhältnis darunter Schiffbruch erleidet.

Das heißt: Die Saar über Bord

Warum das rasend anschwellende Nein der Bevölkerung? Es ist das Aufbegehren gegen acht Jahre der Unterdrückung, gegen die Fronvögte Hoffmann, Hector und Genossen. Das ist das eine. Das mehr Gefühlsmäßige. Die Abrechnung mit der Vergangenheit. Doch das ist nicht einmal das Wesentliche. Das, worauf es jetzt ankommt, ist die Zukunft. Das Land soll von Deutschland losgerissen werden. Es soll, mit wirschafts-, zoll- und währungspolitischem Anschluß an Frankreich, scheinbar autonom zwischen die beiden Länder, unter Aufsicht der Westeuropäischen Union, geklemmt werden. Gegen diese Abtrennung vom deutschen Heimatboden wehrt man sich. Allerdings soll alles nur vorläufig sein. bis der Friedensvertrag (wann einmal?) endgültige Verhältnisse schaffen wird. Jeder Friedensvertrag setzt aber die Zustimmung aller Alliierten, also auch Frankreichs, voraus. Wohin es in diesem Falle zielt, hat sein Ministerpräsident Ende Dezember des vergangenen Jahres vor der Nationalversammlung unmißverständlich in diesen Worten ausgedrückt: „Ich halte es für nötig zu wiederholen, um jedes Mißverständnis in unserem Lande und im Ausland auszuschließen, daß die Bestimmungen des Statuts der Saar, wenn die Zeit gekommen ist, ohne jede Abänderung in den Friedensvertrag übernommen werden müssen. Die französische Regierung wird sich nicht zu einem Friedensvertrag bereit finden, der mit dieser Forderung nicht übereinstimmt." Auch das im Statut vorgesehene zweite Referendum wird nicht den geringsten Einfluß haben. Denn auch darüber hat, am 30. März dieses Jahres, Außenminister Pinay nicht den geringsten Zweifel gelassen: „Das zweite Referendum kann nicht vor Abschluß des Friedensvertrages stattfinden, und hier — ich präzisiere es — wird das französische Einspruchsrecht genügen, um den Abschluß des Friedensvertrages zu verhindern." Das heißt: Wird das Saarstatut von der Bevölkerung angenommen, bedeutet das ein Abschiednehmen von Deutschland. Die Saar über Bord.

Beim Ja knallt die Tür zu

Daran wird sich auch nichts ändern, wenn die prodeutschen Parteien in dem zukünftigen Landtag, unter dem Statut, eine Mehrheit auf sich vereinigen sollten. Nach seiner Annahme wird das Statut nämlich automatisch ein Bestandteil der Verfassung des Landes. Jeder Versuch der deutschen Parteien, im künftigen Parlament für eine Rückkehr nach Deutschland zu wirken, selbst schon ein Bekenntnis zum Deutschtum würde dann vom aufsichtführenden Landeskommissar als ein Verstoß gegen das Statut und gegen die Verfassung angesehen und geahndet werden. Denn die Westeuropäische Union hat in einem Beschluß zur Ueberwachung des Statuts ausdrücklich bestimmt: „Doch ist jede politische Aktion ausgeschlossen, die geeignet ist, das Prinzip des Statuts, das heißt sein reibungsloses Funktionieren und den inneren Frieden an der Saar, direkt oder indirekt (!) zu beeinträchtigen." Wird es also angenommen, fällt die Tür nach Deutschland ein für allemal knallend zu.

Sofortige Landtagswahlen

Die Verlegenheit in der diplomatischen Küche ist, angesichts dieses spontanen Willensausdrucks zur Wiedervereinigung, nicht gering. Es wird hin und her beraten. Gibt es nicht irgendein Aushilfsmittel, um den aus den Schienen geratenen deutsch-französischen Verständigungszug wieder ins richtige Gleis zu bringen? Wie wäre es, wenn die Hoffmann, Hector und Konsorten zurückträten und so ein Ventil für die aufgestaute Unzufriedenheit öffneten? Das würde zweifelsohne einen Knalleffekt erzeugen. Mehr nicht. Es geht in diesem Kampf schließlich nicht um diese oder jene Politiker die wie faule Früchte über kurz oder lang sowieso vom Baume fallen werden; es geht um das Grundsätzliche, um die Selbsterhaltung eines deutschen Gebietsteils. Größere Möglichkeiten versprächen ein Abstoppen der Abstimmung über das Statut und dafür ein Anberaumen sofortiger Wahlen zum Landtag. Eine daraus hervorgehende Regierung, von einem frei gewählten Parlament legitimiert, könnte auf dieser neuen Grundlage versuchen, mit den Franzosen direkt oder über die Bundesregierung zu einem Ausgleich zu kommen.

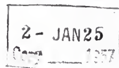
Ein Nein stärkt den Kanzler

Auf alle Fälle: Es muß gehandelt werden, und zwar sofort. Der Staatsmann hat die kommenden Dinge zu sehen und ihnen vorauszueilen. Frankreich begründet seinen verschleierten Anspruch auf die Saar mit seinen Kriegs- und Besatzungsschäden. Der Anspruch als solcher wird nicht bestritten. Aber nicht auf Menschenfleisch. Auf eine Bevölkerung, die man aus ihrer angestammten Heimat ausspannen und für sich einspannen will. Die Wiedergutmachung forderungen sollen erfüllt werden. Gut. Indessen lediglich in Sach- und Geldwerten, welche die nationalen Daseinsmöglichkeiten nicht beeinträchtigen. Darin zeichnet sich der Weg ab, den man so rasch wie möglich zu beschreiten hätte, ehe das ganze Problem sich zu einem Prestigeduell zuspitzt. Das ist um so notwendiger, als wenige Tage nach der Abstimmung an der Saar die Außenministerkonferenz zusammentritt, um den Faden der Verhandlungen mit den Russen weiterzuspinnen. Wir haben wahrlich kein Interesse daran, daß Frankreich, verletzt über eine etwaige Ablehnung des Saarstatuts, in der Frage der deutschen Wiedervereinigung kalte Füße bekommt. Den Alliierten und den Russen aber würde durch eine Ablehnung des Saarstatuts deutlich vor Augen geführt, wie unausrottbar das deutsche Zusammengehörigkeitsgefühl im Westen und im Osten ist, wie sehr man sich an das Selbstbestimmungsrecht klammert, um seine Freiheit wiederzugewinnen. Das könnte den Rücken des Kanzlers nur stärken. Wenn aber die Franzosen, nach der Zurückweisung des Saarstatuts, einfach so tun wollten, als ob nichts geschehen sei, und den bisherigen Zustand der Zwangsverwaltung des Landes einfach weiter aufrechterhielen, dann kann man vor einem solchen Experiment nur eindringlich warnen. Sie sollten aus den Vorgängen der jüngsten Vergangenheit, in Indochina, Algerien und Marokko, gelernt haben, daß man selbst ein Kolonialvolk nicht dauernd mit Bajonetten regieren kann. Wieviel weniger ein Kulturvolk mitten im Herzen Europas. Das Nein einer Bevölkerung kann man nicht abwürgen.

Darum sagt jeder Saarländer **NEIN**

CDU-SAAR Druck: SZS

Aufruf der CDU Saar!



Endlich haben wir die Freiheit des Wortes und der politischen Betätigung erkämpft!

Die Macht der herrschenden Partei-Diktatur geht zu Ende!

Alle christlichen, demokratischen Kräfte schließen sich in der **CDU Saar** zusammen und kämpfen mit uns an der Seite unseres Vaterlandes für eine bessere Ordnung,

für Frieden, Recht und Freiheit!

Ehrfurcht vor Gott und Achtung vor der Gesinnung aller Menschen ist unser oberstes Gebot!

Wir erstreben die Verwirklichung einer freiheitlichen Ordnung auf der Grundlage der

Gerechtigkeit für Jedermann ohne Ansehen der Person,
christlich-sozialen Gemeinschaft,
Liebe zur Familie, Heimat und Vaterland,
Treue zur angestammten deutschen Kultur!

Wir bekennen uns zur wahren europäischen Idee und deren Verwirklichung über den Zusammenschluß aller freien Völker.

Der Weg nach Europa führt nicht über die Verleugnung des Vaterlandes — deshalb:

Kein Europa ohne Vaterland!

Arbeiter und Angestellte

Männer und Frauen der saarländischen Betriebe!

Es ist bekannt geworden, daß einige Unternehmer und Johannes Hoffmann in einer kürzlichen Zusammenkunft bei einem bekannten saarländischen Industriellen beschlossen haben, in der letzten Woche vor der Volksbefragung



auf die **Arbeiterschaft einen Druck zu Gunsten der Annahme des Saarstatuts auszuüben.** Sie wollen Euch **vormachen,** eine Ablehnung des Kolonialstatuts habe Auftragsrückgang und Massenentlassungen zur Folge!

Saarländische Arbeiter und Angestellte!

Laßt Euch nicht irremachen! Die beteiligten Unternehmer sind uns bekannt. Es sind entweder Großverdiener an Frankreich oder solche, die durch

Staatsbürgschaften, Darlehen der öffentlichen Hand (Landesstock), Kredithilfe oder durch Steuerstundungen

über Wasser gehalten werden. Ihr politisches Interesse an der Regierung Hoffmann **sind allein die eigenen finanziellen Vorteile, aber nicht Euer Wohl!**

Gerade auf sie bezieht sich der Satz in dem sensationellen Brief GRANDVALS an HOFFMANN vom 3. Dezember 1954:

„Andererseits habe ich niemals verkannt, daß diese Maßnahmen dazu beitragen, eine Anzahl Bürger Ihres Landes noch enger an ein Regime zu binden, das ihnen solche Vergünstigungen gewährt".

Arbeiter und Angestellte!

Laßt Euch von den Funktionären der DPS den

Brief Grandvals an Hoffmann vom 3. Dezember 1954 geben!

Durch ihn werdet Ihr mit Erschrecken feststellen, in welch katastrophaler Lage und Gefahr wir alle uns befinden.

Während unser staatlicher Haushalt nach Grandvals Zeugnis **46 Milliarden Defizit** aufweist, geht es den wenigen Großverdienern am wirtschaftlichen Anschluß und den verschuldeten Unternehmern nur darum, mit ihrem „JA" zum Kolonialstatut die persönlichen Sondervorteile aufrechtzuerhalten.

Arbeiter und Angestellte

Männer und Frauen der saarländischen Betriebe!

Es ist bekannt geworden, daß einige Unternehmer und Johannes Hoffmann in einer kürzlichen Zusammenkunft bei einem bekannten saarländischen Industriellen beschlossen haben, in der letzten Woche vor der Volksbefragung



auf die **Arbeiterschaft einen Druck zu Gunsten der Annahme des Saarstatuts auszuüben.** Sie wollen Euch **vormachen,** eine Ablehnung des Kolonialstatuts habe Auftragsrückgang und Massenentlassungen zur Folge!

Saarländische Arbeiter und Angestellte!

Laßt Euch nicht irremachen! Die beteiligten Unternehmer sind uns bekannt. Es sind entweder Großverdiener an Frankreich oder solche, die durch

Staatsbürgschaften, Darlehen der öffentlichen Hand (Landesstock), Kredithilfe oder durch Steuerstundungen

über Wasser gehalten werden. Ihr politisches Interesse an der Regierung Hoffmann **sind allein die eigenen finanziellen Vorteile, aber nicht Euer Wohl!**

Gerade auf sie bezieht sich der Satz in dem sensationellen Brief GRANDVALS an HOFFMANN vom 3. Dezember 1954:

„Andererseits habe ich niemals verkannt, daß diese Maßnahmen dazu beitragen, eine Anzahl Bürger Ihres Landes noch enger an ein Regime zu binden, das ihnen solche Vergünstigungen gewährt".

Arbeiter und Angestellte!

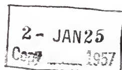
Laßt Euch von den Funktionären der DPS den

Brief Grandvals an Hoffmann vom 3. Dezember 1954 geben!

Durch ihn werdet ihr mit Erschrecken feststellen, in welch katastrophaler Lage und Gefahr wir alle uns befinden.

Während unser staatlicher Haushalt nach Grandvals Zeugnis **46 Milliarden Defizit** aufweist, geht es den wenigen Großverdienern am wirtschaftlichen Anschluß und den verschuldeten Unternehmern nur darum, mit ihrem „JA" zum Kolonialstatut die persönlichen Sondervorteile aufrechtzuerhalten.

EINLADUNG



Der Deutsche Heimatbund

veranstaltet mit einleitenden Kurzreferaten am

Mittwoch, dem 12. Oktober 1955, 16.00 Uhr, im grossen Saal des Johannishofes, Saarbrücken 3, Mainzer Strasse

eine Diskussion über wirtschaftliche, finanzielle und steuerliche Fragen. In den Kurzreferaten werden folgende Themen behandelt:

❶ **Kernprobleme der Saarindustrie**

Referent: Dr. Artur Heitschmidt
Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer des Saarlandes

❷ **Bezugs- und Absatzfragen der Saarwirtschaft**

Referent: Dr. Hermann Wildt
Mitglied des Präsidiums der Industrie- und Handelskammer des Saarlandes

❸ **Sicherung vorhandener und Schaffung neuer Dauer-Arbeitsplätze**

Referent: Dr. H. P. Will, Regierungsdirektor

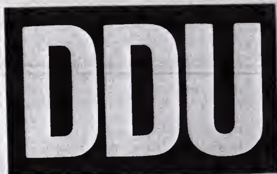
Der Deutsche Heimatbund lädt Sie zu dieser Veranstaltung herzlichst ein und bittet, Freunde und Bekannte mitzubringen.

Damit der Kreis der Teilnehmer auf wirtschaftlich Interessierte begrenzt bleibt, wird von einer öffentlichen Einladung durch Plakate oder Zeitungshinweise Abstand genommen.

Saarbrücken, im Oktober 1955

Deutscher Heimatbund

Mit der



für ein besseres und schöneres Leben unserer Gemeinden in einem friedlichen, geeinten Deutschland, neutral wie Österreich, Schweden und die Schweiz!

Keine Wehrpflicht in Ost und West!

Keine Verschleuderung unserer Steuergroschen für Aufrüstung, Kasernen und sinnlosen Luftschutz!

Nicht aufrüsten, AUFBAUEN!

Nicht Osten, nicht Westen!

Neutral ist am besten!

Was uns beide angeht



An unsere sozialdemokratischen Klassengenossen

Auf diesem Stimmzettel zur Kreisratswahl sind Streichungen unzulässig

Stimmzettel

für die am 13. Mai 1956 stattfindende

Kreisratswahl des Kreises Saarlouis

Christlich-Demokratische Union Saar
Kennwort: **„Auch Du - CDU"**

1. Dr. Ney Hubert, Rechtsanwalt, Saarlouis, Metzer Strasse 26
2. Folz Walter, Pflasterer, Saarlouis-Roden, Schulstrasse 24
3. Arnold Philipp, Amtsinspektor a. D., Saarlouis, IV. Gartenreihe 24

Liste **1** 

Demokratische Partei Saar
Kennwort: **„DPS - Christlich - Sozial - Deutsch"**

1. Comtesse Baptist, kaufm. Angestellter, Saarlouis, Ludwigstr. 4
2. Karrenbauer Josef, Kaufmann, Dillingen, Nordallee 16
3. Hilt Peter, Hüttenarbeiter, Wallerfangen, Schlachthausweg 12

Liste **2** 

Christliche Volkspartei des Saarlandes
Kennwort: **„CVP - Christliche Demokratie"**

1. Merziger Anton, Kaufmann, Saarlouis, Marschall-Ney-Strasse 12
2. Hartmann Heinrich, Angestellter, Wallerfangen, Felsberger Str. 19
3. Lamar Peter, Verlagsleiter, Dillingen, Espeltstrasse 1

Liste **3** 

Sozialdemokratische Partei Deutschlands - Landesverband Saar -
Kennwort: **„SPD - Wiedervereinigung Deutschlands"**

1. Schweitzer Albert, pens. Hüttenarbeiter, Dillingen, Odilienstr. 28
2. Dr. Winter Eugen, Rechtsanwalt, Saarlouis, Titzstrasse 14
3. Paulus Josef, Buchdrucker, Schwalbach, Taubenstrasse 24

Liste **4** 

Kommunistische Partei - Landesverband Saar -
Kennwort: **„KP - Frieden - Einheit - Demokratie"**

1. Bernarding Albert, pens. Bergmann, Schmelz, Wiesenstrasse 3
2. Weiland Helmut, Gärtner, Hostenbach, Ludweilerstrasse 95
3. Motzek Thomas, Bergmann, Ensdorf, Haupstrasse 70

Liste **5** 

Deutsche Demokratische Union
Kennwort: **„DDU"**

1. Berrar Hugo, Lehrer, Lebach, Picardstrasse 37
2. Stein Ludwig, Malermeister, Saarlouis-Lisdorf, Grossstrasse 91
3. Radke Clemens, Hüttenarbeiter, Dillingen-Pachten, Petersweg 16

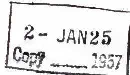
Liste **6** 

X-00801
.S13

#75

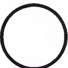
Auf diesem Stimmzettel zur Kreisratswahl sind Streichungen unzulässig

Stimmzettel



für die am 13. Mai 1956 stattfindende

Kreisratswahl des Kreises Saarlouis

Christlich-Demokratische Union Saar Kennwort: **„Auch Du - CDU"** 1. Dr. Ney Hubert, Rechtsanwalt, Saarlouis, Metzer Strasse 26 2. Folz Walter, Pflasterer, Saarlouis-Roden, Schulstrasse 24 3. Arnold Philipp, Amtsinspektor a. D., Saarlouis, IV. Gartenreihe 24	Liste **1** 
Demokratische Partei Saar Kennwort: **„DPS - Christlich - Sozial - Deutsch"** 1. Comtesse Baptist, kaufm. Angestellter, Saarlouis, Ludwigstr. 4 2. Karrenbauer Josef, Kaufmann, Dillingen, Nordallee 16 3. Hilt Peter, Hüttenarbeiter, Wallerfangen, Schlachthausweg 12	Liste **2** 
Christliche Volkspartei des Saarlandes Kennwort: **„CVP - Christliche Demokratie"** 1. Merziger Anton, Kaufmann, Saarlouis, Marschall-Ney-Strasse 12 2. Hartmann Heinrich, Angestellter, Wallerfangen, Felsberger Str 19 3. Lamar Peter, Verlagsleiter, Dillingen, Espeltstrasse 1	Liste **3** 
Sozialdemokratische Partei Deutschlands - Landesverband Saar - Kennwort: **„SPD - Wiedervereinigung Deutschlands"** 1. Schweitzer Albert, pens. Hüttenarbeiter, Dillingen, Odilienstr. 28 2. Dr. Winter Eugen, Rechtsanwalt, Saarlouis, Titzstrasse 14 3. Paulus Josef, Buchdrucker, Schwalbach, Taubenstrasse 24	Liste **4** 
Kommunistische Partei - Landesverband Saar - Kennwort: **„KP - Frieden - Einheit - Demokratie"** 1. Bernarding Albert, pens. Bergmann, Schmelz, Wiesenstrasse 3 2. Weiland Helmut, Gärtner, Hostenbach, Ludweilerstrasse 95 3. Motzek Thomas, Bergmann, Ensdorf, Haupstrasse 70	Liste **5** 
Deutsche Demokratische Union Kennwort: **„DDU"** 1. Berrar Hugo, Lehrer, Lebach, Picardstrasse 37 2. Stein Ludwig, Malermeister, Saarlouis-Lisdorf, Grossstrasse 91 3. Radke Clemens, Hüttenarbeiter, Dillingen-Pachten, Petersweg 16	Liste **6** 

~~Kolonialstatut~~

#76

Das wollen wir

DAS 8 PUNKTEPROGRAMM DER 

~~Kolonialstatut~~

#77

Das wollen wir

DAS 8 PUNKTEPROGRAMM DER 

Ja

oder

Nein

zum Europäischen Saar-Statut

Die Antwort des christlichen Gewissens!

Eine Viertelstunde allein mit Dir selbst!

Verfaßt von zuständiger Stelle

FRANKREICH
GR.-BRITANNIEN
DEUTSCHLAND
ITALIEN
BELGIEN
NIEDERLANDE
LUXEMBURG

W
E
U

DAS EUROPÄISCHE SAAR-STATUT



Gesunde Gemeinden - frohe Menschen

X-DD801

#81



[redacted] Mutter

So sollst Du am 18. Dezember wählen!

CDU
Liste 1



EINLADUNG

Großkundgebung

DER EUROPA-BEWEGUNGEN

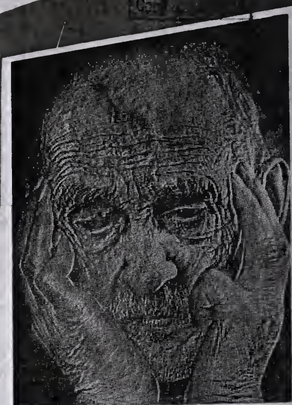
am Samstag, dem 13. August,

20.00 Uhr, Wartburg Saarbrücken

Es sprechen: **JOHANNES HOFFMANN**
PETER ZIMMER



Inflation



Was wird aus UNS?

DIE ERSCHÜTTERNDE ANTWORT GIBT IHNEN DER FRANZÖSISCHE AUSSENMINISTER PINAY


#84
ein halbes
uns nicht weiter!
Soll es bei uns
in 20 Jahren so aussehen?
wir
sagen
nein
2 - JAN25
Copy 1957
X-DD801

Die Rentenleistungen

im

Saarland

in der

Bundesrepublik

und in

Frankreich

Von RICHARD KIRN, Minister a. D. und MdL.

Die
Sozialdemokratische Partei
des Saarlandes

im Dienste der

Kriegssachgeschädigten

Von RICHARD KIRN
Minister a. D. und M. d. L.
Landesparteivorsitzender der SPS



Druck:
„VOLKSSTIMME" Druck- und Verlagsanstalt
Saarbrücken 3, Schützenstrasse 3-5

Die Wahrheit über die Renten

Die Separatisten behaupten, bei einem Nein am 23. Oktober würde eine Kürzung der Renten erfolgen. Einmal wird dies ohne jeden Beweis behauptet und zum anderen werden Tabellen und Einzelrenten veröffentlicht, die zeigen sollen, daß die Renten an der Saar höher sind als im Ruhrgebiet.

Erst im Juli mußten die Separatisten zugeben, daß die Durchschnittsrenten im Ruhrgebiet höher sind als im Saargebiet. Zu Beginn des Abstimmungskampfes erklärten sie jedoch, es sei nicht entscheidend, wo die Durchschnittsrenten höher sind, sondern es käme darauf an, wo mehr hohe Renten gezahlt werden. Dabei suchten sie mit Tabellen zu zeigen, daß an der Saar mehr hohe Renten gewährt werden als im Ruhrgebiet.

Aber die von den Separatisten veröffentlichten Tabellen sind falsch.

Um die Rentner zu täuschen

werden die Renten des Ruhrgebietes nachweisbar um 20 % zu niedrig angegeben, weil die im Bundesgebiet durch das sog. Rentenmehrbetragsgesetz ab 1. November 1954 erfolgte Rentenerhöhung nicht berücksichtigt worden ist.

wird verschwiegen, daß die Bergleute an der Ruhr in der Regel weniger mit dem Bergmannsberuf verbunden sind und daher geringere Beitragszeiten erreichen, als die Saarbergleute.

wird außerdem verschwiegen, daß die Bergleute im Bundesgebiet bereits bei einer Erwerbsminderung von 50 % die Knappschaftsvollrente erhalten, wogegen an der Saar Invalidität erst bei einer Erwerbsminderung von 66,66 Prozent anerkannt wird.

So liegen die Tatsachen. Gegenteilige Darstellungen der Separatisten sind bewusste Irreführungen

Wichtig für die Rentner ist doch einzig und allein die Frage, welche Renten gezahlt würden, wenn das Recht des Bundesgebietes bei uns in Kraft wäre.

Um dies zu verdeutlichen, veröffentlichen wir nachstehend unsere unwiderlegbare Übersicht über die Knappschaftsvollrente.

Die Wahrheit über die Renten

Die Separatisten behaupten, bei einem Nein am 23. Oktober würde eine Kürzung der Renten erfolgen. Einmal wird dies ohne jeden Beweis behauptet und zum anderen werden Tabellen und Einzelrenten veröffentlicht, die zeigen sollen, daß die Renten an der Saar höher sind als im Ruhrgebiet.

Erst im Juli mußten die Separatisten zugeben, daß die Durchschnittsrenten im Ruhrgebiet höher sind als im Saargebiet. Zu Beginn des Abstimmungskampfes erklärten sie jedoch, es sei nicht entscheidend, wo die Durchschnittsrenten höher sind, sondern es käme darauf an, wo mehr hohe Renten gezahlt werden. Dabei suchten sie mit Tabellen zu zeigen, daß an der Saar mehr hohe Renten gewährt werden als im Ruhrgebiet.

Aber die von den Separatisten veröffentlichten Tabellen sind falsch.

Um die Rentner zu täuschen

werden die Renten des Ruhrgebietes nachweisbar um 20 % zu niedrig angegeben, weil die im Bundesgebiet durch das sog. Rentenmehrbetragsgesetz ab 1. November 1954 erfolgte Rentenerhöhung nicht berücksichtigt worden ist.

wird verschwiegen, daß die Bergleute an der Ruhr in der Regel weniger mit dem Bergmannsberuf verbunden sind und daher geringere Beitragszeiten erreichen, als die Saarbergleute.

wird außerdem verschwiegen, daß die Bergleute im Bundesgebiet bereits bei einer Erwerbsminderung von 50 % die Knappschaftsvollrente erhalten, wogegen an der Saar Invalidität erst bei einer Erwerbsminderung von 66,66 Prozent anerkannt wird.

So liegen die Tatsachen. Gegenteilige Darstellungen der Separatisten sind bewusste Irreführungen

Wichtig für die Rentner ist doch einzig und allein die Frage, welche Renten gezahlt würden, wenn das Recht des Bundesgebietes bei uns in Kraft wäre.

Um dies zu verdeutlichen, veröffentlichen wir nachstehend unsere unwiderlegbare Übersicht über die Knappschaftsvollrente.

#89

Unser Stimmzettel

1 CDU

X-DD801

2 CVP S13

3 CSU

4 DPS-*Liste*

Dr. Schneider-

BRINGT UNS WEITER

HIER DEIN KREUZ

5 DDU

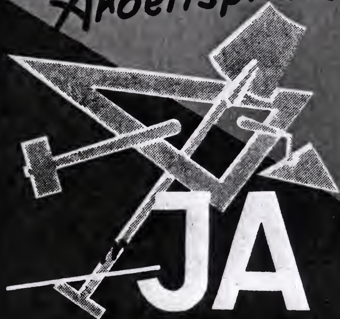
6 KP

7

DEMOKRATISCHE PARTEI SAAR

OFFSETDRUCK KLINKE & CO SAARBRÜCKEN


#90
2 - JAN25
Copy 1957
Alle Esel sagen
JA
LUFTPOST
RIO


#91
SAARLÄNDER
Denk' an Deinen Arbeitsplatz
JA
ARBEITER-u. BAUERN-PARTEI SAAR

auch Du



CDU

CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE UNION SAAR

Die SAAR ist und bleibt DEUTSCH!

#93

Erst Rücktritt der Jo-Ho-Regierung - dann Referendum!

Die deutschen Parteien der Saar, die sich zum Heimatbund zusammengeschlossen haben, stimmen ungeachtet des Appells des Bundeskanzlers gegen das Saarstatut, weil das Statut mit den Lebensinteressen der Saarländer unvereinbar ist.

Sie geloben allen Feinden zum Trotz, am deutschen Vaterland festzuhalten. Sie geben damit der Welt ein leuchtendes Beispiel, was Treue zum Vaterland heißt.

Auch CVP und SPS reden jetzt von einem möglichen **„Nein"** gegen das Saarstatut, um den Status quo, das heißt die französische Vorherrschaft an der Saar zu erhalten. Sie wollen damit gleichzeitig die Politik des Bundeskanzlers diskreditieren.

Die Erklärung des Bundeskanzlers für das Statut wird jedoch von außenpolitischen Gründen diktiert und ändert nichts an der grundsätzlichen Haltung des Bundeskanzlers gegen Statut und Franzosenherrschaft. Der Bundeskanzler ist mit uns völlig einig, daß die Jo-Ho-Regierung noch vor einem Referendum verschwinden muß.

Jedes Referendum vor Landtagswahlen ist mit dem Haß gegen die französische Saarregierung belastet.

Einsichtige Männer aus Politik und Wirtschaft **fordern von Johannes Hoffmann den Rücktritt der Saarregierung.** Prof. Paul Senf ist als Finanzminister zurückgetreten und hat Johannnes Hoffmann ebenfalls aufgefordert, seinem Beispiel zu folgen.

ALARM!

„Die Gemeinden im Strudel der Aufrüstung"

Unter diesem aufsehenerregenden Titel berichtete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" über eine Tagung des Präsidiums des Deutschen Gemeindetages, bei der Vertreter des Amtes Blank die Gemeinden mit den Folgen der Aufrüstung bekannt machten:

> „Was hier mit bemerkenswerter Offenheit vorgetragen wurde, hat die Zuhörer mit fast erschütternder Deutlichkeit bewußt werden lassen, welche Fülle von **neuen Aufgaben** die Gemeinden erwartet und mit welch **neuen Lasten** sie demnächst zu rechnen haben." (FAZ v. 13. 9. 1955)

Mit welchen Lasten haben die Gemeinden zu rechnen?

Laut FAZ sind es folgende **„unpopuläre und zeitraubende Akte:"**

- Erfassung der Wehrpflichtigen
- Aufstellung der Wehrstammblätter und -rollen
- Beteiligung an der Musterung
- Bereitstellung von Uebungsplätzen
- Anlegen von Depots und Lagern
- Landbeschaffung für Wehrmachtsbeamtenwohnungen
- Versorgung der Kasernen mit Wasser, Gas und Strom
- Einrichtung örtlicher Luftschutz-Sirenen-Alarm-Dienste
  örtlicher Luftschutzhilfsdienste
  Entgiftungsdienste
  Bergungsdienste
- Bau von Luftschutzbunkern und -stollen.

Die Mittel dafür haben die Gemeinden aufzubringen (FAZ)

Darüber schweigt die Regierung Ney!

- Während man die Gemeinden zur Sparsamkeit aufruft, erweitert man den von Hoffmann aufgeblähten Verwaltungsapparat um weitere anderthalb Milliarden Franken!
- Während man den Städten und Gemeinden die Schlüsselzuweisungen kürzt (Saarbrücken bekommt 426 Millionen, Dudweiler 98 Millionen, St. Ingbert 63,9 Millionen Franken weniger als 1955!), bleiben die hohen Dispositionsfonds und

#95

Strafanzeige

gegen

Schneiders DPS-Blatt

erstatten wir wegen der verleumderischen Behauptungen über einen Kandidaten der DDU. In dem Artikel über den

Franzosenknecht CVP-Bürgermeister Merziger

wird der Kandidat der DDU, Ludwig Stein aus Saarlouis, als Mitglied des Marschall-Ney-Vereins bezeichnet und somit in gemeinster Weise diffamiert.

Das ist eine Lüge!

Die »DEUTSCHE SAAR« wird die Konsequenzen ziehen müssen!

WÄHLER, urteilt selbst: Wie schlecht muß es um eine Partei bestellt sein, wenn sie zu solch üblen Methoden greifen muß!

Laßt euch nicht belügen und irreführen!

Die DDU ist eine DEUTSCHE Partei, die sich mit einam entschiedenen NEIN gegen jedes Saarstatut, gegen Warndtverkauf und Moselkanal wendat und eintritt für die

Heimkehr der Saar in ein friedliches, geeintes Deutschland

NEUTRAL wie Österreich, Schweden und die Schweiz!

Das will die DDU:

Nicht Osten, nicht Westen,
NEUTRAL ist am besten!

Keine Wehrpflicht in Ost und West!

Keine Verschleuderung unsarer Stauergroschen für die Aufrüstung u. den noch weiter aufgeblähten Verwaltungsapparat!

Nicht aufrüsten - AUFBAUEN!

Keine Stimme dem Separatismus!

Keine Stimme den Parteien, die mit unsauberen Lügenmethoden arbeiten!

Wählt DDU Liste 6

Herausgeber: Deutsche Demokratische Union - Buchdruckerei Rubel, Lebach

Handel u. Industrie

Das sind die Kandidaten der DPS aus den Reihen der Wirtschaft!

Die DPS bekennt sich zur freien Marktwirtschaft. Sie fordert besonders den Ausbau und die Modernisierung der saarländischen Betriebe und Unternehmungen, um ihre Konkurrenzfähigkeit und damit die Arbeitsplätze für die schaffende Bevölkerung zu erhalten. Die hierzu unerläßliche Eigenkapitalbildung ist durch geeignete steuerliche Maßnahmen zu fördern.

Die DPS fordert nachdrücklich den Schutz eines gesunden und vor allem bodenständigen Gewerbes und der freien Berufe. Sie sieht in der tatkräftigen Förderung von Industrie, Bergbau, Landwirtschaft, Handel und Handwerk das Wohlergehen des Landes.

(aus Punkt 8 des Parteiprogramms der DPS)

In Erfüllung dieses, seit 1950 bestehenden Programms der DPS entwickelte ihr Wirtschaftskreis unter Führung von Dr. Heinrich Schneider ein aufsehenerregendes

Wirtschaftsprogramm

zur Sicherung der Arbeitsplätze aller Schaffenden an der Saar.

Diese grundlegende Arbeit ist Zeugnis dafür, in welch' intensiver Weise die DPS die Nöte und Sorgen der saarländischen Wirtschaft erkannt hat, gleichzeitig aber auch die Mittel und Wege weiß, die zu einer grundlegenden Wandlung führen. Der kämpferische Geist der Partei schafft aber auch den Elan, der notwendig ist, um die Widerstände zur Verwirklichung einer großzügigen Wirtschaftsplanung an der Saar zu überwinden. Die Kandidaten der DPS sind die Männer einer bodenständigen saarländischen Wirtschaft, sie repräsentieren Industrie und Handel gleichermaßen und in ihnen spricht ehrbarer Kaufmannsgeist!





Senator Richard Becker

Es ist müßig, über Richard Beckers Persönlichkeit Worte zu verlieren. Als ihm die wirtschafts-wissenschaftliche Fakultät der Technischen Universität Berlin die akademische Würde eines Senators h. c. verlieh, begründeten Rektor und Senat diese Ehrung mit den Worten:

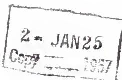
„In Anerkennung seiner Verdienste um den Aufbau der deutschen Wirtschaft und die Stärkung des Deutschtums."

Als Seniorchef der bekanntesten saarländischen Unternehmen der Textilbranche, Arnold Becker & Co., Gebr. Sinn und der Vereinigten Bekleidungswerke R. u. A. Becker, deren weitverzweigte Betriebe an der Saar wie in der Bundesrepublik bestehen, ist Richard Becker mit Handel und Industrie gleichermaßen verwachsen. Jahrelang war er Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Saarbrücken und Führer bekannter Wirtschaftsorganisationen. Seit 1919 nahm er als Abgeordneter des saarländischen Zentrums aktiv am politischen Schicksal unserer Heimat teil. 1948 war er einer der ersten, der mit einer Handvoll Freunden den deutschen Widerstand an der Saar begründete. Der 23. Oktober 1955 wurde zur Krönung seines Lebenswerkes.

Durch seine Verwurzelung mit der einheimischen und bundesdeutschen Wirtschaft und durch seine reiche Lebenserfahrung wird er als Spitzenkandidat der DPS die Gewähr für die beste Repräsentation der saarländischen Wirtschaft im neuen Landtag geben.

Dr. Arthur Heitschmidt

Seit Jahrzehnten als Kaufmann und Fabrikant in unserer saarländischen Heimat tätig, hat Dr. Heitschmidt sich das Vertrauen weitester Wirtschaftskreise erworben. Als Vorstandsmitglied wichtiger Organisationen unserer Wirtschaft kam er in den Beirat der saarländischen Industrie- und Handelskammer und wurde „als Gegengewicht" gegen allzu westlich orientierte Wirtschaftsvertreter zum 1. Vizepräsidenten gewählt. In dieser Stellung wurde Dr. Heitschmidt sehr bald der führende Kopf und Vertreter einer heimatgebundenen Wirtschaftspolitik. Seine aufrechte deutsche Haltung fand immer ihren mutigen Ausdruck. Für die DPS und ihr Wirtschaftsprogramm ist Dr. Heitschmidt einer der maßgebenden Männer!



Was will die
Übernationale Europäische Volkspartei Saar?

CHRISTLICH SOZIAL ÜBERNATIONAL

1. Die Übernationale Europäische Volkspartei Saar ist gegründet worden, um an der Saar europäische Politik im wahrsten Sinne des Wortes zu betreiben. Die gegenwärtige Lage an der Saar erfordert es von der Partei, dafür einzutreten, der Saar als Übergangslösung ein Europa-Statut im Rahmen der West-Europäischen Union zu geben, von welcher die schrittweise Integration Europas weiter vorschreiten kann. Daher fordern wir:

a) Zollfreiheit für die Einfuhr von Waren und Erzeugnissen aller Art aus den Ländern, welche dem Europarat angehören.

b) Zollfreiheit für die Ausfuhr von Waren aller Art in die gleichen Länder

Wir schlagen vor, das Saargebiet schon heute so zu betrachten und zu behandeln, als wären die künftige europäische Zoll-, Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft schon vorhanden.

2. Wir stellen ausdrücklich fest, daß das Saargebiet nicht aufgehört hat, ein Teil Deutschlands in den Grenzen von 1937 zu sein, sehen aber in der Europäisierung des Saargebietes ein großes Ziel, um zu dem großen Ideal der Vereinigten Staaten von Europa zu kommen.

3. Wir fordern alle uns gut gesinnten europäischen Landsleute an der Saar auf, uns bei unseren großen idealen Zielen zu unterstützen.

4. Wir sind eine Partei, welche sich aus allen Schichten der Saarbevölkerung zusammensetzt, welche mit dem großem idealen Ziele beseelt sind:

Europa muß kommen! Daher fordern wir ehrenamtliche Abgeordnete in den Saarlandtag

Wir lehnen es ab, für Idealismus bezahlt zu werden, wir werden auch alles daran setzen, daß dies zur Wirklichkeit wird.

5. In der Renten- und der Altersversorgung unser alten Rentner und Pensionäre sehen wir ein großes Unrecht darin, daß die einen bis zu 80 000,- Frs., die andern nur 7000,- Frs. monatlich erhalten. Wir stellen fest, daß jeder ab 55 Jahre Anspruch auf einen angemessenen Lebensabend hat. Die Mittel hierzu sind vorhanden, nur zu Unrecht verteilt.

6. **Wir bitten dieses Flugblatt weiterzugeben,** da wir uns keine Millionenauflage erlauben können, weiter bitten wir, uns bei unseren Versammlungen zu besuchen, wir haben Ihnen nämlich vieles zu sagen.

7. Alle erdenklichen saarländischen Europäer fordern wir auf, uns bei unserer großen und guten Arbeit zu unterstützen; alle, welche von dem großen Wunsche beseelt sind: „Europa muß kommen!" rufen wir auf:

Wählt unsere Kandidaten in den Saarlandtag.
Wir sind die Partei mit dem größten und schönsten Ideal.
Vereinigte Staaten von Europa in Frieden und Freiheit!

ÜBERNATIONALE EUROPÄISCHE VOLKSPARTEI SAAR
Vorläufiger Sitz Kastel-Saar

Herausgeber: Üernationale Europäische Volkspartei-Saar Druck: Merziger Druckerei und Verlag

Christliche Wähler!

Hier spricht die größte deutsche Partei
die Christlich Demokratische Union Saar
die Partei der Zukunft!

Papst Pius XII., die Bischöfe und die evangelischen Kirchenleitungen wollen, daß wir uns einsetzen für eine christliche Gestaltung unserer Zukunft. Das Parteiprogramm und die Kandidaten der CDU Saar bieten die Gewähr dafür, daß die Grundsätze, wie sie uns die kirchliche Obrigkeit aufgetragen hat, in Zukunft so beachtet und angewandt werden, wie es unsere Schwesterpartei in der Bundesrepublik seit zehn Jahren beweist.

Wir erstreben, daß das ewige göttliche Recht unter den Menschen Gesetz und Ordnung werde.

Die CDU erstrebt eine vom Christentum getragene Lebensgemeinschaft des ganzen deutschen Volkes.

Die CDU bejaht und fordert für das Volksschulwesen an der Saar die christliche Bekenntnisschule und die ihr entsprechende Lehrerbildung.

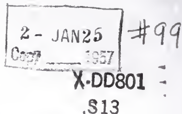
Sichert Eure christliche Zukunft
wählt
CDU
LISTE 1

WAHLZETTEL für die Wahl des
SAARLÄNDISCHEN LANDTAGS
am 18. Dezember 1955

Christlich-Demokratische Union Saar
Kennwort: „Auch DU — CDU — Liste 1"

Liste 1 (X)
Liste 2
Liste 3
Liste

Herausgeber: CDU Saar — Druck: Saarzeitung, Saarlouis



War es **christlich** von der CVP,

Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes bis zum heutigen Tage „den verdienten Lohn vorzuenthalten", Bediensteten, die 1945-46 trotz braver und ehrlicher Pflichterfüllung Emigranten und ehrlosen Gesellen und Nichtskönnern Platz machen mußten?

War es **christlich** von der CVP,

willkürliche und brutale Enteignungen vorzunehmen und mitzumachen, nur weil der Besitzer ihnen nicht paßte?

Warum haben sie bei dem vielen Unrecht in der Besatzungszeit ihren neuen Herrn und Freunden die Gefolgschaft nicht verweigert, was sie den Deutschen so gern und so oft zum Vorwurf machten?

Wahrhaftig, solch unchristliches Handeln verwirkt ein für allemal den Anspruch, noch als christliche Partei angesehen und angesprochen zu werden.

Daraus ergibt sich für jeden christlichen Wähler die eine Folgerung

keine Stimme der CVP

dafür aber die unabdingbare Verpflichtung,

jede christliche Stimme nur der

CDU

LISTE 1

Herausgeber: CDU Saar — Druck: Saarzeitung, Saarlouis



An alle christl. Frauen, Männer und an die Jugend des Kreises Saarlouis

Zum zweiten Mal wird die Bevölkerung unserer Heimat zur Wahlurne treten, um sich **eine neue Zukunft** zu erkämpfen.

Zehn lange Jahre, in denen die Freiheit geknechtet wurde, gehören durch den **grandiosen Sieg vom 23. Oktober** der Vergangenheit an.

Grenzlandvolk ist Schicksalsvolk

und als solches eine grosse Schicksalsgemeinschaft. Nicht die **grossen Polizeiabsperrungen,** die das alte Regime schützen mussten, sondern **die Freiheit muss zum Siege führen.** Das arbeitende Volk an der Saar will **in voller Freiheit, in Ruhe und Frieden leben.** Es will seinen Willen frei kund tun.

Die letzte Schanze der Freiheit muss nun am 18. Dezember 1955 erstürmt werden.

In allen Betrieben unter und über der Erde, in allen kaufmännischen Büros, in allen öffentlichen Verwaltungen müssen wieder eine echte und gesunde Berufsgemeinschaft, eine Kameradschaft des gegenseitigen Vertrauens und Helfens, eine wahre Brüderschaft hergestellt werden und wieder den **ersten Platz im Leben einer Gemeinschaft** einnehmen. Der Beste unter den Berufskameraden muss für seine Mitarbeiter **ein Freund, ein Helfer und ein leuchtendes Vorbild christlicher Nächstenliebe werden.**

Wir wollen wieder alle zu dem Idealismus zurückfinden, der einer Schicksalsgemeinschaft stets über eine hereingebrochene Not hinweghilft. Hierin muss unsere Stärke liegen.

Die CDU-Saar, die heute schon die stärkste Partei unserer lieben deutschen Saarheimat ist, wird die von ihr gesteckten Programmziele zur Verwirklichung bringen und sich jederzeit als die Partei des schaffenden Volkes zeigen.

Darum werde auch Du, wo Du auch in der Vergangenheit gestanden hast, Mitglied der **CDU-Saar**, der

Partei für Christentum, Deutschtum und Demokratie

CDU-Saar, Kreisverband Saarlouis, im Dezember 1955
Ph. Arnold, Kreisvorsitzender

Bitte hier abtrennen und beim Ortsverbandsvorstand abgeben!

Beitrittserklärung
zur CDU-Saar

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur CDU-Saar

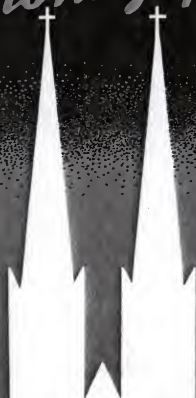
Name: .... Vorname: .... geb.: ....

Beruf: .... Religion: ....

Wohnort: .... Strasse Nr.: ....

....
Unterschrift

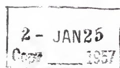
Druck: Gebr. Ney, Fraulautern


Wähler!
Es droht Gefahr!
HEIMAT U. SCHULE
SOLLEN CHRISTLICH
BLEIBEN!
Darum wähle
CVP
LISTE 2

WÄHLT

DPS

DANN WÄHLT IHR RICHTIG!



Deutsch

Demokratisch

Unabhängig

Wählt
die Partei
des deutschen Volkes
an der Saar

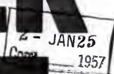
Deutsche Demokratische Union

DDU

LISTE 5

Herausgeber: Deutsche Demokratische Union, Saarbrücken 3, Rathausstraße 17 · Druck:

ARBEITER



EINHEIT



verhindert neuen Saarschacher

Wählt

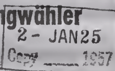
auch Du



CDU



Männer, Frauen und Jungwähler des Kreises Homburg!



#106

Das ist die Wahrheit zum 23. Oktober:

Am 23. geht es einzig und allein um das Europäische Saarstatut.
Mit unserer Einstellung zu Deutschland hat der 23. nichts zu tun.

Das Europäische Saar-Statut bringt uns:

- **Friede zwischen dem deutschen und französischen Volk**
- **Schrittweisen Abbau der Grenzen**
- **Erhaltung unserer Löhne, Renten und Pensionen**
- **Wirtschaftsverträge mit der Bundesrepublik**
- **Gemeinsame Garantien der Bundesrepublik und Frankreichs für unsere Wirtschaft**

Saarländer: Das können wir alle bejahen!

Ablehnung des Statuts würde heißen:

- **Neuer Streit um die Saar!**
- **Wirtschaftliche Unsicherheit auch für Euern Kreis!**
- **Gefahr der Kürzung von Löhnen, Renten und Pensionen!**
- **Gefährdung der Zuschüsse und Zuweisungen an die Gemeinden!**
- **Ende der Versöhnungspolitik zwischen Deutschland und Frankreich!**

Daran kann nur Moskau interessiert sein.
Wer Nein sagt, hilft den Kommunisten.
Nur unser Ja erhält uns das Vertrauen unserer Nachbarn.
Nur unser Ja sichert uns und unseren Kindern eine glückliche Zukunft.
Laßt Euch nichts vormachen! Allein das Ja am 23. Oktober ist richtig!
Jede andere Entscheidung würde jeder einzelne bald bitter bereuen!

DESHALB JA



Männer, Frauen und Jungwähler des Kreises Homburg!

Das ist die Wahrheit zum 23. Oktober:

Am 23. geht es einzig und allein um das Europäische Saarstatut.
Mit unserer Einstellung zu Deutschland hat der 23. nichts zu tun.

Das Europäische Saar-Statut bringt uns:

- **Friede zwischen dem deutschen und französischen Volk**
- **Schrittweisen Abbau der Grenzen**
- **Erhaltung unserer Löhne, Renten und Pensionen**
- **Wirtschaftsverträge mit der Bundesrepublik**
- **Gemeinsame Garantien der Bundesrepublik und Frankreichs für unsere Wirtschaft**

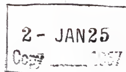
Saarländer: Das können wir alle bejahen!

Ablehnung des Statuts würde heißen:

- **Neuer Streit um die Saar!**
- **Wirtschaftliche Unsicherheit auch für Euern Kreis!**
- **Gefahr der Kürzung von Löhnen, Renten und Pensionen!**
- **Gefährdung der Zuschüsse und Zuweisungen an die Gemeinden!**
- **Ende der Versöhnungspolitik zwischen Deutschland und Frankreich!**

Daran kann nur Moskau interessiert sein.
Wer Nein sagt, hilft den Kommunisten.
Nur unser Ja erhält uns das Vertrauen unserer Nachbarn.
Nur unser Ja sichert uns und unseren Kindern eine glückliche Zukunft.
Laßt Euch nichts vormachen! Allein das Ja am 23. Oktober ist richtig!
Jede andere Entscheidung würde jeder einzelne bald bitter bereuen!

DESHALB JA



Lieber Freund!

Im Jahre 1935 haben unsere Eltern zum ersten Male über das Schicksal der Heimat entscheiden müssen. Ihre Haltung war so klar und eindeutig wie sie selbstverständlich war.

Klar und eindeutig waren damals auch die Fragen: Anschluß an Frankreich, Status Quo oder Rückkehr zu Deutschland.

Damals hatte man also eine Wahl, heute haben wir keine mehr. Ob wir nach Deutschland zurückwollen, von dem man uns widerrechtlich getrennt hat, werden wir nicht mehr gefragt. Die beiden ersten Punkte, die unsere Eltern damals ausdrücklichlich ablehnten, sind unterdessen weitgehend verwirklicht worden: Wir sind heute von Deutschland getrennt und wirtschaftlich an Frankreich angeschlossen. So steht es auch im Vorwort der Verfassung. Diese Verfassung aber bedarf bis heute noch unserer Zustimmung.

Doch was hat die Verfassung mit dem Statut zu tun? — Sehr viel, lieber Freund! Das Statut ändert die Verfassung nicht in grundsätzlichen Dingen, sondern, wie es in Art. VII b des Statuts heißt, „es werden an der Verfassung nur die durch das Statut notwendig gewordenen Änderungen vorgenommen." Wer also jetzt das Statut anerkennt, der stimmt der Verfassung zu und damit der Separation.

Was aber bedeutet das für unsere Zukunft?

Es bedeutet die Fortführung der französischen Kulturpolitik, die das Ziel hat, unser Land genau so wie Elsaß-Lothringen dem französischen Kulturbereich anzugleichen. Wie im Elsaß schon lange, so versucht man auch hier seit zehn Jahren die Deutschstunden zu Gunsten eines verstärkten Französischunterrichts zu vermindern. Schon unsere Kleinsten werden bereits im zweiten Schuljahr gezwungen, Französisch zu lernen, dabei kennen sie nicht einmal ihre Muttersprache.

Es bedeutet für uns persönlich in der Frage des Militärdienstes eine Blanko-Unterschrift für einen Saarkommissar, der nicht in Zusammenarbeit mit dem Landtag bestimmt, sondern seine Anweisungen vom Alliierten Oberkommando des Atlantikpaktes in Paris empfängt. (Art. II und IV)

Es bedeutet weiter, daß wir uns bei einem Besuch unserer nächsten Verwandten in Deutschland auch in Zukunft einer Paß- und Zollkontrolle unterziehen müssen. Während man uns die Verbindung zum eigenen Volk nur mit einem französischen Paß erlaubt, genügt auf der anderen Seite ein simpler Personalausweis, um bis nach Marokko zu reisen. Wir aber wollen nach beiden Seiten mit einer einfachen Kennkarte fahren.

Es bedeutet für unsere wirtschaftliche Zukunft die Beibehaltung der bisherigen Währungs- und Zollunion (Art. XII b). Das aber heißt, daß wir weiterhin mit schlechtem Geld schlechte Waren teuer bezahlen müssen. Es bedeutet für uns, daß unsere Arbeitsplätze und damit unsere materielle Existenzgrundlage aufs äußerste gefährdet wird. Die wirtschaftsamtlichen Statistiken haben zur Genüge bewiesen, daß durch die einseitige Wirtschaftsunion eine Weiterentwicklung unserer Industrieen nicht mehr möglich ist, während in der Bundesrepublik eine ständige Aufwärtsentwicklung erfolgt. —

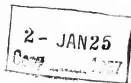
In Deutschland stabile Währungsverhältnisse — an der Saar schleichende Inflation. In Deutschland stabile Preise — an der Saar dauernde Preisschwankungen. In Deutschland gefüllte Staatskassen — an der Saar 46 Milliarden Staatsschulden. Diese Verschuldung ist so ungeheuer, daß der Saarstaat nicht einmal mehr die Zinsen, geschweige denn die Tilgungsgelder aufbringt (Finanzminister a. D. Senf). Frankreich kann uns nicht helfen, denn es schuldet allein Deutschland im Rahmen der europäischen Zahlungsunion Milliarden DM. Das ist die Situation, lieber Freund. Prüfe und erwäge sie selbst. Einem vorgesetzten Urteil zu folgen ist leicht, schwer oft ein eigenes zu bilden.

Doch, was auch immer Du tust, tu's mit Bedacht und schau auf das Ende!

Wir sagen nein!

Mit freundlichen Grüßen

Die JUNGE UNION SAAR



Lieber Freund!

Im Jahre 1935 haben unsere Eltern zum ersten Male über das Schicksal der Heimat entscheiden müssen. Ihre Haltung war so klar und eindeutig wie sie selbstverständlich war.

Klar und eindeutig waren damals auch die Fragen: Anschluß an Frankreich, Status Quo oder Rückkehr zu Deutschland.

Damals hatte man also eine Wahl, heute haben wir keine mehr. Ob wir nach Deutschland zurückwollen, von dem man uns widerrechtlich getrennt hat, werden wir nicht mehr gefragt. Die beiden ersten Punkte, die unsere Eltern damals ausdrücklichlich ablehnten, sind unterdessen weitgehend verwirklicht worden: Wir sind heute von Deutschland getrennt und wirtschaftlich an Frankreich angeschlossen. So steht es auch im Vorwort der Verfassung. Diese Verfassung aber bedarf bis heute noch unserer Zustimmung.

Doch was hat die Verfassung mit dem Statut zu tun? — Sehr viel, lieber Freund! Das Statut ändert die Verfassung nicht in grundsätzlichen Dingen, sondern, wie es in Art. VII b des Statuts heißt, „es werden an der Verfassung nur die durch das Statut notwendig gewordenen Änderungen vorgenommen." Wer also jetzt das Statut anerkennt, der stimmt der Verfassung zu und damit der Separation.

Was aber bedeutet das für unsere Zukunft?

Es bedeutet die Fortführung der französischen Kulturpolitik, die das Ziel hat, unser Land genau so wie Elsaß-Lothringen dem französischen Kulturbereich anzugleichen. Wie im Elsaß schon lange, so versucht man auch hier seit zehn Jahren die Deutschstunden zu Gunsten eines verstärkten Französischunterrichts zu vermindern. Schon unsere Kleinsten werden bereits im zweiten Schuljahr gezwungen, Französisch zu lernen, dabei kennen sie nicht einmal ihre Muttersprache.

Es bedeutet für uns persönlich in der Frage des Militärdienstes eine Blanko-Unterschrift für einen Saarkommissar, der nicht in Zusammenarbeit mit dem Landtag bestimmt, sondern seine Anweisungen vom Alliierten Oberkommando des Atlantikpaktes in Paris empfängt. (Art. II und IV)

Es bedeutet weiter, daß wir uns bei einem Besuch unserer nächsten Verwandten in Deutschland auch in Zukunft einer Paß- und Zollkontrolle unterziehen müssen. Während man uns die Verbindung zum eigenen Volk nur mit einem französischen Paß erlaubt, genügt auf der anderen Seite ein simpler Personalausweis, um bis nach Marokko zu reisen. Wir aber wollen nach beiden Seiten mit einer einfachen Kennkarte fahren.

Es bedeutet für unsere wirtschaftliche Zukunft die Beibehaltung der bisherigen Währungs- und Zollunion (Art. XII b). Das aber heißt, daß wir weiterhin mit schlechtem Geld schlechte Waren teuer bezahlen müssen. Es bedeutet für uns, daß unsere Arbeitsplätze und damit unsere materielle Existenzgrundlage aufs äußerste gefährdet wird. Die wirtschaftsamtlichen Statistiken haben zur Genüge bewiesen, daß durch die einseitige Wirtschaftsunion eine Weiterentwicklung unserer Industrieen nicht mehr möglich ist, während in der Bundesrepublik eine ständige Aufwärtsentwicklung erfolgt. —

In Deutschland stabile Währungsverhältnisse — an der Saar schleichende Inflation. In Deutschland stabile Preise — an der Saar dauernde Preisschwankungen. In Deutschland gefüllte Staatskassen — an der Saar 46 Milliarden Staatsschulden. Diese Verschuldung ist so ungeheuer, daß der Saarstaat nicht einmal mehr die Zinsen, geschweige denn die Tilgungsgelder aufbringt (Finanzminister a. D. Senf). Frankreich kann uns nicht helfen, denn es schuldet allein Deutschland im Rahmen der europäischen Zahlungsunion Milliarden DM. Das ist die Situation, lieber Freund. Prüfe und erwäge sie selbst. Einem vorgesetzten Urteil zu folgen ist leicht, schwer oft ein eigenes zu bilden.

Doch, was auch immer Du tust, tu's mit Bedacht und schau auf das Ende!

Wir sagen nein!

Mit freundlichen Grüßen

Die JUNGE UNION SAAR

#110

Frauen - Mütter!

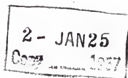


Die Augen Eurer Kinder sehen Euch an!

Frauen - Mütter!



Die Augen Eurer Kinder sehen Euch an!



Damit es nicht wieder so kommt ...

Nein!



Damit es nicht wieder so kommt ...

Nein!

In der Bonner Verlautbarung heisst es dann weiter:

„Es ist notwendig, diesen Standpunkt des Bundeskanzlers herauszustellen, weil eine Erklärung im DUD über die Lage an der Saar dahin missdeutet zu werden scheint, als sei der Artikel eine Antwort

auf die Herausforderung Herrn Hoffmanns, daß der Bundeskanzler sich selbst zur Abstimmung äußern müsse.

Es dürfte auch Herrn Hoffmann nicht entgangen sein, daß der Kern dieses Artikels sich betont mit der von ihm selbst geschaffenen unerträglichen Lage an der Saar befaßte und die Notwendigkeit einer schnellstmöglichen Änderung unterstrich.

In dem Artikel war mit Recht darauf hingewiesen, daß einer der Gründe, die die Fraktion der CDU veranlaßt haben, im Bundestag dem Saar-Abkommen zuzustimmen, die Absicht war, damit den Weg zur Beseitigung dieses Regimes frei zu machen!"

Soweit die offizielle Bonner Erklärung!

Darum geht es also entscheidend!

Spätestens am 23. Oktober 1955 muss das Hoffmann-Hector-Regime fallen!

Die Hoffmann-Hector-Zimmer-Kirn und Braun rufen auf, „JA" zu sagen, weil sie ihre Posten und Pfründe behalten wollen.

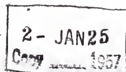
Wer aber will, daß sie verschwinden — wie dies der BUNDESKANZLER unmissverständlich gefordert hat —

der stimmt am 23. Oktober mit den deutschen Parteien NEIN

Die Deutschen Parteien an der Saar:

Christlich Demokratische Union Saar (CDU) — Demokratische Partei Saar (DPS)

Deutsche Sozialdemokratische Partei (DSP)



In der Bonner Verlautbarung heisst es dann weiter:

„Es ist notwendig, diesen Standpunkt des Bundeskanzlers herauszustellen, weil eine Erklärung im DUD über die Lage an der Saar dahin missdeutet zu werden scheint, als sei der Artikel eine Antwort

auf die Herausforderung Herrn Hoffmanns, daß der Bundeskanzler sich selbst zur Abstimmung äußern müsse.

Es dürfte auch Herrn Hoffmann nicht entgangen sein, daß der Kern dieses Artikels sich betont mit der von ihm selbst geschaffenen unerträglichen Lage an der Saar befaßte und die Notwendigkeit einer schnellstmöglichen Änderung unterstrich.

In dem Artikel war mit Recht darauf hingewiesen, daß einer der Gründe, die die Fraktion der CDU veranlaßt haben, im Bundestag dem Saar-Abkommen zuzustimmen, die Absicht war, damit den Weg zur Beseitigung dieses Regimes frei zu machen!"

Soweit die offizielle Bonner Erklärung!

Darum geht es also entscheidend!

Spätestens am 23. Oktober 1955 muss das Hoffmann-Hector-Regime fallen!

Die Hoffmann-Hector-Zimmer-Kirn und Braun rufen auf, „JA" zu sagen, weil sie ihre Posten und Pfründe behalten wollen.

Wer aber will, daß sie verschwinden — wie dies der BUNDESKANZLER unmissverständlich gefordert hat —

der stimmt am 23. Oktober mit den deutschen Parteien NEIN

Die Deutschen Parteien an der Saar:

Christlich Demokratische Union Saar (CDU) — Demokratische Partei Saar (DPS)

Deutsche Sozialdemokratische Partei (DSP)

Keine Gefährdung der Renten

Feierliche Erklärung der deutschen Parteien

Die Separatisten versuchen in Kundgebungen, in ihrer Presse und durch Flüsterpropaganda der Bevölkerung klar zu machen, dass bei einer Nein-Mehrheit die soziale Sicherheit der Rentenempfänger gefährdet sei. Dazu erklären die im Deutschen Heimatbund zusammengeschlossenen Parteien:

1. Die von den Separatisten wider besseres Wissen verbreiteten Gerüchte entbehren jeder Grundlage. Sie dienen einzig dem Zweck, die Bevölkerung irrezuführen und in einen Gewissenszwang zu versetzen mit dem verwerflichen Ziel, damit die Ärmsten der Armen aus Furcht vor möglichen wirtschaftlichen Folgen zu einem Ja am 23. Oktober zu bestimmen.

2. Die Höhe und das Ausmass der sozialen Leistungen hängen von der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft ab. Eine gesunde Volkswirtschaft ermöglicht hohe soziale Leistungen, eine kranke, d. h. nicht konkurrenzfähige Volkswirtschaft, lässt nur geringe soziale Leistungen zu, weil stets nur das als Sozialleistungen gegeben werden kann, was in gemeinsamer Anstrengung in der Wirtschaft erarbeitet wird.

3. Bei Kriegsende waren die sozialen Leistungen hier und in der jetzigen Bundesrepublik gleich, auch war die Lage der Versicherungsträger gleich hoffnungslos. Im Bundesgebiet hat der Stand der sozialen Leistungen mit der Entwicklung der Wirtschaft Schritt gehalten, d. h. mit zunehmendem Ertrag der Wirtschaft sind die sozialen Leistungen angestiegen.

4. Die Wirtschaft im Bundesgebiet hat einen gewaltigen Aufschwung erlebt, der in der Welt das deutsche Wirtschaftswunder genannt wird. Dementsprechend konnten auch die Sozialleistungen Zug um Zug so aufgebessert werden, dass die des Bundesgebietes diejenigen des Saargebietes auf den wichtigsten Gebieten längst erreicht und in vielen Fällen überholt haben. Die von uns veröffentlichte Rentenvergleichstabelle ist dafür ein überzeugender Beweis.

5. Durch die verschiedenartige Entwicklung der sozialen Gesetzgebung bestehen naturgemäss auch verschiedenartige Rechtsvorschriften. Während die Masse der Rentner nach Bundesrecht höhere Renten zu erwarten hat, kommt es in Einzelgruppen nach dem Recht des Saargebietes zu höheren Leistungen.

> **Bei der Eingliederung des Saargebietes kann aber keine Verschlechterung der Renten eintreten, weil die Rentenbescheide unwiderrufliche Rechtskraft erlangt haben und nicht zu Ungunsten der Leistungsempfänger geändert werden können. Die bisherige Rente muss in jedem Falle weitergezahlt werden.**

6. Für die weitere Entwicklung der Sozialleistungen ist ausschlaggebend, dass die Wirtschaft des Bundesgebietes wie es auch von den Separatisten nicht bestritten wird, weitaus leistungsfähiger ist als die Wirtschaft des Saargebietes und dass der Aufschwung in der Bundesrepublik weiter anhält. Für die Saarwirtschaft trifft das Gegenteil zu. Demzufolge ist nicht wahr, was die Separatisten behaupten.

> Im Bundesgebiet sind die Sozialleistungen auf den wesentlichsten Gebieten bereits heute höher als im Saargebiet.

Der grandiose wirtschaftliche Aufschwung wird weitere Verbesserungen der Sozialleistungen in Deutschland bewirken. An der Saar aber ist es umgekehrt, und mit voller Berechtigung darf man sagen, dass die Sozialleistungen an der Saar nur mit Mühe auf der jetzigen Höhe gehalten werden.

> Das NEIN am 23. Oktober bedeutet also nicht geringere Sozialleistungen, sondern mindestens gleichbleibende Renten und darüberhinaus die Aussicht auf Einführung der Rentenleistungen, die in der Bundesrepublik höher sind als an der Saar.

Deutscher Heimatbund

Christlich Demokratische Union Saar - Demokratische Partei Saar - Deutsche Sozialdemokratische Partei

Lesen Sie die Broschüre des Deutschen Heimatbundes:

Keine Gefährdung der Renten

Feierliche Erklärung der deutschen Parteien

Die Separatisten versuchen in Kundgebungen, in ihrer Presse und durch Flüsterpropaganda der Bevölkerung klar zu machen, dass bei einer Nein-Mehrheit die soziale Sicherheit der Rentenempfänger gefährdet sei. Dazu erklären die im Deutschen Heimatbund zusammengeschlossenen Parteien:

1. Die von den Separatisten wider besseres Wissen verbreiteten Gerüchte entbehren jeder Grundlage. Sie dienen einzig dem Zweck, die Bevölkerung irrezuführen und in einen Gewissenszwang zu versetzen mit dem verwerflichen Ziel, damit die Ärmsten der Armen aus Furcht vor möglichen wirtschaftlichen Folgen zu einem Ja ,am 23. Oktober zu bestimmen.

2. Die Höhe und das Ausmass der sozialen Leistungen hängen von der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft ab. Eine gesunde Volkswirtschaft ermöglicht hohe soziale Leistungen, eine kranke, d. h. nicht konkurrenzfähige Volkswirtschaft, lässt nur geringe soziale Leistungen zu, weil stets nur das als Sozialleistungen gegeben werden kann, was in gemeinsamer Anstrengung in der Wirtschaft erarbeitet wird.

3. Bei Kriegsende waren die sozialen Leistungen hier und in der jetzigen Bundesrepublik gleich, auch war die Lage der Versicherungsträger gleich hoffnungslos. Im Bundesgebiet hat der Stand der sozialen Leistungen mit der Entwicklung der Wirtschaft Schritt gehalten, d. h. mit zunehmendem Ertrag der Wirtschaft sind die sozialen Leistungen angestiegen.

4. Die Wirtschaft im Bundesgebiet hat einen gewaltigen Aufschwung erlebt, der in der Welt das deutsche Wirtschaftswunder genannt wird. Dementsprechend konnten auch die Sozialleistungen Zug um Zug so aufgebessert werden, dass die des Bundesgebietes diejenigen des Saargebietes auf den wichtigsten Gebieten längst erreicht und in vielen Fällen überholt haben. Die von uns veröffentlichte Rentenvergleichstabelle ist dafür ein überzeugender Beweis.

5. Durch die verschiedenartige Entwicklung der sozialen Gesetzgebung bestehen naturgemäss auch verschiedenartige Rechtsvorschriften. Während die Masse der Rentner nach Bundesrecht höhere Renten zu erwarten hat, kommt es in Einzelgruppen nach dem Recht des Saargebietes zu höheren Leistungen.

Bei der Eingliederung des Saargebietes kann aber keine Verschlechterung der Renten eintreten, weil die Rentenbescheide unwiderrufliche Rechtskraft erlangt haben und nicht zu Ungunsten der Leistungsempfänger geändert werden können. Die bisherige Rente muss in jedem Falle weitergezahlt werden.

6. Für die weitere Entwicklung der Sozialleistungen ist ausschlaggebend, dass die Wirtschaft des Bundesgebietes wie es auch von den Separatisten nicht bestritten wird, weitaus leistungsfähiger ist als die Wirtschaft des Saargebietes und dass der Aufschwung in der Bundesrepublik weiter anhält. Für die Saarwirtschaft trifft das Gegenteil zu. Demzufolge ist nicht wahr, was die Separatisten behaupten.

Im Bundesgebiet sind die Sozialleistungen auf den wesentlichsten Gebieten bereits heute höher als im Saargebiet.

Der grandiose wirtschaftliche Aufschwung wird weitere Verbesserungen der Sozialleistungen in Deutschland bewirken. An der Saar aber ist es umgekehrt, und mit voller Berechtigung darf man sagen, dass die Sozialleistungen an der Saar nur mit Mühe auf der jetzigen Höhe gehalten werden.

Das NEIN am 23. Oktober bedeutet also nicht geringere Sozialleistungen, sondern mindestens gleichbleibende Renten und darüberhinaus die Aussicht auf Einführung der Rentenleistungen, die in der Bundesrepublik höher sind als an der Saar.

Deutscher Heimatbund

Christlich Demokratische Union Saar - Demokratische Partei Saar - Deutsche Sozialdemokratische Partei

Lesen Sie die Broschüre des Deutschen Heimatbundes:

DEUTSCHE

sagen

NEIN

zum Saarstatut!

**WEG FREI FÜR FRIEDEN,
EINHEIT U. DEMOKRATIE.**



Aufruf der Deutschen Demokratischen Union

An alle Deutschen an der Saar

Die Deutsche Demokratische Union ruft die Bevölkerung an der Saar auf, am 23. Oktober dem zwischen Bonn und Paris ausgehandelten und von der Hoffmann-Regierung empfohlenen Statut des Separatismus und des Unfriedens ein klares **NEIN** entgegenzusetzen. Durch einen solchen Entschluss wird die Saarbevölkerung das Geschick des Landes selbst gestalten und dafür sorgen, daß sie als ein vom deutschen Volke untrennbarer Teil entscheidend an der Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen deutschen Staates mitwirkt.

Die Befürworter des Statuts sprechen von Europäisierung. In Wirklichkeit wollen sie die Saar an den NATO-Militärpakt und die Westeuropäische Union verkaufen, ebenso wie dies mit der Bundesrepublik bereits geschehen ist. Diese, auf einseitige militärische Zusammenschlüsse gerichtete Politik steht einer friedlichen europäischen Zusammenarbeit im Wege. Sie hätte die Abtrennung der Saar von ihrem Vaterland zur Folge, ebenso wie sie jetzt bereits die Wiedervereinigung Deutschlands blockiert und einer Entspannung in Europa hinderlich ist. Die Saarbevölkerung ist nicht bereit, sich dafür missbrauchen zu lassen. Sie lehnt es ab, sich für die Pariser Verträge zu opfern. Sie sieht eine nationale Verpflichtung darin, durch ihr **NEIN** die gegen Deutschland und gegen Europa gerichtete Militärpolitik zu durchkreuzen.

Die im Statut vorgesehene Europäisierung innerhalb der Westeuropäischen Union ist nicht allein mit dem deutschen Anliegen der Saarbevölkerung unvereinbar. Sie widerspricht auch der aktuellen Aufgabe, ein in Frieden verbundenes Europa zu schaffen, dem das deutsche Volk aufrichtig zugetan ist.

Dieses wahre Europa kann nicht auf ein System des Wettrüstens, der Missachtung der Rechte der Nationen, des Völkerzwistes, der Atomstrategie, der beständigen Kriegsgefahr, des sozialen und kulturellen Niedergangs gegründet sein.

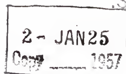
Das wahre Europa kennt keine Abtrennung der Saar von Deutschland, die Fortsetzung einer verhassten Kommissarsherrschaft und den Waffendienst unter fremden Fahnen.

Das wahre Europa sichert auch unserem Volk das Recht auf Unteilbarkeit, Eigenstaatlichkeit und nationale Sicherheit. Es bürgt dafür, dass die Saar niemals mehr Zankapfel zwischen Frankreich und Deutschland werden kann.

Die Separatisten verstecken ihre wahren Absichten hinter wohlklingenden Worten. Auf diese Weise wollen sie das Referendum beeinflussen und die Zustimmung der Saarbevölkerung zu ihrer antideutschen und friedensgefährdenden Politik erschleichen. Sie hoffen, daß die Saarbevölkerung freiwillig darauf verzichtet, für die Wiedervereinigung ihres Vaterlandes tätig zu sein und sich selbst von künftigen gesamtdeutschen Wahlen und Verhandlungen über einen Friedensvertrag ausschließt. Die Bevölkerung der Saar durchschaut dieses schändliche Spiel. Sie wird die Gelegenheit der Abstimmung nutzen, um diesem Anschlag auf Recht und Demokratie eine gebührende Antwort zu erteilen.

Durch des mehrheitliche NEIN wird sie das Statut für null und nichtig erklären und ihre Zugehörigkeit zu Deutschland, die sich ebenso aus dem Völkerrecht wie aus ihrer Zugehörigkeit zum Deutschtum herleitet, erhalten und bekräftigen.

Das **NEIN** an der Saar wird den Pariser Verträgen, die von Dr. Adenauer bedenkenlos ins Werk gesetzt wurden, einen entscheidenden Schlag versetzen. Dann wird die Saar herausgehalten aus den unheilvollen militärischen Pakten und der Wiederaufrüstung, die in wachsendem Maße Unsicherheit über ganz Europa gebracht haben. Die Überwindung der Pariser



Aufruf der

Deutschen Demokratischen Union

An alle Deutschen an der Saar

Die Deutsche Demokratische Union ruft die Bevölkerung an der Saar auf, am 23. Oktober dem zwischen Bonn und Paris ausgehandelten und von der Hoffmann-Regierung empfohlenen Statut des Separatismus und des Unfriedens ein klares **NEIN** entgegenzusetzen. Durch einen solchen Entschluss wird die Saarbevölkerung das Geschick des Landes selbst gestalten und dafür sorgen, daß sie als ein vom deutschen Volke untrennbarer Teil entscheidend an der Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen deutschen Staates mitwirkt.

Die Befürworter des Statuts sprechen von Europäisierung. In Wirklichkeit wollen sie die Saar an den NATO-Militärpakt und die Westeuropäische Union verkaufen, ebenso wie dies mit der Bundesrepublik bereits geschehen ist. Diese, auf einseitige militärische Zusammenschlüsse gerichtete Politik steht einer friedlichen europäischen Zusammenarbeit im Wege. Sie hätte die Abtrennung der Saar von ihrem Vaterland zur Folge, ebenso wie sie jetzt bereits die Wiedervereinigung Deutschlands blockiert und einer Entspannung in Europa hinderlich ist. Die Saarbevölkerung ist nicht bereit, sich dafür missbrauchen zu lassen. Sie lehnt es ab, sich für die Pariser Verträge zu opfern. Sie sieht eine nationale Verpflichtung darin, durch ihr **NEIN** die gegen Deutschland und gegen Europa gerichtete Militärpolitik zu durchkreuzen.

Die im Statut vorgesehene Europäisierung innerhalb der Westeuropäischen Union ist nicht allein mit dem deutschen Anliegen der Saarbevölkerung unvereinbar. Sie widerspricht auch der aktuellen Aufgabe, ein in Frieden verbundenes Europa zu schaffen, dem das deutsche Volk aufrichtig zugetan ist.

Dieses wahre Europa kann nicht auf ein System des Wettrüstens, der Missachtung der Rechte der Nationen, des Völkerzwistes, der Atomstrategie, der beständigen Kriegsgefahr, des sozialen und kulturellen Niedergangs gegründet sein.

Das wahre Europa kennt keine Abtrennung der Saar von Deutschland, die Fortsetzung einer verhassten Kommissarsherrschaft und den Waffendienst unter fremden Fahnen.

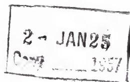
Das wahre Europa sichert auch unserem Volk das Recht auf Unteilbarkeit, Eigenstaatlichkeit und nationale Sicherheit. Es bürgt dafür, dass die Saar niemals mehr Zankapfel zwischen Frankreich und Deutschland werden kann.

Die Separatisten verstecken ihre wahren Absichten hinter wohlklingenden Worten.
Auf diese Weise wollen sie das Referendum beeinflussen und die Zustimmung der Saarbevölkerung zu ihrer antideutschen und friedensgefährdenden Politik erschleichen. Sie hoffen, daß die Saarbevölkerung freiwillig darauf verzichtet, für die Wiedervereinigung ihres Vaterlandes tätig zu sein und sich selbst von künftigen gesamtdeutschen Wahlen und Verhandlungen über einen Friedensvertrag ausschließt. Die Bevölkerung der Saar durchschaut dieses schändliche Spiel. Sie wird die Gelegenheit der Abstimmung nutzen, um diesem Anschlag auf Recht und Demokratie eine gebührende Antwort zu erteilen.

Durch des mehrheitliche NEIN wird sie das Statut für null und nichtig erklären und ihre Zugehörigkeit zu Deutschland, die sich ebenso aus dem Völkerrecht wie aus ihrer Zugehörigkeit zum Deutschtum herleitet, erhalten und bekräftigen.

Das **NEIN** an der Saar wird den Pariser Verträgen, die von Dr. Adenauer bedenkenlos ins Werk gesetzt wurden, einen entscheidenden Schlag versetzen. Dann wird die Saar herausgehalten aus den unheilvollen militärischen Pakten und der Wiederaufrüstung, die in wachsendem Maße Unsicherheit über ganz Europa gebracht haben. Die Überwindung der Pariser

ERKLÄRUNG



der Deutschen Demokratischen Union zur Ablehnung des Saarstatuts durch das eindeutige NEIN der deutschen Saarbevölkerung!

Saarbrücken, den 24. Oktober 1955.

Die überwältigende Stimmabgabe der deutschen Saarbevölkerung gegen das Saarstatut bei der Volksabstimmung am 23. Oktober ist eine eindeutige Willensbekundung der Deutschen an der Saar gegen die antideutsche und friedensgefährdende Politik des Separatismus und die Politik der Stärke, deren Instrumente die Pariser Verträge sind, zu dem das Saarstatut gehört; sie ist das Bekenntnis zur deutschen Einheit, zur demokratischen und friedlichen Wiedervereinigung des gespaltenen Deutschlands, das Bekenntnis zur Weiterführung der Politik der Verhandlung und Verständigung, zur Überwindung der Militär- und Blockpolitik und damit ein Beitrag zu der Politik der Entspannung und der Sicherheit in Europa, die von allen Menschen guten Willens gewünscht wird.

Das NEIN der deutschen Saarbevölkerung zum Saarstatut und den Pariser Verträgen ist also nicht nur ein Bekenntnis zu Deutschland, sondern zu dem wahren Europa, das unserem Volk das Recht auf Unteilbarkeit, Eigenstaatlichkeit und nationale Sicherheit zuerkennt und in einem System der Sicherheit für alle europäischen Staaten zur Festigung des Weltfriedens beiträgt.

Die Entscheidung der Saarbevölkerung hat Bedeutung über unser Gebiet hinaus, stellt doch das Saarstatut einen Teil der Pariser Verträge dar, die sich als Hindernis auf dem Weg der deutschen Einheit erwiesen und deshalb weggeräumt werden müssen. Der Sieg des NEIN ist um so höher einzuschätzen, als er all jene trifft, die hinter diesem Statut und den Pariser Verträgen stehen, die alles aufgeboten haben, um unter Verletzung der von ihnen festgelegten Nichteinmischungsklausel die Annahme des Statuts gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen.

Dieser Sieg wurde errungen trotz der Einmischungen Adenauers, trotz der Einmischungen der französischen Regierung und der in letzter Stunde in den Wahlkampf eingreifenden Überwachungskommission, die faktisch durch ihren Präsidenten der Bevölkerung an der Saar die Annahme des Statuts empfahl.

Das mehrheitliche NEIN der Saarbevölkerung erzwang den Rücktritt der Hoffmann-Regierung und das Ansetzen von Landtagsneuwahlen. Die Hoffmann-Regierung besitzt keinerlei Legitimation, noch eine Stunde länger die Geschicke der Saarbevölkerung verantwortlich zu führen. Den Separatisten muß

Liste 8

Kennwort:

SPD-DEUTSCHER HEIMATBUND

Druck: Artur Lauterkeller GmbH, Dudweiler-Saar

MERKBLATT
über den Wahlvorgang

So wählst Du richtig!

Keine Angst! Die Wahl am 13. Mai ist ebenso einfach wie jede andere Wahl. Sie ist allerdings ebenso **bedeutungsvoll** wie die beiden vorhergegangenen.

Zuerst: Vergiß am Sonntag, wenn Du zum Wahllokal gehst, Deine Wählerkarte nicht! Du mußt sie dort vorzeigen und erhältst alsdann

2 Stimmzettel und 2 Umschläge

Sie sind verschiedenfarbig. Stimmzettel und dazugehöriger Umschlag haben die gleiche Farbe.

Nun begibst Du Dich in die Wahlzelle.

❶ Schau Dir den Stimmzettel für die Gemeinderatswahl an. Du brauchst ihn nicht ganz zu lesen, denn gleich an erster Stelle kommt **die** Liste, die Du sicher wählen willst:

die Liste der Christlich Demokratischen Union Saar: Liste 1.

Mache in den ersten Kreis Dein Kreuz. Das sieht dann ungefähr so aus:

Stimmzettel

für die am 13. Mai 1956 stattfindende Gemeinderatswahl

der Gemeinde . . . .

Christlich-Demokratische Union Saar Kennwort: **„Auch Du - CDU"** 1. Meier Karl, Arbeiter 2. Schulz Fritz, Bergmann 3. Müller Anton, Angestellter 4. Krause Emil, Landwirt 5. usw.	Liste **1** 

Das genügt an und für sich schon. Jetzt hast Du bereits richtig gewählt. Du hast aber noch die Möglichkeit, auf **dieser** Liste die Namen der Kandidaten, die Dir nicht zusagen, zu streichen. Das **darfst** Du tun, **mußt** es aber nicht.

Du darfst **nicht**: alle Namen streichen
oder irgendwelche Zusätze machen
oder auf einer anderen Liste Eintragungen oder Streichungen vornehmen.

Jetzt stecke Deinen Stimmzettel in den gleichfarbigen Umschlag mit der Aufschrift „Wahl des Gemeinderates der Gemeinde . . . . . am 13. Mai 1956"

MERKBLATT
über den Wahlvorgang

So wählst Du richtig!

Keine Angst ! Die Wahl am 13. Mai ist ebenso einfach wie jede andere Wahl. Sie ist allerdings ebenso **bedeutungsvoll** wie die beiden vorhergegangenen.

Zuerst: Vergiß am Sonntag, wenn Du zum Wahllokal gehst, Deine Wählerkarte nicht! Du mußt sie dort vorzeigen und erhältst alsdann

2 Stimmzettel und 2 Umschläge

Sie sind verschiedenfarbig. Stimmzettel und dazugehöriger Umschlag haben die gleiche Farbe.

Nun begibst Du Dich in die Wahlzelle.

1. Schau Dir den Stimmzettel für die Gemeinderatswahl an. Du brauchst ihn nicht ganz zu lesen, denn gleich an erster Stelle kommt **die** Liste, die Du sicher wählen willst:

   die Liste der Christlich Demokratischen Union Saar: Liste 1.

   Mache in den ersten Kreis Dein Kreuz. Das sieht dann ungefähr so aus:

Stimmzettel

für die am 13. Mai 1956 stattfindende Gemeinderatswahl

der Gemeinde . . . .

Christlich-Demokratische Union Saar Kennwort: **„Auch Du - CDU"** 1. Meier Karl, Arbeiter 2. Schulz Fritz, Bergmann 3. Müller Anton, Angestellter 4. Krause Emil, Landwirt 5. usw.	Liste **1** (X)

Das genügt an und für sich schon. Jetzt hast Du bereits richtig gewählt. Du hast aber noch die Möglichkeit, auf **dieser** Liste die Namen der Kandidaten, die Dir nicht zusagen, zu streichen. Das **darfst** Du tun, **mußt** es aber nicht.

Du darfst **nicht:** alle Namen streichen
oder irgendwelche Zusätze machen
oder auf einer anderen Liste Eintragungen oder Streichungen vornehmen.

Jetzt stecke Deinen Stimmzettel in den gleichfarbigen Umschlag mit der Aufschrift „Wahl des Gemeinderates der Gemeinde . . . . . am 13. Mai 1956"

Der Wirtschaftsvertrag zwischen Frankreich und dem Saarland.

Eine kritische Analyse des Abkommens.

NEIN
ZU JEDEM SAARSTATUT

1. Wahlzeitung der Deutschen Demokratischen Union

Für ein unverfälschtes NEIN!
Für eine konsequente deutsche Politik!

von Hugo Berror, Generalsekretär der DDU



Der Tag des Referendums rückt näher. Die Ja-Sager in Saarbrücken, Bonn und Paris erkennen immer deutlicher, daß das Saarstatut am 23. Oktober von der deutschen Saarbevölkerung verdammt wird. Sie versuchen alles, um diese geschichtliche Entscheidung zu verhindern. Sie wollen um jeden Preis das Statut retten, die deutsche Saar opfern, um ihre durch die weltpolitische Entwicklung dem Untergang geweihte Politik der Pariser Verträge vor diesem neuen, schweren Schlag am 23. Oktober zu bewahren. Alle Pläne, durch ein „leises" Ja, durch vorhergehende Landtagswahlen oder durch Verschiebung des Referendums die Deutschen an der Saar zur Annahme des Statuts verleiten zu wollen, sind bisher gescheitert. Auch die unrechtmäßige Einmischung in unseren Abstimmungskampf durch Paris und Bonn konnten den Willen der deutschen Bevölkerung an der Saar nicht beugen. Erfolglos bleibt auch der jüngste Versuch, den man am Mittwoch in Luxemburg machte. Die beiden Politiker, die sich dort trafen, wurden von der Not zusammengetrieben. Beide befürchten, von der internationalen Entwicklung, die immer mehr auf Entspannung und Sicherheit hinausläuft, überrollt zu werden. Das Luxemburger Kommuniqué beweist, daß Adenauer und Faure sich einig sind in dem Wunsch, das Saarstatut möge angenommen werden. Beide vertreten die Politik der Stärke, eine Politik, die die Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich macht und die Sicherheit in Europa gefährdet. Beide sehen ihre Positionen in den eigenen Ländern gefährdet. Aber angesichts der „heftigen Reaktionen im Bonner Parlament bis in die Reihen der CDU hinein" — wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" schreibt — wagte es der Bundeskanzler diesmal nicht mehr, seine Aufforderung zum Ja an die Saarbevölkerung zu wiederholen.

Die Politik der Ja-Sager, der Separatisten und Anhänger der Pariser Verträge zielt darauf hin, die Bevölkerung zu verwirren und abzulenken vom wesentlichen Kern dieser Entscheidung. Kennzeichnend für diesen Wirrwarr waren die gleichzeitig angebrachten Zitate Adenauers, von denen die einen zum NEIN, die anderen zum JA aufriefen. Selbst nach der eindeutigen Einmischung Adenauers zu Gunsten des Statuts fahren gewisse Kreise fort, sich gemeinsam mit den Separatisten auf den Bundeskanzler zu berufen. Damit aber wird nur der Separatismus unterstützt. Hinzu kommen die zahlreichen separatistischen Zwergparteien, die wie Pilze aus dem Boden schießen und mit Adenauer Nein zu Hoffmann, aber mit Hoffmann und Adenauer Ja zum Statut sagen und dabei in schamloser Weise die deutschen Farben mißbrauchen.

Angesichts dieser Verwirrung sagt ein Teil der Bevölkerung: „Was soll der ganze Rummel? Dieser Abstimmungskampf hängt uns zum Halse heraus!" Gerade das wollen die Separatisten erreichen. Und nun erscheint auch noch eine neue entschieden deutsche und demokratische Partei, die zu einem klaren NEIN aufruft: Die Deutsche Demokratische Union. Was will diese Partei? Trägt sie nicht noch mehr Verwirrung in den Abstimmungskampf?

Was die Deutsche Demokratische Union will, sagt ihr Programm. Warum die Deutsche Demokratische Union das Saarstatut ablehnt und darüber hinaus jedes Ersatz-Statut im Rahmen der Westeuropäischen Union, das sagt ihr Aufruf „An alle Deutschen an der Saar". Denjenigen Deutschen aber, die dennoch an der Ehrlichkeit unseres Bemühens zweifeln sollten, wollen wir antworten auf ihre Frage.

Die Deutsche Demokratische Union schafft nicht Verwirrung — sie bringt Klarheit. Klarheit bringt sie in die Vernebelung, die von den Anhängern der Pariser Verträge in diesen Abstimmungskampf hineingetragen worden ist. Sie sagt der Bevölkerung, um was es wirklich geht am 23. Oktober. Es geht nicht um einen Anschluß an die der Nato eingegliederte Bundesrepublik. Es geht auch nicht wesentlich darum, einen dicken Ministerpräsidenten und einen französischen Polizeiminister zu entfernen, damit andere an ihre Stelle rücken. Es geht am 23. Oktober darum, den Verkauf unserer Saarheimat an den Nato-Militärpakt und die Westeuropäische Union zu verhindern. Das ist der Sinn unseres NEIN. Und damit ist unser NEIN zugleich das NEIN zur Abtrennung unserer Heimat vom deutschen Vaterland, das NEIN zum Separatismus. Mit unserem NEIN zu der Militärpolitik der WEU helfen wir mit, die Wiedervereinigung Deutschlands zu verwirklichen und leisten einen bedeutenden Beitrag zu der Politik der Entspannung und der Sicherheit in Europa, die von allen Menschen guten Willens gewünscht wird und auf internationaler Ebene immer weitere Fortschritte macht. Unser NEIN richtet sich gegen das Wettrüsten und damit gegen den Krieg, der uns alle vernichten würde. Unser NEIN ist nicht nur ein Bekenntnis zu Deutschland, sondern zu dem wahren Europa, das uns keine fremden Kommissare bringt, uns nicht vom Vaterland abtrennt und unsere Jugend nicht zum Waffendienst unter fremde Fahnen zwingt. Unser NEIN soll auch verhindern, daß die Saar ein dauernder Zankapfel zwischen Deutschland und Frankreich bleibt. Unser NEIN dient also der deutsch-französischen Verständigung, der Wiedervereinigung Deutschlands, dem Frieden in Europa und damit dem Wohlstand und der gesicherten Zukunft unserer Saarheimat.

Dieses klare NEIN der deutschen Saarbevölkerung darf nicht nach dem 23. Oktober verfälscht werden durch Verhandlungen mit dem Ziel der Schaffung eines neuen Statuts auf der gleichen Grundlage der Pariser Verträge. Die Deutsche Demokratische Union wird wachsam sein und eintreten für ein klares NEIN, für



#127



ZU JEDEM SAARSTATUT

Flugblattfolge der Deutschen Demokratischen Union



Rechtsanwalt Dr. Gieseking:
1. Vorsitzender

Wie wurde die Saar zum Streitobjekt?

Um diese Frage zu verstehen, ist es notwendig, einen Rückblick in unsere Geschichte zu tun.

Zu Lebzeiten unserer Groß- und Urgroßväter war die Saar noch grün. Damals waren wir ein unbedeutendes Stückchen Erde und man stritt sich noch nicht um uns. Aber seitdem hier an der Saar die Schlote rauchen, seitdem hier Kohle abgebaut wird, und wir große Industriewerke haben, sind wir ein harter Zankapfel, ein wichtiges Streitobjekt. In verschärfter Form haben wir Saarbewohner dies nach dem ersten Weltkrieg erfahren müssen. Das Saargebiet wurde von Deutschland abgetrennt und eine Reihe von Jahren hindurch von Frankreich ausgebeutet. Dann kam 1935. Wir kamen zurück ans Reich und zugleich damit ging auch die Phrase von den 150 000 Saarfranzosen jämmerlich unter. Das damalige Abstimmungsergebnis war kein Propagandasieg der Nazis, es entsprach der Vaterlandstreue der Menschen an der Saar, an der es damals wie heute keinen Zweifel gibt. Dann kam das schicksalsschwere Jahr 1945. Trotz völkerrechtlich verbindlicher Verträge,

Die Deutsche Demokratische Union ruft die Saarbevölkerung auf, fest zusammenzustehen und im Namen ihrer deutschen Heimat, ihres deutschen Vaterlandes und des wahren Europas, im Namen der Entspannung, der Sicherheit und des Friedens das Saarstatut abzulehnen und am 23. Oktober 1955 mit N E I N zu stimmen.

Begeisterte Aufnahme des unverfälschten N E I N der Deutschen Demokratischen Union

Die deutsche Bevölkerung an der Saar will die Wiedervereinigung mit einem geeinten, demokratischen Deutschland — will Frieden und Sicherheit in Deutschland mit Europa und der ganzen Welt.

Saarbrücken — E. B. — Die Deutsche Demokratische Union griff in mehreren Großkundgebungen und Versammlungen in den Abstimmungskampf ein.

Der Vorsitzende der DDU, Rechtsanwalt Dr. Gieseking, und der Generalsekretär der Partei, H. Berrar, begründeten das klare NEIN der DDU zu **jedem** Statut und legten das Parteiprogramm dar. Die Ausführungen beider Referenten fanden die begeisterte Zustimmung der Teilnehmer und wurden ein unüberhörbares Bekenntnis für die deutsche Einheit.

Wir geben Ihnen nachfolgend wichtige Auszüge aus den Referaten des Vorsitzenden und des Generalsekretärs, die diese in den Hüttenstädten Neunkirchen und Völklingen gehalten haben.



Hugo Berrar, Generalsekretär:

Was will die Deutsche Demokratische Union?

Ziel der Deutschen Demokratischen Union ist Deutschland. Unter Deutschland verstehen wir nicht Bonn, nicht Pankow, unter Deutschland verstehen wir einen geeinten, demokratischen und unabhängigen deutschen Staat, dem auch unsere Saarheimat angehören muß. Ein Staat, demokratisch und unabhängig — unabhängig von Ost und West — demokratisch nach innen und außen, kein Deutschland des Militarismus, kein Deutschland, wie wir es einmal erlebt haben, kein Deutschland, das von irgend-einer Machtpolitik ein Satelith ist.

Wie wir dieses Ziel erreichen wollen, sagt unser Programm. Durch eine Politik des Verhandelns und der Verständigung, durch jene Politik, die gegründet ist auf dem wirklich menschlichen Prinzip der Koexistenz. Ein Begriff, der immer mehr in der Welt an Bedeutung gewinnt, von dem der Papst in der letzten Zeit wiederholt in Rom Anwendung machte. Ein Begriff, der beinhaltet die Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Völker und die Achtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Zu dieser Politik des Verhandelns

DAS NEIN!
KANN NICHT LAUT GENUG SEIN

Einer der bedeutendsten deutschen Journalisten, Herr Erich Dombrowski, schrieb in der Nr. 245 der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 21. Oktober 1955 den nachstehenden Leitartikel. Die objektive und ausgleichende Betrachtungsweise der „FAZ" ist in der ganzen Welt bekannt.

Feilschen wie auf dem Sklavenmarkt

In zehn Jahren hat sich, nach den fürchterlichen Kriegszerstörungen, das westliche Deutschland wirtschaftlich wieder aufgerichtet. Politisch ist es noch immer ein Torso. Durch die heimatliche Erde ziehen sich zwei Risse. Den Deutschen der Sowjetzone verweigern die östlichen Machthaber nach wie vor das Recht, in freien Wahlen über ihr staatliches Geschick selbst zu befinden. Die natürlichen Menschenrechte sind dem Kreml zu einem Handelsobjekt geworden. Wie auf einem Sklavenmarkt wird um den Preis (mit lauter Vorbehalten und Winkelzügen) gefeilscht. An der Saar, die nach dem Kriege ebenfalls aus dem deutschen Gesamtverband ausgegliedert wurde, ist der Bevölkerung nach langem Hin und Her das Selbstbestimmungsrecht zuerkannt worden. Das ist ein nicht geringer Erfolg des Bundeskanzlers. Von diesem Recht wird man nun am kommenden Sonntag Gebrauch machen. Aber es ist beschränkt. Zwei Schritte vorwärts, einen zurück. Die Saarländer sollen lediglich entscheiden dürfen, ob sie für oder gegen das Saarstatut sind. Ob sie für ein autonomes Saargebiet mit lauter französischen Fußangeln im Rahmen der europäischen Union oder gegen eine solche künstliche Trennung von ihrer ...

das nicht möchte, wer einer solchen verhängnisvollen Zukunft vorbeugen will, wird am Sonntag mit seinem Stimmzettel ein entschiedenes Nein zu diesem fragwürdigen Statut sagen. Der Verstand lehnt es ab, weil dem Menschen etwas Unklares, Unbestimmtes, Gallertartiges aus dem Dunkel der Politik in die Hand gequetscht wird. Das Herz weist es ab, weil es ihm zumutet, sich von der deutschen Heimaterde abzuwenden.

Vaterlandsliebe ist kein Nationalismus Nein öffnet Weg in die Freiheit

Nicht wenige Franzosen sind rasch dabei, den Nein-Sagern nationalistische Motive zu unterstellen. Dadurch sollte sich niemand einschüchtern lassen. Es ist, wenn andere Vorwürfe nicht mehr ziehen, ein beliebtes Schlagwort der Verlegenheit, das man aus der Schublade der Ladenhüter holt. Nationalismus und Vaterlandsliebe sind zwei verschiedene Dinge. Nationalismus ist die egoistische Vergottung der eigenen Nation. Davon sind wir alle in Europa, nach den bitteren Erfahrungen der Vergangenheit, gründlich geheilt worden. Wenigstens sollte man das annehmen. Was die ...

Netz, in das sie verstrickt werden sollen, das größte Mißtrauen entgegensetzen. Zehn Jahre lang haben die Grandval, Hoffmann, Hector und Genossen alles getan, um sie der deutschen Gemeinschaft zu entfremden. Zuckerbrot und Peitsche gingen dabei Hand in Hand. Auch mit Speck wurde geschmiert. Die Finanzen sind dabei an den Rand des Bankerotts geraten. Ein schlimmes Erbe für die Nachfolger. Schließlich wurde, wenn auch erst nach wer weiß wie langem Gedruckse und Gemurkse, allerdings auch vom Selbstbestimmungsrecht gesprochen, und die Abstimmung, freilich nur über das Statut, wurde eingeräumt. Aber dieses Leinelassen war von vornherein nur als ein vorüberhuschendes Zugeständnis an die demokratischen Grundsätze gedacht, als ein blaues Fleckchen am wolkenverhangenen Himmel. Kein anderer als der gegenwärtige französische Außenminister Pinay hat am 30. März des Jahres mit diesen Worten vor der Nationalversammlung die Karten offen auf den Tisch gelegt: Die beste Garantie bestehe für Frankreich darin, das Saarstatut als endgültige Lösung durchzusetzen. Da die zweite Volksbefragung an der Saar erst nach dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland erfolgen könne, habe Frankreich die Möglichkeit, die Unterzeichnung des Friedensvertrages solange hinauszuzögern, bis es die gewünschten Zusicherungen für die Saarfrage er-

DAS NEIN KANN NICHT LAUT GENUG SEIN!

Einer der bedeutendsten deutschen Journalisten, Herr Erich Dombrowski, schrieb in der Nr. 245 der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 21. Oktober 1955 den nachstehenden Leitartikel. Die objektive und ausgleichende Betrachtungsweise der „FAZ" ist in der ganzen Welt bekannt.

Feilschen wie auf dem Sklavenmarkt

In zehn Jahren hat sich, nach den fürchterlichen Kriegszerstörungen, das westliche Deutschland wirtschaftlich wieder aufgerichtet. Politisch ist es noch immer ein Torso. Durch die heimatliche Erde ziehen sich zwei Risse. Den Deutschen der Sowjetzone verweigern die östlichen Machthaber nach wie vor das Recht, in freien Wahlen über ihr staatliches Geschick selbst zu befinden. Die natürlichen Menschenrechte sind dem Kreml zu einem Handelsobjekt geworden. Wie auf einem Sklavenmarkt wird um den Preis (mit lauter Vorbehalten und Winkelzügen) gefeilscht. An der Saar, die nach dem Kriege ebenfalls aus dem deutschen Gesamtverband ausgegliedert wurde, ist der Bevölkerung nach langem Hin und Her das Selbstbestimmungsrecht zuerkannt worden. Das ist ein nicht geringer Erfolg des Bundeskanzlers. Von diesem Recht wird man nun am kommenden Sonntag Gebrauch machen. Aber es ist beschränkt. Zwei Schritte vorwärts, einen zurück. Die Saarländer sollen lediglich entscheiden dürfen, ob sie für oder gegen das Saarstatut sind. Ob sie für ein autonomes Saargebiet mit lauter französischen Fußangeln im Rahmen der europäischen Union oder gegen eine solche künstliche Trennung von ihrer angestammten Heimat sind. das nicht möchte, wer einer solchen verhängnisvollen Zukunft vorbeugen will, wird am Sonntag mit seinem Stimmzettel ein entschiedenes Nein zu diesem fragwürdigen Statut sagen. Der Verstand lehnt es ab, weil dem Menschen etwas Unklares, Unbestimmtes, Gallertartiges aus dem Dunkel der Politik in die Hand gequetscht wird. Das Herz weist es ab, weil es ihm zumutet, sich von der deutschen Heimaterde abzuwenden.

Vaterlandsliebe ist kein Nationalismus
Nein öffnet Weg in die Freiheit

Nicht wenige Franzosen sind rasch dabei, den Nein-Sagern nationalistische Motive zu unterstellen. Dadurch sollte sich niemand einschüchtern lassen. Es ist, wenn andere Vorwürfe nicht mehr ziehen, ein beliebtes Schlagwort der Verlegenheit, das man aus der Schublade der Ladenhüter holt. Nationalismus und Vaterlandsliebe sind zwei verschiedene Dinge. Nationalismus ist die egoistische Vergottung der eigenen Nation. Davon sind wir alle in Europa, nach den bitteren Erfahrungen der Vergangenheit, gründlich geheilt worden. Wenigstens sollte man das annehmen. Was die Saarländer einzig wollen, ist, zu verhüten, daß ihnen der heimatliche Boden unter den Füßen weggezogen

Netz, in das sie verstrickt werden sollen, das größte Mißtrauen entgegensetzen. Zehn Jahre lang haben die Grandval, Hoffmann, Hector und Genossen alles getan, um sie der deutschen Gemeinschaft zu entfremden. Zuckerbrot und Peitsche gingen dabei Hand in Hand. Auch mit Speck wurde geschmiert. Die Finanzen sind dabei an den Rand des Bankerotts geraten. Ein schlimmes Erbe für die Nachfolger. Schließlich wurde, wenn auch erst nach wer weiß wie langem Gedruckse und Gemurkse, allerdings auch vom Selbstbestimmungsrecht gesprochen, und die Abstimmung, freilich nur über das Statut, wurde eingeräumt. Aber dieses Leinelassen war von vornherein nur als ein vorüberhuschendes Zugeständnis an die demokratischen Grundsätze gedacht, als ein blaues Fleckchen am wolkenverhangenen Himmel. Kein anderer als der gegenwärtige französische Außenminister Pinay hat am 30. März des Jahres mit diesen Worten vor der Nationalversammlung die Karten offen auf den Tisch gelegt: Die beste Garantie bestehe für Frankreich darin, das Saarstatut als endgültige Lösung durchzusetzen. Da die zweite Volksbefragung an der Saar erst nach dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland erfolgen könne, habe Frankreich die Möglichkeit, die Unterzeichnung des Friedensvertrages solange hinauszuzögern, bis es die gewünschten Zusicherungen für die Saarfrage erhalten habe. Mit anderen Worten: die Saarländer können abstimmen wie sie wollen, Frankreichs reale Saar-

Deutsche Frauen und Männer!

Liebe deutsche Jugend an der Saar!

Heute spricht noch einmal zu Ihnen die Deutsche Demokratische Union, die Partei des deutschen Volkes an der Saar. Die Partei, deren Streben darauf gerichtet ist, unserer deutschen Saarheimat Freiheit und Recht, wirtschaftliche Blüte, soziale Sicherheit und allgemeinen Wohlstand zu geben.

Die DDU, die erklärt: **Die Saar ist auf immer und ewig deutsch!**

Die Partei, deren Kennwort heißt: **Deutschland.**

Deren Ziel es ist, die deutsche Saar heimzuführen in ein wiedervereinigtes Vaterland.

Wenn wir Wiedervereinigung sagen, dann meinen wir die Wiedervereinigung mit ganz Deutschland! Wenn die Führer von DPS, CDU und SPD Wiedervereinigung sagen, dann meinen sie den Anschluß an Bonn.

Aber Bonn ist nicht Deutschland!

Was würde der Anschluß an Bonn für unsere Saarheimat bedeuten?

Die Bundesrepublik ist durch die Pariser Verträge an Nordatlantikpakt und WEU gebunden. Bonn rüstet auf. Bonn zieht Rekruten ein. In der Bundesrepublik stehen Atomgeschütze, gar nicht weit von hier, Geschütze, die nur 50 Kilometer weit schießen und folglich immer deutsches Land treffen. Bonn baut den Luftschutz auf. Bekanntlich gibt es aber keinen wirksamen Schutz vor Atombomben. Sehen Sie sich den Arbeitsplan der Bundesregierung in diesen Tagen an: Änderung der Verfassung noch vor Weihnachten, um Soldatengesetz, Notstandsrechte und die Wehrpflicht einzuführen.

Heute, wo 10 Jahre nach dem Krieg immer noch nicht die letzten Kriegsgefangenen heimgekehrt sind, drückt man den Deutschen wieder das Gewehr in die Hand, verpaßt ihnen verschiedene Uniformen und rüstet sie gegeneinander auf, die einen im Rahmen der NATO, die anderen im Rahmen des Warschauer Paktes.

Wo soll das hinführen?

Wir wissen, was Aufrüstung für unser gesamtes Leben an der Saar und was der Militärdienst für unsere Jugend bedeuten würde. Militärdienst unter dem Oberbefehl französischer und amerikanischer Generäle — genau das, was wir am 23. Oktober abgelehnt haben. Wenn unser Leben unter das Zeichen der Aufrüstung und des Militärs gestellt wird, dann werden all die schönen Wirtschaftsprogramme, die Ihnen jetzt vorgelegt werden, illusorisch. Vielleicht würde es eine kürzere oder längere Rüstungskonjunktur geben — aber was kommt dann? Die deutsche Saarbevölkerung hat es 1939 und 1945 erlebt. **Wir haben die Evakuierungen, die Bombennächte, die abgerissenen Häuser, die Leiden und Opfer des letzten Krieges nicht vergessen!**

Die Führer der DPS, CDU und SPD wissen: **wer den Weg der Aufrüstung geht, bringt uns nicht weiter, sondern weiter zurück!** Deshalb ist ihr Verhalten umso mehr zu verurteilen.

Der Anschluß an Bonn ist auch kein Schritt zur Wiedervereinigung Deutschlands.

Im Gegenteil, er würde die Militärblöcke, die Deutschlands Spaltung vertiefen, noch mehr verhärten. Es zeigt sich doch immer mehr, daß von den Pariser Militärverträgen kein Weg zur Wiedervereinigung und zu einem sicheren Frieden führt.

Wir alle haben durch die große Paulskirchenbewegung erfahren und finden es durch die wachsende Opposition in der Bundesrepublik bestätigt, daß das deutsche Volk die Bonner Politik nicht mehr länger mitmachen will. Bei jeder Landtagswahl in den letzten zwei Jahren hat die CDU Dr. Adenauers zig Tausende Wählerstimmen verloren, insgesamt seit 1953 über zwei Millionen. Wenn in der Bundesrepublik ein Volksentscheid über die Pariser Verträge stattgefunden hätte, würde wie bei der Entscheidung unserer Saarbevölkerung die überwältigende Mehrheit „Nein" gesagt haben. Aber Bonn hat, weil man das weiß, jede Befragung des Volkes verhindert.

Und wir, haben wir zehn Jahre lang unser Deutschtum verteidigt, um nun durch den Anschluß an die Bundesrepublik doch noch der militärischen Organisation der WEU angeschlossen zu werden und so das Tor zum einigen deutschen Vaterland für lange Zeit zuzuschlagen?

Haben wir uns aus dem Chaos des letzten Krieges herausgearbeitet, um jetzt erneut mit der Politik der Stärke zu beginnen?

Und wenn diejenigen, die den Anschluß der Saar an die Bundesrepublik als Hauptziel ihrer Politik bezeichnen, auch während des Wahlkampfes ab und zu Attacken gegen Bonn geritten haben — es waren Scheingefechte und Ablenkungsmanöver, weil sie zur gleichen Zeit unsere Auslieferung an diese Politik forderten.

Wir wissen doch, daß Dr. Adenauer dem von uns verworfenen Statut zustimmte. Daß heute wieder in Paris und Bonn hinter verschlossenen Türen über die Saar konspiriert wird und daß mit der Billigung eines neuen Statuts durch den jetzt zu wählenden Landtag gerechnet wird.

Extra-Blatt:

Wahlaufruf

der Deutschen Demokratischen Union

Deutsche in Stadt und Land!

Männer, Frauen und Jungwähler!

Am 23. Oktober haben wir Nein gesagt!

Damit haben wir das Tor zu einer neuen, besseren Entwicklung in unserer Heimat aufgestoßen. Hoffmann mußte gehen. Landtagsneuwahlen wurden erzwungen.

Jetzt ist es soweit. Es gilt, einen neuen Landtag zu wählen. Das muß ein Landtag sein, der den Volksentscheid vom 23. Oktober vollendet.

Wir wollen einen deutschen Landtag!

In unserer Heimat soll eine unabhängige deutsche Politik des Friedens und der Verständigung einkehren. Unser neuer Landtag darf sich nicht wieder der Saarpolitik von Paris und Bonn beugen. Beide unterordnen doch, wie es die gemeinsame Abfassung des Saarstatuts zeigte, die Interessen unseres Landes ihrer Militärpolitik.

Die erste Sorge des neuen Landtags muß es sein, die Saar von jeder fremden Einflußnahme zu befreien und sie aus der WEU herauszuhalten. Dafür muß endlich mit einer wahrhaft europäischen und innerdeutschen Zusammenarbeit begonnen werden!

Die Saar muß künftig dafür wirken, daß West- und Ostdeutschland zusammen mit allen anderen europäischen Staaten, gemeinsame Anstrengungen zur Gewährleistung eines sicheren Friedens unternehmen. Wir wollen unseren Beitrag zur Beendigung des Wettrüstens in der Welt leisten. Die Saar muß sich zum Anwalt für die Aussöhnung aller Deutschen machen und die Schaffung von Gremien zur innerdeutschen Annäherung und Zusammenarbeit fördern.

Eine solche Politik der Verständigung und des friedlichen Ausgleichs wird auch verhindern, daß die deutsche Saar jemals wieder zum Zankapfel zwischen Deutschland und Frankreich wird. Im Gegenteil, auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Achtung wird eine gute und dauerhafte Freundschaft mit unserem westlichen Nachbarvolk gedeihen können. Nur so gibt es Ruhe und Frieden für uns, für ganz Deutschland und für Europa.

Das Wirken für die Entspannung und den Abbau des kalten Krieges muß gepaart sein mit dem Streben nach Recht und Freiheit, nach wirtschaftlicher Blüte und Unabhängigkeit, nach sozialer Gerechtigkeit und allgemeinem Wohlstand. So wird die deutsche Saar, verwaltet von einer Regierung des Friedens und der nationalen Verantwortung, einer glücklichen Zukunft entgegengeben. Sie wird ihren Beitrag leisten zur Wiedervereinigung unseres ganzen deutschen Vaterlandes und zur Befriedung Europas.

Das ist die Politik, die den Wünschen und Interessen unserer deutschen Bevölkerung entspricht. Das ist die Politik der DDU.

Die Parteichefs der DPS, der CDU und der SPD-Saar wollen jedoch einen ganz anderen Weg gehen. Sie steuern keinen unabhängigen deutschen Kurs, wenn sie heute ein neues Statut fordern. Damit machen sie sich genau wie es früher die Hoffmann-Regierung tat, zum Wortführer und Verfechter der Politik von Paris und Bonn. Dort will man jetzt die Saar auf kaltem Wege in die WEU eingliedern. Durch den Anschluß der Saar an die Bundesrepublik sollen deren militärische Bindungen und Verpflichtungen auch unserer Heimat auferlegt werden. Diesen Vorschlag, durch den unser Nein nichtig gemacht werden soll, haben sich auch die Führer der DPS, CDU und SPD-Saar zu eigen gemacht. Muß es nicht bedenklich stimmen, daß sie sich darin jetzt mit CVP und SPS auf einer Linie treffen? Diese fordern doch heute ebenfalls ein neues Statut und betreiben den Anschluß der Saar an die Bundesrepublik. Deshalb dürfen die einen ebenso wenig wie die anderen den Kurs des neuen Landtags bestimmen.

WEU-Herrschaft bleibt WEU-Herrschaft. Kommissariatswirtschaft bleibt Kommissariatswirtschaft. Beides würde nicht erträglicher, wenn dazu an Stelle der Hoffmann-Regierung eine andere Regierung ihren Segen gäbe.

Nie und nimmer darf die deutsche Saar der Politik Dr. Adenauers ausgeliefert werden, der in der Bundesrepublik jetzt sogar seine eigenen Fraktionskollegen Widerstand entgegensetzen. In der Saarfrage fällte sich Bonn das eigene Urteil, indem es mit Paris gemeinsame Sache machte. Jetzt ist in Genf die Gesamtkonzeption Dr. Adenauers gescheitert. Es zeigte sich, daß von Aufrüstung und Pariser Verträgen kein Weg zur Entspannung und zur deutschen Wiedervereinigung führt. An diese Politik, die uns bereits das von der Saarbevölkerung verworfene Statut brachte, wollen jetzt die Führer der DPS, CDU und SPD-Saar unser Land ketten.

Unser Nein zum Saarstatut, das gegen den Willen Dr. Adenauers zustande kam, war aber kein Ja zur Bonner Militärpolitik, sondern ein Ja zu Deutschland.

Das Schicksal unserer Heimat darf deshalb nicht diesen Politikern in die Hände gelegt werden, die sich nach der Abstimmung scheuten, die Verantwortung zu übernehmen. Sie waren es doch, die dazu aufriefen, die jahrelang durch die Separatisten verfolgte schwarz-rot-goldene Fahne wieder einzuziehen. Sie forderten, daß die WEU-Kommission weiter im Amt bleibt. Sie gestatteten dem separatistischen Landtag, der deutschen Saarbevölkerung sein altes Wahlgesetz aufzuzwingen. Sie gaben auch das Versprechen ab, das Wort „Separatist" nicht mehr zu gebrauchen.

Deutsch Demokratisch Unabhängig

Finanzdirektor
DR·REUTER

Org.u.Kontroll Abt.
HORNE

Kontrolle u. Überwach.

Organisation

ARBENZ

Kraftwerke
SEEHÖLZER

Kraftwerk-Telefon
SCHÄFER

Kokerei Reden u. Heinitz
SCHRÖDER

Kokerei Velsen
DR JÄGER-DR MÜNCH

Maschinenlabor
KLEMKE

RAUBER

e: **Von 5 Vorstandsmitgliedern sind der Generaldirektor und zwei**
gen haben. Im übrigen leiten 59 Franzosen (rot!) und nur 21 Saarländer
noch mindestens neun bis elf separatistisch und frankophil eingestellt.
tellten, die schaffen.

rgehen. Darum NEIN!

#132

KOHLENKLAU im Warndt



Darum **NEIN**

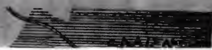
Saar-Statut garantiert Warndt-Kohlenklau
Johannes Hoffmann gab Warndt schon 1950 preis
Riesenverluste für die Saar • Mammutgehälter

Die größte Unwahrheit des sogenannten „europäischen" Statuts ist die Regelung des Schicksals unserer Gruben UND DES WARNDT. Es ist schwer, hier den Ausdruck der Übertölpelung, wenn nicht gar des Betrugs zu vermeiden. Art. XII Abschnitt E des Statuts lautet:

„Die Saar wird für die Verwaltung sämtlicher Kohlenvorkommen der Saar einschließlich des Warndt, sowie der von den Saarbergwerken verwalteten Grubenanlagen Sorge tragen".

Jeder unbefangene Leser müßte daraus folgern, daß nach einem mehrheitlichen „Ja" die Gruben und die Warndtkohle vollständig in die Hände der Saarländer gegeben würden. Das ist die gröbste Lüge des Kolonial-Statuts!

Warndtkohlenraub bleibt



KOHLENKLAU im Warndt



Darum **NEIN**

Saar-Statut garantiert Warndt-Kohlenklau
Johannes Hoffmann gab Warndt schon 1950 preis
Riesenverluste für die Saar • Mammutgehälter

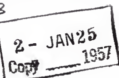
Die größte Unwahrheit des sogenannten „europäischen" Statuts ist die Regelung des Schicksals unserer G r u b e n UND DES WARNDT. Es ist schwer, hier den Ausdruck der Übertölpelung, wenn nicht gar des Betrugs zu vermeiden. Art. XII Abschnitt E des Statuts lautet:

„Die Saar wird für die Verwaltung sämtlicher Kohlenvorkommen der Saar einschließlich des Warndt, sowie der von den Saarbergwerken verwalteten Grubenanlagen Sorge tragen".

Jeder unbefangene Leser müßte daraus folgern, daß nach einem mehrheitlichen „Ja" die Gruben und die Warndtkohle vollständig in die Hände der Saarländer gegeben würden. D a s i s t d i e g r ö b s t e L ü g e d e s K o l o n i a l - S t a t u t s !

Warndtkohlenraub bleibt
trotz Statut





Was sagt die DDU

zur Politik des neuen Landtages und der neuen Regierung?

Vier Monate sind es her, seit die Deutschen an der Saar vor aller Welt ihr Bekenntnis zum einheitlichen deutschen Vaterland abgelegt haben.

Vier Monate sind es her, seit die deutsche Saarbevölkerung Nein gesagt hat zum Saarstatut, zu diesem wichtigen Bestandteil der Pariser Verträge.

Jener Verträge, die bedeuten,

daß die Bundesrepublik an den atlantischen Militärpakt der NATO gebunden wird mit der Folge,

daß Ostdeutschland in den Warschauer Militärpakt eintrat, sodaß sich heute deutsche Männer in zwei verschiedenen Armeen gegenüberstehen.

Jener Verträge, die zu einem den Frieden gefährdenden Wettrüsten führen, das die Gefahr eines Bruderkrieges heraufbeschwört.

Sie lassen sich sogar — trotz gegenteiliger Ankündigungen — auf diese separatistische Verfassung vereidigen.

Sie verschieben die Abschaffung der separatistischen Symbole und verzögern die Einführung der deutschen Farben Schwarz - Rot - Gold.

Sie lassen den französischen Unterricht weiterhin im zweiten Schuljahr beginnen.

Und dies alles, um Paris und Bonn nicht weh zu tun, um nicht den neuen Handel um die Saar zu stören, um unsere Heimat den Zwecken der sogenannten „europäischen Integration", mit anderen Worten, der WEU und NATO, den Pariser Verträgen zu opfern.

Ist **das** der Weg, der dem Streben unserer Bevölkerung nach Heimkehr in ein wiedervereinigtes Deutschland entspricht?

Ist das der Weg, der die Erwartungen der Bevölkerung auf Sicherheit und Wohlstand erfüllt?

3

Saarstatut bedeutet Saarfiasko

Wirtschaftskonferenz des Deutschen Heimatbundes widerlegt Zweckpropaganda der Separatisten - Nur nach dem „NEIN" zum Saar-Statut kommt Wirtschaftshilfe aus der Bundesrepublik - Das Ja verbaut den Weg zum wirtschaftlichen Wohlstand

Die Saar muss am deutschen Wirtschaftswunder teilhaben

Saarbrücken. Der Deutsche Heimatbund an der Saar führte am Mittwoch, dem 12. Oktober im Saarbrücker Johannishof eine Wirtschaftskonferenz durch, um zu den brennenden Fragen der Saarwirtschaft Stellung zu nehmen. Vor einem Forum von Wirtschaftlern, Gewerbetreibenden und Handwerkern hielten Persönlichkeiten aus der Wirtschaft ihre Referate, in denen sachlich und eindeutig dargelegt wurde, daß das bisherige Regime an der Saar nicht dazu in der Lage ist, die Zukunft der Saarbevölkerung zu sichern. Die vorgetragenen Argumente der drei Redner Dr. Heitschmidt, Dr. Wildt und Dr. Will und der Diskussionsredner Dr. Koch, Professor Dr. Senf und Leiner sind von den Separatisten nicht zu widerlegen.

Der letzte Versuch der Ja-Sager, ihren Parolen durch die Verbreitung von Existenzangst bei der Saarbevölkerung zum Durchbruch zu verhelfen, ist nach dieser Konferenz gescheitert. Ihre Methode, die engere Verbindung der Saar mit dem übrigen Deutschland in den düstersten Farben zu malen, ist unmöglich geworden. Es gibt keinen Zweifel daran, daß Saarstatut und Wirtschaftsverträge in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht einen Niedergang an der Saar bewirken würden, der von keinem verantwortungsbewußten Menschen hingenommen werden kann. Die Saarwirtschaft und damit alle in ihr beschäftigten Arbeitnehmer brauchen die engere wirtschaftliche Verbindung zur deutschen Bundesrepublik. Nur sie garantiert eine menschenwürdige Gestaltung der Zukunft. Die Existenzgrundlagen der Deutschen an der Saar sind solange gefährdet, wie das Saargebiet von Frankreich als Reparations- und Wiedergutmachungsobjekt behandelt wird.

Deshalb ist das Nein zum Saarstatut die Voraussetzung dafür, daß der Saarwirtschaft die Entwicklungsmöglichkeiten gegeben werden, die ihr ihren Platz unter den Industrierevieren Europas zu sichern vermögen. Die Versäumnisse der Vergangenheit müssen wieder gut gemacht werden. Sie können nur gut gemacht werden von den Kräften, die nicht an eine verhängnisvolle Siegerpolitik gefesselt sind.

Im Auftrag des Deutschen Heimatbundes begrüßte Rechtsanwalt Dr. Zorn die imposante Versammlung. Er bedankte sich bei Radio Saarbrücken dafür, daß es auf die Konferenz in so netter Form aufmerksam gemacht hatte, indem er feststellte, daß es sich dabei nicht um eine Veranstaltung der Industrie- und Handelskammer handele. Handelskammer verwahrte sich zunächst gegen die Pressekampagne der profranzösischen Zeitungen, die erklärt hatten, daß die Denkschrift der Kammer, in der das Saarstatut begrüßt wurde, mit seiner Zustimmung veröffentlicht worden sei. Er stellte fest, daß er eine Gedenkschrift verfaßt habe und keineswegs mit dem wird klar, wenn man die Erfolge berücksichtigt, welche die Marshallplanhilfe in der Bundesrepublik auslöste. Gerade die Bundesrepublik hat wohl überzeugend demonstriert, daß eine unabhängige Wirtschaftspolitik, die sich auf marktwirtschaftliche Prinzipien stützt, mit geringen Investitionshilfen Großes zu erreichen vermag. In der planhilfe in sehr kurzer Zeit in der Lage, nicht nur ihre Produktion, sondern auch die Produktivität ihrer Wirtschaft in einem solchen Ausmaß zu steigern, daß sie von weiterer Auslandshilfe unabhängig und inzwischen sogar zum größten europäischen Gläubigerland werden konnte. Die selbständige Wirtschaftspolitik auf der Grundlage der Marktwirtschaft erlaubte es den Unternehmern der Bundesrepublik, höhere Investitionen vorzunehmen als dies den saarländischen Unternehmern möglich war.

Die Auswirkung der unterschiedlichen Investitionstätigkeit hier und dort spiegelt sich in den Produktionsindexzahlen wider. Während zum Beispiel die Bundesrepublik nach einer Statistik der [illegible] Behörde ihre industrielle Produktion von 1938 bis Mitte 1955 um 72,1 % steigerte, gelang der Saar nur eine Erhöhung um 34,4 %. Ebenso ungünstig für die Saar sind die Zahlen über die Produktionsentwicklung in der Nachkriegszeit. Von 1949 bis Mitte 1955 erhöhte nach der gleichen Quelle die Bundesrepublik ihre industrielle Produktion um 131 %, während die Saar diese nur um 69 % steigern konnte.

Aber nicht nur zwischen der Saar und der Bundesrepublik gibt es erhebliche Entwicklungsunterschiede, sondern auch in einem ähnlichen Maße zwischen der Saar und Frankreich, insbesondere Lothringen. Gegenüber diesen Gebieten haben fast alle Zweige der Saarwirtschaft große Investitionsrückstände zu beklagen. Die Höhe der Investitionsrückstände sei an einigen zirken neu aufgebaut werden. Die bisher bekannt gewordenen Pläne für die Industrialisierung Lothringens berechtigen zu der Feststellung, daß schon in wenigen Jahren Lothringen ein Industriekombinat darstellen wird, das mit der Ruhr und anderen Industriebezirken vergleichbar sein wird. Die Neuerrichtung der geplanten Industriewerke, die mit modernsten Maschinen ausgestattet werden, wird ähnliche Folgen haben wie die Modernisierung der deutschen Industrie nach der Demontage. Für die Saar bedeutet dies, daß sie schon in wenigen Jahren eingeklemmt sein wird zwischen überlegenen deutschen und französischen Konkurrenten. Hinzu kommt, daß eine eventuelle Kanalisierung der Mosel nach Meinung der Fachleute als Folge einer dadurch bewirkten Standortverbesserung für die lothringische Industrie eine etwa 25prozentige Aufwertung der Anlagen nach sich zieht, wogegen die saarländische Schwerindustrie ihre Anlagen um etwa den gleichen Satz abzuschreiben hätte. Es kommt ferner hinzu, daß die saarländische weiterverarbeitende Industrie nach Ausbau des lothringischen Reviers erst dieses modernisierte Revier zu überspringen hat, um an ihre bisherigen Abnehmer in Paris, Marseille und Le Havre zu gelangen. Dabei ist zu bedenken, daß nach Lage der Dinge die ständig steigende Produktivität der lothringischen Industrie wie eine Zollgrenze wirkt, die mit fortschreitender Zeit für die Saarindustrie immer schwieriger zu nehmen ist.

Erbitterte Konkurrenz Saar-Lothringen

Das Ergebnis der unterschiedlichen Investitionen findet auch heute seinen Niederschlag in einer ebenso unterschiedlichen Produktionsausweitung gegenüber der französischen Wirtschaft. Seit 1938 ist die Kohlenförderung in Lothringen um 94 % gestiegen, an der Saar dagegen nur um 1,6 %. Die französische Rohstahlerzeugung besondere die ostfranzösische Schwerindustrie für diesen Kampf um die europäischen Absatzgebiete durch den umfassenden Ausbau der Gruben, die Neuerrichtung und Modernisierung der Hütten, Stahl- und Walzwerke, hervorragend ausgerüstet wird, während an der Saar nur sehr wenig in dieser Beziehung geschehen kann. Diese Fest-

[redacted]

Postwurfsendung

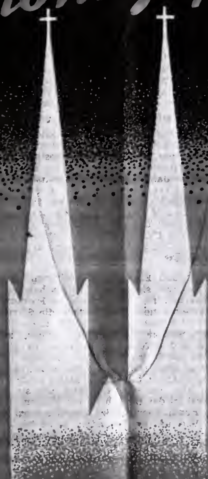
#137

An alle

Haushaltungen

(over)

Wähler!
Es droht Gefahr!



HEIMAT U. SCHULE
SOLLEN CHRISTLICH
BLEIBEN!

Darum wähle

CVP

LISTE 2

An
alle Haushaltungen

(cover)

Liste 1

13. Mai 56

18. Dez. 55

23. Okt. 55

UNSER ZIEL: DEUTSCHLAND!



CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE UNION SAAR
LISTE 1

LEBEN LANDSCHAFT LEISTUNG

SAARLAND

Denkschrift der Bundesregierung zur Saarfrage

Regierungserklärung

des

Ministerpräsidenten

des

Saarlandes

EGON REINERT

am 13. Juni 1957

KP

Für Verständigung der Deutschen aus Ost u. West!

Für europäischen Sicherheitspakt- gegen Nato und Militarismus!

WÄHLT KOMMUNISTEN

LISTE 6

[illegible]AU[illegible]GEBER KOMMUNIS[illegible]HE PARTEI LANDESVERBAND [illegible]

SPS ...soziale Gerechtigkeit

Macht die Linke stark ...wählt sozialdemokratisch

Wählt Liste 7

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Saar - Druck: „Volksstimme"